97-84275-2

Haase, Hugo

Bericht über die Reichskonferenz der...

Berlin

[1916?]

9284275-2
MASTER NEGATIVE #

COLUMBIA UNIVERSITY LIBRARIES
PRESERVATION DIVISION

BIBLIOGRAPHIC MICROFORM TARGET

ORIGINAL MATERIAL AS FILMED - EXISTING BIBLIOGRAPHIC RECORD

308
Z
Box 910

Haase, Hugo, 1863-1919.
Bericht über die Reichskonferenz der deutschen Sozialdemokratie, 1916. Reden des Reichstagsabgeordneten Hugo Haase. Berlin, Als Manuskript gedruckt <1916?>
32 p.

1. Sozialdemokratische Partei Deutschlands.

NNC

RESTRICTIONS ON USE: *Reproductions may not be made without permission from Columbia University Libraries.*

TECHNICAL MICROFORM DATA

FILM SIZE: 35mm REDUCTION RATIO: 11:1 IMAGE PLACEMENT: IA (IIA) IB IIB

DATE FILMED: 12-4-97 INITIALS: RB

TRACKING # : 29068

FILMED BY PRESERVATION RESOURCES, BETHLEHEM, PA.

BIBLIOGRAPHIC IRREGULARITIES

MAIN ENTRY: Haase, Hugo

Bericht über die Reichskonferenz der deutschen Sozialdemokratie

Bibliographic Irregularities in the Original Document:

List all volumes and pages affected; include name of institution if filming borrowed text.

_____ Page(s) missing/not available: _____

_____ Volume(s) missing/not available: _____

_____ Illegible and/or damaged page(s): _____

_____

_____ Page(s) or volume(s) misnumbered: _____

_____ Bound out of sequence: _____

X Page(s) or volume(s) filmed from copy borrowed from: University of California, San Diego, La Jolla - (pages 31,32)

_____

_____ Other: _____

_____

_____ Inserted material: _____

TRACKING#: MSH29068

FILMED IN WHOLE
OR PART FROM A
COPY BORROWED
FROM:
UNIVERSITY OF
CALIFORNIA
SAN DIEGO, LA JOLLA

Bericht
über die Reichskonferenz
der deutschen Sozialdemokratie
1916

Reden des Reichstagsabgeordneten
Hugo Haase

308
IN
Box 910

Berlin
Als Manuskript gedruckt

Vorwort.

Von zahlreichen Parteigenossen ist der Wunsch ausgesprochen worden, daß die Ausführungen des Genossen Haase auf der Reichskonferenz ihnen im Wortlaut zugänglich gemacht werden sollten, da sie bei der bisherigen Veröffentlichung gegenüber den Reden der beiden anderen Referenten zu kurz gekommen sind und unter den bestehenden Verhältnissen zu kurz kommen mußten. Um den Parteigenossen ein objektives Urteil über den Verlauf der Konferenz zu ermöglichen, kommen wir hiermit dem ausgesprochenen Wunsch nach.

BVT 4578BD MAY 1 6 19

Zweiter Verhandlungstag.

Vorsitzender **Ebert** eröffnet die Sitzung um 9¼ Uhr und gibt das Wort zum Korreferat

Haase: Parteigenossen! Der Genosse Scheidemann hat gestern einen glühenden Appell an uns gerichtet, daß wir uns bei der Beurteilung der politischen Vorgänge nicht von den Leidenschaften fortreißen lassen sollen. Wie diese Mahnung beachtet worden ist, das haben wir bald darauf erlebt. (Sehr gut! bei der Opposition.) Ich möchte an den Genossen Ebert die Frage richten: Glaubt er wirklich durch eine Häufung beschimpfender Kraftworte wie „Demagogie, Schlammflut, System politischer Brunnenvergiftung", von anderen ganz abgesehen, eine einigende Wirkung auf die Parteigenossen ausüben zu können? (Sehr gut! bei der Opposition.) Scheidemann hat gestern, fortgerissen von einem leidenschaftlichen Gefühl, die Aeußerung getan: „Wenn ich Rechtsanwälte und andere studierte Genossen über Arbeiter sprechen höre, dann wird mir schlecht!" Parteigenossen, mich berührt persönlich der Anwurf nicht. Er war gegen mich nicht gerichtet, aber wäre es auch der Fall gewesen, so wäre ich für meine Person mit einer leichten Handbewegung über ihn hinweggegangen. (Sehr richtig! bei der Opposition.) Ich führe die Bemerkung Scheidemanns nur an, weil mit aller Entschiedenheit die Auffassung, die darin zum Ausdruck kommt und die zu meinem großen Befremden den Beifall einer großen Anzahl von Parteigenossen gefunden hat (Zurufe: Mit Recht!), zurückgewiesen werden muß. (Lebhafte Zustimmung bei der Opposition.) Was ist das anderes als jener Appell an die schwielige Faust? (Erneute lebhafte Zustimmung.) Wie kann eine Partei wie die Sozialdemokratie, die doch Männern das Größte verdankt, wie Marx, Lassalle, Engels, einen solchen Unterschied konstruieren wollen zwischen den Akademikern und Arbeitern? Parteigenossen, ich kenne Arbeiter, die viel klüger sind als mancher Akademiker. (Lebhafte Zustimmung.) Sie, die Sie mir so zustimmen, werden aber nicht so viel Dünkel haben, um zu behaupten, daß nicht auch mancher Akademiker viel mehr weiß und einen weiteren Blick hat als manche Arbeiter und namentlich solche, die aus Arbeiterkreisen stammen und heute glauben, allein die volle Weisheit zu haben. (Sehr gut! bei der Opposition. Fleißner: Das sind die Schlimmsten!) Scheidemann kann sich wegen seiner Aeußerung ja auseinandersetzen mit seinen Freunden aus seiner Fraktion, mit Landsberg, Heine und den anderen Akademikern. Für mich ist diese Sache erledigt.

Ebert hat sich mit den Flugschriften beschäftigt, und ich glaube nicht, daß es in diesem Saale einen einzigen geben wird, der z. B. die von Ebert vorgetragene Wallisch-Schrift verteidigen wird. (Zurufe: Rühle hat sie ja geschrieben!) Ich weiß es nicht, er ist nicht hier, hier wird diese Flugschrift niemand verteidigen. (Zuruf: Also hat Ebert doch recht!) Nein, er hat doch nicht recht, weil er diese Flugschrift herausreißt und damit das Verdammungsurteil fällt über die Flugschriften im allgemeinen, weil er vor allem nicht den Nährboden berücksichtigt, aus dem diese Flugschriften herauswachsen. (Lebhafte Zustimmung bei der Opposition.) Wir wissen doch alle, gerade wenn die Zensur herrscht und das freie Wort sich ins Dunkel flüchten muß, dann entsteht die Pamphletliteratur, deren charakteristisches Merkmal es immer gewesen ist, daß sie leicht übertreibt und Zerrbilder gibt. Es ist aber auch so dargestellt worden, als ob diejenigen, welche anonyme Flugschriften, ganz gleich welchen Inhalts, verbreiten, damit einen Mangel an Mut bekunden. Unter dem Sozialistengesetz haben wir diese Auffassung nicht gehabt. (Sehr gut! bei der Opposition. Unruhe. Rufe bei der Opposition: Ruhe da drüben! Glocke des Vorsitzenden.) Sie werden wirklich nicht behaupten wollen, daß diejenigen, welche damals anonyme Parteiliteratur verbreiteten, Feiglinge waren. So steht aber die Sache auch heute. Ich kenne eine große Anzahl von Parteigenossen, denen ich meinen Rechtsbeistand in letzter Zeit geleistet habe, die lediglich deswegen, weil sie gegen die Mehrheit der Partei Stellung nahmen, entweder ins Militär gesteckt worden sind, obwohl sie bis dahin für untauglich erklärt worden waren, oder die noch jetzt in Schutzhaft schmachten. (Lebhaftes Hört, hört! bei der Opposition.) Es ist zum Beispiel dem Genossen Regge aus Neukölln, dem Redakteur des „Kürschner", so ergangen, der jetzt noch in militärischer Sicherheitshaft sitzt und der als einer der wenigen es durchgesetzt hat, daß ihm wenigstens die Gründe dieser Maßregel mitgeteilt wurden. Dabei wurde gesagt, daß unter anderem auch dazu geführt habe die Tatsache, daß er im Juli vorigen Jahres seine Unterschrift gegeben hat zu der Petition, die eine Menge Parteigenossen an den Parteivorstand gegen die Mehrheit gerichtet hat. (Zurufe: Unter anderem!) Die Verlesung des Briefes jener unglücklichen Frau aus dem Rheinland gehört zu denjenigen Methoden, die nach meiner Auffassung unter keinen Umständen bei uns Platz greifen dürfen. (Sehr richtig! bei der Opposition.) Unsere Gegner haben oft, wenn in politischen und wirtschaftlichen Kämpfen unsere Genossen mit der Justiz in Konflikt gerieten, weil sie sich in ihrem Eifer zu Ausschreitungen hinreißen ließen, solche Fälle ausgenutzt, um die Sozialdemokratische Partei für das Unglück dieser Familien ver-

INTENTIONAL SECOND EXPOSURE

Vorwort.

Von zahlreichen Parteigenossen ist der Wunsch ausgesprochen worden, daß die Ausführungen des Genossen Haase auf der Reichskonferenz ihnen im Wortlaut zugänglich gemacht werden sollten, da sie bei der bisherigen Veröffentlichung gegenüber den Reden der beiden anderen Referenten zu kurz gekommen sind und unter den bestehenden Verhältnissen zu kurz kommen mußten. Um den Parteigenossen ein objektives Urteil über den Verlauf der Konferenz zu ermöglichen, kommen wir hiermit dem ausgesprochenen Wunsch nach.

BVT 4 57188 MAY 1 5 19

Zweiter Verhandlungstag.

Vorsitzender **Ebert** eröffnet die Sitzung um 9¼ Uhr und gibt das Wort zum Korreferat

Haase: Parteigenossen! Der Genosse Scheidemann hat gestern einen glühenden Appell an uns gerichtet, daß wir uns bei der Beurteilung der politischen Vorgänge nicht von den Leidenschaften fortreißen lassen sollen. Wie diese Mahnung beachtet worden ist, das haben wir bald darauf erlebt. (Sehr gut! bei der Opposition.) Ich möchte an den Genossen Ebert die Frage richten: Glaubt er wirklich durch eine Häufung beschimpfender Kraftworte wie „Demagogie, Schlammflut, System politischer Brunnenvergiftung", von anderen ganz abgesehen, eine einigende Wirkung auf die Parteigenossen ausüben zu können? (Sehr gut! bei der Opposition.) Scheidemann hat gestern, fortgerissen von einem leidenschaftlichen Gefühl, die Aeußerung getan: „Wenn ich Rechtsanwälte und andere studierte Genossen über Arbeiter sprechen höre, dann wird mir schlecht!" Parteigenossen, mich berührt persönlich der Ausdruck nicht. Er war gegen mich nicht gerichtet, aber wäre es auch der Fall gewesen, so wäre ich für meine Person mit einer leichten Handbewegung über ihn hinweggegangen. (Sehr richtig! bei der Opposition.) Ich führe die Bemerkung Scheidemanns nur an, weil mit aller Entschiedenheit die Auffassung, die darin zum Ausdruck kommt und die zu meinem großen Befremden den Beifall einer großen Anzahl von Parteigenossen gefunden hat (Zurufe: Mit Recht!), zurückgewiesen werden muß. (Lebhafte Zustimmung bei der Opposition.) Was ist das anderes als jener Appell an die schwielige Faust? (Erneute lebhafte Zustimmung.) Wie kann eine Partei wie die Sozialdemokratie, die doch Männern das Größte verdankt, wie Marx, Lassalle, Engels, einen solchen Unterschied konstruieren wollen zwischen den Akademikern und Arbeitern? Parteigenossen, ich kenne Arbeiter, die viel klüger sind als mancher Akademiker. (Lebhafte Zustimmung.) Sie, die Sie mir so zustimmen, werden aber nicht so viel Dünkel haben, um zu behaupten, daß nicht auch mancher Akademiker viel mehr weiß und einen weiteren Blick hat als manche Arbeiter und namentlich solche, die aus Arbeiterkreisen stammen und heute glauben, allein die volle Weisheit zu haben. (Sehr gut! bei der Opposition. Fleißner: Das sind die Schlimmsten!) Scheidemann kann sich wegen seiner Aeußerung ja auseinandersetzen mit seinen Freunden aus seiner Fraktion, mit Landsberg, Heine und den anderen Akademikern. Für mich ist diese Sache erledigt.

Ebert hat sich mit den Flugschriften beschäftigt, und ich glaube nicht, daß es in diesem Saale einen einzigen geben wird, der z. B. die von Ebert vorgetragene Wallisch-Schrift verteidigen wird. (Zurufe: Rühle hat sie ja geschrieben!) Ich weiß es nicht, er ist nicht hier, hier wird diese Flugschrift niemand verteidigen. (Zuruf: Also hat Ebert doch recht!) Nein, er hat doch nicht recht, weil er diese Flugschrift herausreißt und damit das Verdammungsurteil fällt über die Flugschriften im allgemeinen, weil er vor allem nicht den Nährboden berücksichtigt, aus dem diese Flugschriften herauswachsen. (Lebhafte Zustimmung bei der Opposition.) Wir wissen doch alle, gerade wenn die Zensur herrscht und das freie Wort sich ins Dunkel flüchten muß, dann entsteht die Pamphletliteratur, deren charakteristisches Merkmal es immer gewesen ist, daß sie leicht übertreibt und Zerrbilder gibt. Es ist aber auch so dargestellt worden, als ob diejenigen, welche anonyme Flugschriften, ganz gleich welchen Inhalts, verbreiten, damit einen Mangel an Mut bekunden. Unter dem Sozialistengesetz haben wir diese Auffassung nicht gehabt. (Sehr gut! bei der Opposition. Unruhe. Rufe bei der Opposition: Ruhe da drüben! Glocke des Vorsitzenden.) Sie werden wirklich nicht behaupten wollen, daß diejenigen, welche damals anonyme Parteiliteratur verbreiteten, Feiglinge waren. So steht aber die Sache auch heute. Ich kenne eine große Anzahl von Parteigenossen, denen ich meinen Rechtsbeistand in letzter Zeit geleistet habe, die lediglich deswegen, weil sie gegen die Mehrheit der Partei Stellung nahmen, entweder ins Militär gesteckt worden sind, obwohl sie bis dahin für untauglich erklärt worden waren, oder die noch jetzt in Schutzhaft schmachten. (Lebhaftes Hört, hört! bei der Opposition.) Es ist zum Beispiel dem Genossen Regge aus Neukölln, dem Redakteur des „Kürschner", so ergangen, der jetzt noch in militärischer Sicherheitshaft sitzt und der als einer der wenigen es durchgesetzt hat, daß ihm wenigstens die Gründe dieser Maßregel mitgeteilt wurden. Dabei wurde gesagt, daß unter anderem auch dazu geführt habe die Tatsache, daß er im Juli vorigen Jahres seine Unterschrift gegeben hat zu der Petition, die eine Menge Parteigenossen an den Parteivorstand gegen die Mehrheit gerichtet hat. (Zurufe: Unter anderem!) Die Verlesung des Briefes jener unglücklichen Frau aus dem Rheinland gehört zu denjenigen Methoden, die nach meiner Auffassung unter keinen Umständen bei uns Platz greifen dürfen. (Sehr richtig! bei der Opposition.) Unsere Gegner haben oft, wenn in politischen und wirtschaftlichen Kämpfen unsere Genossen mit der Justiz in Konflikt gerieten, weil sie sich in ihrem Eifer zu Ausschreitungen hinreißen ließen, solche Fälle ausgenutzt, um die Sozialdemokratische Partei für das Unglück dieser Familien ver-

antwortlich zu machen. Wir haben dieses Vorgehen unserer Gegner stets hart verurteilt und gegeißelt. (Sehr richtig! bei der Opposition.) Wir haben den verhafteten Genossen stets unsere Sympathie zugewendet, auch wenn sie die Grenzen des Strafgesetzes überschritten hatten. (Zuruf: Wenn sie im Dienste der Partei tätig waren!) Wollen Sie denn bestreiten, daß diese Genossen auch glaubten, im Dienste der Partei zu handeln? (Lebhafter Beifall und Händeklatschen bei der Opposition.) So wie wir früher gehandelt haben, so soll und muß es bleiben.

Der Aufruf des Parteivorstandes und der Generalkommission über die Streiks hat die Arbeiter auf das tiefste erbittert. Man muß sich doch zunächst fragen, was können solche Aufrufe nützen? Glaubt jemand, daß Proklamationen mit dem Motto: „Ruhe ist die erste Bürgerpflicht" in erregten Zeiten wie diesen irgendwie besänftigend wirken können? Die Folge kann nur sein, daß sie in jedem Strafverfahren von den Anklagebehörden gegen die Angeklagten ausgenutzt werden, indem darauf hingewiesen wird, daß die obersten Körperschaften der Arbeiterbewegung selbst das Verhalten als ein verbrecherisches charakterisiert haben. Das wirkt zerrüttend im allergrößten Maße, und der Parteivorstand müßte wissen, wie gefährlich solche Aufrufe sind. Als im März 1915 in Bern eine Frauenkonferenz stattfand, und dort ein Manifest und eine Resolution beschlossen wurden, hat der Parteivorstand es für seine Pflicht gehalten, in einem Rundschreiben — nicht in einem öffentlichen Aufrufe —, das an die Bezirks- und Landesvorstände ging, nachdrücklich darauf hinzuweisen, daß gegen die Verbreitung dieses Manifestes und der Berner Resolution unter dem Kriegszustande sehr ernste Bedenken beständen. Damals wurde sehr eingehend im Parteivorstand erwogen, ob man selbst so weit gehen dürfe. Man hat die vorsichtige Form gewählt, um keinen Zweifel darüber zu lassen, daß der Parteivorstand nicht etwa aussprechen wolle, in jenem Manifest seien strafbare Handlungen enthalten, sondern nur, daß man sich schon die Verbreitung von Schriften, die nicht die Zensur passiert haben, zu Verfolgungen führen kann, weil ja nach dem Gesetz über den Belagerungszustand die Verbreitung auch völlig einwandfreier Schriften unter diesen Umständen mit einer Strafe bis zu einem Jahr bedroht ist. Selbst dieses Rundschreiben ist aber in die Hände der Anklagebehörde gekommen, und dem Parteivorstand war es bekannt, daß in den Prozessen gegen die Genossin Klara Zetkin und gegen neun andere Angeklagte die Anklagebehörde sich auf dieses Rundschreiben stützt, und zwar auf den Passus, daß sehr ernste Bedenken gegen die Verbreitung des Manifestes unter dem Kriegszustand bestehen.

Ich glaube, daß nach dieser Erfahrung es um so mehr geboten war, den Anklagebehörden nicht eine ähnliche Handhabe zu bieten. Der gemeinsame Aufruf von Parteivorstand und Gewerkschaften ist in Berlin zum Beispiel in Massen verbreitet worden an Bahnhöfen, vor den Fabriken, in Fabriken. Wie die Behörde vorgeht, dafür ein Beispiel: Ein Arbeiter aus der A. E.-G. in Hennigsdorf bei Berlin, Genosse Blumenthal, ist am 29. Juli d. J. mit einer Anzahl seiner Kollegen aus derselben Flugzeugfabrik verhaftet worden und in militärische Sicherheitshaft genommen, ohne daß man gegen ihn den Verdacht irgendeiner strafbaren Handlung erhoben hat, und ist dort bis Sonntag vor vierzehn Tagen festgehalten worden. Aus welchen Gründen? Am 27. Juli, zwei Tage vorher, hatte der Vollmächtigte des Metallarbeiterverbandes, Genosse Cohen, nur bestimmte ausgewählte Obmänner zusammengerufen, um sie aufzufordern, in den Fabriken jenen Aufruf zu verbreiten. Cohen hielt es für selbstverständlich, daß die Verbreitung erfolge, und wollte mit diesen Obmännern lediglich besprechen, in welcher Weise am zweckmäßigsten die Verbreitung vor sich gehen könne. Obwohl es sich hier um einen engen kleinen Kreis von auserwählten Gewerkschaftsmitgliedern handelt, wurde bereits am nächsten Tage der Befehl, Blumenthal zu verhaften, ausgeschrieben, am 29. Juli konnte er erst vollstreckt werden. Was hatte Blumenthal in dieser Konferenz für eine Rolle gespielt? Er hatte erklärt: Es ist für mich durchaus keine Selbstverständlichkeit, diesen Aufruf in der Fabrik zu verbreiten. Ich warne davor und lehne es für meine Person ab. Ich würde damit gegen meine Pflicht als Obmann einer Gewerkschaft verstoßen. Ich habe bisher politische Flugblätter weder der einen noch der anderen Richtung jemals in Fabriken verbreitet und werde das auch in diesem Falle nicht tun. Es liegt nicht nur der Verdacht nahe, sondern es ist, wie andere Tatsachen beweisen, der zwingende Schluß geboten, daß aus diesem Grunde die Verhaftung erfolgte. (Hört! hört! bei der Opposition, große Unruhe bei der Mehrheit.) Die gesamten Arbeiter haben sich mit ihm solidarisch erklärt, haben aus Sympathie für ihn, nachdem er verhaftet war, einmütig Tag gestreikt. Der Direktor der Fabrik hat sich in Uebereinstimmung mit dem Arbeiterausschuß sofort um die Aufhebung der Haft bemüht und auf der Kommandantur erklärt, daß Blumenthal sich im Betriebe jederzeit korrekt benommen, daß er ihm nur das beste Zeugnis ausstellen könne. Da wurde ihm erwidert: Blumenthal sei der Behörde als Hetzer bezeichnet worden (Hört! hört! bei der Opposition), er solle sich jedoch an die Abteilung 7 des Berliner Polizeipräsidiums, das ist die politische Abteilung, wenden, um über Blumenthal Auskunft zu geben. Dort wurde ihm erklärt, nach seiner Klarstellung glaube man die Haft aufheben zu können, er solle sich die Antwort holen. Und als er sich die Antwort holte, fiel sie verneinend aus, trotz seiner persönlichen Fürsprache wurde die Haft wochenlang aufrechterhalten. Die Polizei wollte doch aus einer Quelle die Ansicht geschöpft haben, daß es sich hier um einen Hetzer handelt. (Lebhafte Zurufe

von der Mehrheit: Was soll damit nun bewiesen sein?) Das soll beweisen, wie die Behörden den Belagerungszustand ausnutzt und wie gefährlich es ist, wenn dann noch Parteivorstand und Generalkommission Parteigenossen, die anders handeln wie diese Körperschaften es wünschen, als solche hinstellen, die Strafe zu erwarten haben. (Große Unruhe.) Ich verstehe es ja, daß einem großen Teil von Ihnen das nicht angenehm in den Ohren klingt. (Lebhaftes Oho!) Aus Zwischenrufen entnehme ich das, Genosse Auer, Sie hören sie vielleicht nicht. Wie liegt es denn mit den **Streiks**, die in Berlin waren, an denen sich über 50000 Personen beteiligt haben? Es waren Sympathiestreiks für den Genossen Liebknecht. Diese Streiks waren hervorgebrochen aus der Arbeiterschaft selbst. (Sehr richtig! bei der Opposition.) Sie waren überraschend auch für solche Parteigenossen, die mitten im politischen Leben in Berlin stehen und Beziehungen zu den Arbeitern haben. Ich habe in Stuttgart, als ich vor einiger Zeit die Genossen Crispien, Hörnle und andere verteidigte, es erlebt, daß der Staatsanwalt in seinen Ausführungen Bezug nahm auf einen Artikel der „Schwäbischen Tagwacht", der auch im „Hamburger Echo" und anderen Parteizeitungen erschienen war, in welchem über diese Streiks und deren Gefährlichkeit Ausführungen gemacht waren. Der Staatsanwalt verlas den wesentlichen Teil dieses Artikels, der sich auf Streiks bezog, mit dem Zusatz: „Mit besseren Worten könnte ich meine Auffassung auch nicht ausdrücken." (Hört! hört! bei der Opposition.) Ich habe dann vor den bürgerlichen Richtern ausgeführt: Sie werden, ganz gleich, auf welchem Standpunkt Sie stehen, als Männer, die gerecht urteilen wollen, es begreifen, wenn Kampfgenossen für einen verurteilten Kameraden eintreten und ihm nachdrücklich ihre Sympathie ausdrücken. Sie werden es begreifen, daß die Arbeiter einem Manne wie Liebknecht, der sich aus den ehrenhaftesten Motiven heraus für ihre Sache geopfert hat, auch dann, wenn sie selbst nicht in allen Stücken mit seiner Kampfmethode übereinstimmen, ihre Achtung entgegenbringen und zu dem Mittel greifen, das sie für das wirksamste halten, nämlich zu einem Streik. (Bravo! bei der Opposition.) Ob diese Ausführungen bei den bürgerlichen Richtern Eindruck gemacht haben, kann ich nicht beurteilen, jedenfalls sind sie mit Ruhe aufgenommen worden. Sollten diese Anschauungen bei uns nicht mehr als allgemein gültig angesehen werden? Freilich, es ist ja schon so weit gekommen, daß **Parteigenossen** nicht nur **abgeschüttelt**, sondern auch den Behörden überliefert werden. Haben wir es doch erlebt, daß am 18. Januar 1916 Parteigenosse Heine im Reichstag **Ausführungen über den Burgfrieden** machte, die das Stärkste darstellen, was jemals in der politischen Welt erlebt worden ist. (Hört! hört! bei der Opposition.) Niemals haben auch bürgerliche Parteien, solange es eine parlamentarische Geschichte gibt, das getan. Seine Ausführungen lauten: „Die Erhaltung eines einheitlichen Geistes der Tatkraft und der Abwehr, der Wille zur Vaterlandsverteidigung, das ist freilich die Voraussetzung unseres Sieges. Wer seine persönlichen Liebhabereien, seine persönlichen Wünsche, politische oder sonstige, wer seine Parteiinteressen, seine theoretischen Rechthabereien über die Sicherheit des Vaterlandes, über die Zukunft Deutschlands stellt, wer nicht bei allem, was er tut und schreibt, daran denkt, was für Wirkung es nach außen und nach innen ausübt, ob es nicht die Vaterlandsverteidigung, die Kraft des Volkes, gefährdet oder schwächt, von dem sage ich ohne weiteres: hic Niger est, **von dem rücke ich nicht nur ab, sondern gegen den sind mir auch allerhand scharfe Maßregeln recht.**" (Lebhaftes Hört! hört! bei der Opposition. — Dr. David: Das ist ja aufgeklärt! Heine hat eine Erklärung dazu gegeben! Das macht Ihnen aber nichts aus!) Ich weiß von dieser Erklärung nichts. Es genügt, daß solche Aeußerungen fallen. Sie sind es doch, Genosse David, und Heine ist es ja, die immerfort erklären, man müsse in dieser Zeit jedes Wort auf die Waagschale legen, man müsse sehr vorsichtig abwägen und dürfe nicht sprechen, was dem Gegner draußen eine Handhabe gegen uns bieten könnte. Und da wollen Sie nicht die Anforderungen an Heine, einen Reichstagsabgeordneten, stellen, daß er seine Worte so sorgfältig gebraucht, daß er nicht Parteigenossen an das Messer der Behörden liefert! (Sehr gut! bei der Opposition.) Aber betrachten Sie einen anderen Fall, denken Sie doch an die „Fackel" vom August 1916. (Sehr richtig! bei der Opposition.) An sich würde ich mich mit der „Fackel" nicht beschäftigen, weil sie auf einen Niveau steht, über das die große Masse der Parteigenossen glücklicherweise erhaben ist. (Sehr gut! bei der Opposition.) Aber da ein Mitglied des alten Kreisvorstandes von Teltow-Beeskow, jenes Kreisvorstandes, über den der Parteivorstand schützend die Hand hält, empfohlen hat, die „Fackel" an Stelle des „Vorwärts" zu halten (Hört! hört! bei der Opposition), den er nicht mehr empfehlen könne — ich weiß nicht, ob die „Fackel" damit Zentralorgan der Partei werden soll (Heiterkeit bei der Opposition) — ist es doch notwendig, darauf einzugehen. Ich werde Ihnen den Artikel nicht ganz verlesen (Sehr gut! bei der Opposition), nur ein paar Stellen, auf die es ankommt: „Diese Propaganda der Flugblätter ist einfach Landesverrat, Verrat an unseren Klassengenossen im Heere. Wir möchten wohl wissen, was unsere Genossen draußen zu einem solchen Aberwitz sagen. Wir sind ganz fest davon überzeugt, daß auch die deutsche Arbeiterklasse Leuten, die mit derartigen Zumutungen an sie herantreten, die gebührende Antwort geben wird. Die Flugblätter sind anonym, ob sie von Verrückten oder von englisch-russischen Lockspitzeln herrühren, wissen wir nicht. Von Sozialdemokraten können sie unmöglich stammen. **Wer sich dazu hergebe, eine solche Propaganda auch nur durch Lässigkeit zu unterstützen, würde**

damit ohne weiteres für alle Zeiten für die deutsche Sozialdemokratie erledigt sein, denn diese Propaganda ist **ehrlos und vaterlandslos.** (Hört! hört! bei der Opposition.) Und mit einem Menschen, der so tief sinkt, können wir natürlich nichts, gar nichts gemein haben." (Hört! hört! und Unruhe bei der Opposition; Zuruf: Schlimmer wie der Reichsverband!) Wenn also Arbeiter, nehmen Sie an aus völligem Mißverständnis der Situation, aber doch Genossen, — wollen Sie etwa behaupten, daß die 50000 Arbeiter eine hirnlose Masse sind, die nicht denken, die nicht selbständig urteilen können? (Große andauernde Unruhe bei der Mehrheit. Zurufe: Arbeiter? — Zuruf: Spielen Sie nicht Theater! — Zuruf von der Gegenseite: Famoser Zwischenruf! Unberührt! Andauernde Unruhe.)

Vorsitzender **Ebert:** Ich bitte um Ruhe! Das Wort hat Haase!

Haase (fortfahrend): Wenn Parteigenossen der ehrlichen Auffassung sind, daß sie dem Elend, das auf der ganzen Welt ruht, mit diesem Mittel glauben abhelfen zu können, so darf man diese Propaganda nicht als ehrlos bezeichnen, darf man sie nicht als Menschen hinstellen, die so tief gesunken sind, daß wir nichts mit ihnen gemein haben. (Sehr wahr! bei der Opposition.) Es ist überaus charakteristisch, daß keineswegs alle Staatsanwälte so weit gehen, in diesen Handlungen einen Landesverrat zu sehen.

Sollten diejenigen sich nicht an die Brust schlagen, die weiter gehen als selbst ein Teil der Staatsanwälte! Wie gegen diese verwerfliche Polemik, so muß ich mich auch gegen ein anderes Verfahren wenden. Der Parteivorstand glaubt, daß die Hydra der Rebellion, die in der Partei ihr Haupt erhebt, durch Aufrufe, durch öffentliche Warnungen niedergeschlagen werden kann. Nein, Parteigenossen, es ist unmöglich, diese Bewegung irgendwie säuberlich reglementieren zu können, das ist unmöglich in einer Zeit, in der die Welt in Flammen steht und grausiges Entsetzen besonders die Arbeitermassen packt. Wer von uns wird denn wilde Streiks empfehlen wollen! Aber man soll doch dafür Verständnis haben, wenn bei so unerhörten Leiden, bei so unerhörtem Druck es zu Ausbrüchen der Leidenschaft kommt. (Zuruf: Aber davor warnen darf man!) Genosse Fischer, die Arbeiter sind es doch, die unter solchen Warnungen leiden, glauben Sie doch nicht, daß sie nützen.

Parteigenossen, es scheint mir wichtig zu sein, Ihnen mitzuteilen, mit wie phantastischen Vorstellungen die höchsten Behörden, das Kriegsministerium und der Generalstab, über die Opposition denken und über einige Mitglieder urteilen, und wie gefährlich es ist, solchen Phantasien Vorschub zu leisten. So hat der Generalstab am 30. Juli dieses Jahres an das Kriegsministerium einen Erlaß gerichtet, in dem es heißt:

Ein gut informierter Vertrauensmann meldet über die Verteilung von Flugblättern: Die heimliche Verteilung der „sozialdemokratischen Weckstimmen für das arbeitende Volk" hat begonnen. Veranstaltern ist die revolutionäre internationale Berner Richtung, welche mit der englischen Gesandtschaft zu Bern Fühlung hält (was anläßlich des Prozesses gegen die Oberstleutnants v. Wattenwyl ans Licht kam) und zweifellos auch mit Geld unterstützt wird.

Für die Industriebevölkerung des Rheinlands, d. h. die Tuchmacher in Aachen, die Samtweberei in Krefeld, die Schwerarbeiter und Bergarbeiter rechts des Rheins, werden die Flugblätter aus Luxemburg und aus Holland durch Vertrauensmänner der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft eingeschmuggelt und durch die Häupter der revolutionären Organisation verteilt.

Die Führer und Macher dieser Bewegung sind Artur Stadthagen, Breitscheid, Rühle, Julian Borchardt, Henke, Rosa Luxemburg, Klara Zetkin, Luise Zietz, Karabellum (Radek), Roland Holst, Lenin, Zinowiew, Fritz Platten und Robert Grimm, Graber und Naine.

Jetzt wird einem angeblichen Fortschrittler, dem früheren Chefredakteur der „Berliner Morgenpost", einem gewissen Hermann Rösemeyer, die Abfassung des Flugblattes „Deutsches Volk, wach auf!" öffentlich in die Schuhe geschoben. Mag dem sein, wie ihm wolle, dahinter steht die revolutionäre Internationale. Aus dem Text des alarmierenden Pamphlets wird der Satz verbreitet: „Es ist gut, daß das Volk endlich die Wahrheit erfahre. Die Zahl unserer im Krieg Gefallenen beträgt an Toten zum mindesten 1250000, an Gefangenen, Deserteuren und Vermißten haben wir ungefähr 750000 verloren, die Zahl der Verwundeten erreicht drei Millionen, wovon ein Drittel Krüppel und dauernd Invalide. Das ist die blutige Bilanz dieses Krieges für Deutschland. Reden wir nicht von den Kranken, ihre Zahl spottet jeder Berechnung, denn sie ist enorm."

Diese Flugblätter verfolgen einen doppelten Zweck: Sie haben die Zuversicht des deutschen Volkes auf einen guten Ausgang des Krieges zu erschüttern, und sie haben gleichzeitig die Führer der offiziellen Mehrheitsfraktion der Sozialdemokratie im Deutschen Reichstag als offizielle Werkzeuge der Reichsregierung der allzeit mißtrauischen Arbeitermasse zu denunzieren.

Grimm und Graber, Platten und Naine einigten sich auf die Parole: „Nieder mit der Armee!" Von Bern aus reifte die Mahnung zu den deutschen Arbeitern: „Die Arbeiter haben kein Vaterland zu verteidigen. Am allerwenigsten in Deutschland, wo die Kriegerkaste des preußischen Adels alle politische Macht an sich gerissen hat.

Parteigenossen, das alles fabelt ein Vertrauensmann der Regierung zusammen. Das bildet dann die Grundlage für die unerhörten Verfolgungen der Opposition. Die Sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft und die genannten Genossen haben mit der angeblichen Verbreitung von Flugblättern aus dem Auslande nichts zu tun. Es ist bekannt, daß der frühere Chefredakteur der „Berliner Morgenpost", Rösemeyer, mit der Sozialdemokratie keine Verbindung gehabt hat. Der Genosse Ebert hat gestern dem Genossen Grimm einen Vorwurf gemacht. Ich würde darauf nicht eingegangen sein, aber nachdem sich unsere Behörden mit der Tätigkeit des Genossen Grimm befaßt haben, halte ich mich für verpflichtet, ein Wort darüber zu sagen. Wenn man mit dem Genossen Grimm auch ganz verschiedener Meinung ist, so wird doch niemand, auch Ebert nicht, in Abrede stellen, daß Genosse Grimm in ehrlichster Absicht und nach bestem Wissen seine politische Tätigkeit ausübt. Daß Genosse Grimm Gelder, die nicht aus sozialdemokratischen Händen gekommen sind, zu einem unerlaubten Zweck verwendet hat, kann nicht behauptet werden. Soweit mir bekannt ist, und Genosse Ebert weiß wohl nichts anderes, hat er einmal nur in einem Artikel gesagt, wenn die amerikanischen Friedensfreunde, die vieles Geld für eine phantastische Art von Friedensbewegung ausgeben, wirklich dem Frieden dienen wollen, sollten sie ihr Geld lieber den Sozialdemokraten oppositioneller Richtung geben, die damit wirksam dem Frieden dienen können. Das ist doch nichts, was Grimm zum Vorwurf gereicht, was seine Ehre als Parteigenosse und Mensch berührt. (Zurufe: Das ist auch nicht behauptet worden. Er hat die Gelder zusammengeschmort, er hat kapitalistisches Geld genommen!) Mit welcher Leichtgläubigkeit die Behörden faustdicke Unwahrheiten ihrer Agenten aufnehmen, dafür will ich noch ein Beispiel anführen.

Am 10. August 1916 hat das Kriegsministerium unter Berufung auf einen Vertrauensmann den Generalkommandos folgende Mitteilung zugehen lassen:

Dem Königl. St.-G.-K. übersendet das Kriegsministerium ergebenst Abschrift einer Mitteilung, aus der hervorgeht, daß die radikale sozialdemokratische Partei durch Vermittlung des Auslandes und Organisationen in verschiedenen Großstädten systematisch die Verbreitung ihrer hetzerischen Flugblätter und Schriften betreibt. Das Kriegsministerium ersucht, mit allen Mitteln, besonders auch durch Ueberwachung der Postsendungen, zu versuchen, den Herstellern und Verbreitern dieser landesverräterischen Druckschriften auf die Spur zu kommen, um ein gerichtliches Einschreiten gegen sie zu ermöglichen und sie unschädlich zu machen.

Ein zuverlässiger Vertrauensmann meldet: Die internationale revolutionäre Sozialdemokratie Berner Richtung ist zur Massenverteilung von Flugblättern geschritten, welche die Titel „Der Hunger", „Der deutsche Imperialismus am Ende", „Der Kronprinz" u. a. tragen, in einem tobenden Kampfstil geschrieben und in großen Massen hergestellt sind. Die internationale Berner Richtung verfügt in Deutschland über fünf Infektionsherde mit starken und erfolgreich im geheimen arbeitenden Organisationen: Groß-Berlin, Bremen, Leipzig, Köln, Frankfurt a. M. mit Filiale in Stuttgart. Die Organisationen in diesen deutschen Städten erhalten die Flugblätter aus der Schweiz, auf dem Wege über Feldkirch-Bayern. Es steht außer Zweifel, daß die Drucksachensendungen unter falschen Kreuzbändern („Berliner Tageblatt", „Kleines Journal" usw.) nach Osten von Leipzig und Groß-Berlin aus besorgt werden, und daß Bremen, Köln und Frankfurt a. M. die Westfront in Angriff genommen haben. Längst hat sodann die belgische Sozialdemokratie unter Leitung Emil Vanderveldes ihre Genossen im Lande mit der Berner Zentrale und mit dem holländischen Het Volk in nahe Verbindung gebracht, so daß die Versorgung der deutschen Soldaten in Belgien und Nordfrankreich auch von Holland aus erfolgen kann. Selbstverständlich verfügen die Berner auch über die Organisation der französischen Genossen von der patriotischen Mehrheit der Sozialdemokratie Frankreichs.

Es genügt, dies Produkt einer kühnen Phantasie mitzuteilen, damit die Genossen wissen, welche Urteile in diesen Kreisen herrschen. (Zurufe: Gegen wen soll das was bewiesen? Was wollen Sie damit?) Wenn Sie nicht selbst wissen, was mit der Bekanntmachung dieser Erlasse bezweckt ist, dann wird es Ihnen auch meine Erläuterung nicht sagen. (Sehr gut!) Vor dem Kriege hat jeder einzige Sozialdemokrat gewußt, was es bedeute. (Händeklatschen und Zwischenrufe.)

Parteigenossen, es gibt allerdings in der Opposition verschiedene Richtungen, Ebert hat neun Spielarten entdeckt. Er ist mir im Zählen zweifellos über, ich bin nicht so weit gekommen. Aber wie ist es denn in der alten Fraktion? (Sehr gut!) Da gibt es doch eine recht ansehnliche Zahl von Genossen, die in allen wichtigen politischen Fragen mit der abgesplitterten Opposition übereinstimmen. Und wollen denn die Genossen vom Fraktionsvorstand mit den Ausführungen von Heine, Südekum, Landsberg, Lensch, Peus, Cohen, Quessel, von vielen anderen zu schweigen, sich einverstanden erklären, z. B. soweit es sich um die Frage der Annektionen handelt, oder um die Stellung zum Militarismus? Sie werden das ablehnen, aber wenn man von der alten Fraktion diese Genossen, die in Grundfragen die sozialistischen Anschauungen nicht mehr vertreten, preisgibt, dann hat der Fraktionsvorstand und der Parteivorstand in der alten Fraktion nicht mehr die Mehrheit hinter sich, dann stützt er sich zur

Mehrheitsbildung auf eine Anzahl Mitglieder, die nicht zu ihm gehören, die er abstoßen müßte. Es ist nun sehr auffallend, daß der Parteivorstand — und das wirkt stark erbitternd — gegenüber den von mir genannten Genossen aus der Fraktion, die ihre eigenen Wege wandeln, die Seitensprünge der allerbedenklichsten Art machen, überaus milde ist, während er von vornherein gegen alle, die der Opposition angehören, mit schwerstem Geschütz vorgeht. Gegen Liebknecht wurden nicht nur öffentliche Erklärungen abgegeben, sondern es wurden auch gegen meinen Willen, wie Sie wissen, in diesen Erklärungen Mißbilligungen ausgesprochen. (Zuruf.) Ich war gegen die Mißbilligungen. Der Opposition gegenüber öffentliche Zurückweisung und Brandmarkung, und bei den anderen ein Brief, von dem die Parteigenossen nichts erfahren.

Ebert glaubte, daß uns die Angriffe der sogenannten Spartacusgruppe, die ja manchmal recht schweren Kalibers sind, unangenehm wären. Es ist richtig, daß die Spartacusleute eine sehr unfreundliche Sprache auch gerade gegen die Arbeitsgemeinschaft führen, und die Arbeitsgemeinschaft heftiger angreifen als die Mehrheitsfraktion. Aber wie reagieren wir darauf? Wir stehen auf dem Standpunkt, daß wir als Sozialdemokraten jede Kritik, auch die allerherbste, ertragen müssen. (Sehr richtig! bei der Opposition), und wir glauben, nicht so weich sein zu müssen, daß wir nun gegen jedes Schimpfwort mit einer geharnischten Erklärung gleich vom Leder ziehen. (Zustimmung bei der Opposition.) Wir halten es auch nicht für sehr geschickt, daß der Vorstand dadurch die Opposition immer weiter von sich treibt und den Keil immer tiefer und tiefer in die Partei hineindrückt.

Ebert ist dann auf unser Verhältnis zur Regierung eingegangen und hat mit Recht die Behauptung zurückgewiesen, daß die Partei sich für ihre Abstimmung vom 4. August 1914 von der Regierung irgendwelche Versprechungen habe geben lassen, daß sie die Abstimmung also zum Handelsobjekt gemacht habe. Liebenswürdigerweise wie immer setzte Ebert hinzu, Haase sei es ja gewesen, der vor dem 4. August die Verhandlungen mit der Regierung geführt habe. Das ist ein Irrtum, der auch in diesem Kreise einmal richtiggestellt werden soll. Ich bin am 26. Juli 1914, und zwar zum ersten Male in meinem Leben, in das preußische Ministerium des Innern bestellt worden. Es wurde mir mitgeteilt, daß mit mir zusammen auch Ebert eingeladen sei. Da ich wußte, daß Ebert auf Reisen war und da auch Scheidemann und Molkenbuhr nicht in Berlin waren, habe ich sofort an Braun telegraphiert, damit er als zweiter an dieser Unterredung teilnehme. Bei dieser Unterredung handelte es sich gar nicht um die Kredite und nicht um die Frage, wie die Sozialdemokratie sich im Falle eines Krieges verhalten würde, sondern lediglich um die von der Sozialdemokratie angekündigten Protestversammlungen gegen den drohenden Krieg. Es wurde mir im Ministerium mitgeteilt, daß die Regierung nicht beabsichtige, diese Versammlungen zu unterdrücken, denn dazu habe sie gar nicht das Recht. Aber sie halte es doch für notwendig, uns über die politische Situation aufzuklären, damit nicht gerade aus diesen Versammlungen eine Gefahr für den Frieden entstehe. Dabei wurde von der Regierung mitgeteilt, sie hätte genaue Informationen darüber, daß die panslawistische Strömung in Rußland sehr stark sei; es komme alles darauf an, ob sie die Ueberhand gewönne oder nicht. Unsere Redner sollten es deshalb unter allen Umständen vermeiden, durch irgendeine unvorsichtige Bemerkung dieser panslawistischen Strömung in Rußland Nahrung zu geben. Die Regierung setzte dann hinzu daß, wenn Rußland etwa gegen Oesterreich vorgehen sollte, wir uns gemäß unserer Bundespflicht in diesem Kampfe an die Seite Oesterreichs stellen würden. Ich habe sofort erklärt, daß weder ich noch meine Fraktion dies als eine politische Konsequenz ansehen könnten, und ich erinnerte an die Rede, die David in unser aller Namen im Reichstage gehalten hat und in der er sagte, daß das Bündnis zwischen uns und Oesterreich-Ungarn ein reines Defensivbündnis sei, so daß, wenn Oesterreich zuerst zum Kriege gegen Serbien vorgehe, damit die Voraussetzungen des Bündnisvertrages nicht gegeben seien. Es wurde mir erwidert, diese Auffassung sei der Regierung bekannt, mir aber werde es auch nicht unbekannt sein, daß die bürgerlichen Parteien und die Regierung den Vertrag nicht so auslegen. Eine weitere Unterredung habe ich mit keinem Manne aus der Regierung bis zum 3. August gehabt. (Hört, hört! bei der Opposition.) Am 3. August war ich anwesend bei der Besprechung, die der Reichskanzler mit den Vertretern sämtlicher Reichstagsfraktionen hatte und an der außer mir noch Scheidemann und Molkenbuhr teilnahmen. Aber während ich am 29. Juli in Erfüllung meiner Pflicht als Mitglied des Internationalen Sozialistischen Bureaus in Brüssel war, hat allerdings der Reichskanzler bei mir anzutelephoniert, um eine Unterredung mit mir herbeizuführen, und, als ihm gesagt wurde, daß ich nicht da sei, und, da er wußte, daß auch Ebert, Scheidemann und Molkenbuhr abwesend waren, so hat er sich an Südekum gewandt, mit ihm gesprochen und Südekum hat sofort dem Parteivorstand berichtet. Also, Genosse Ebert, von Verhandlungen mit der Regierung kann keine Rede sein. (Lachen. Zuruf: Was soll das?) Ich sage das, weil im Lande die wildesten Gerüchte über das umlaufen, was ich mit der Regierung verhandelt habe. (Sehr richtig! bei der Opposition.)

Ich habe unsere Verpflichtung, die uns aus unserer Haltung am 4. August erwachsen ist, gegen die Regierung ganz besonders streng aufgefaßt, wie Vorstand und Parteiausschuß wissen. Wir hatten im Parteivorstand uns einmütig dahin verständigt, daß wir unter keinen Umständen etwa von der Regierung irgendeine Gefälligkeit, irgendeinen sogenannten Liebesdienst fordern dürften, um auch nicht den Verdacht aufkommen zu lassen, als ob wir irgendeine Erkenntlichkeit dieser Art von der Regierung erwarteten. (Sehr gut! bei der Opposition.) Eine solche Duldes-Politik würde von Ihnen allen mit Recht verworfen werden. Als daher später einmal Ebert an mich herantrat und mich fragte, ob ich nicht ihn, Müller und einige andere Genossen aus dem Parteivorstand reklamieren wollte, da sie bei der wirklich beschränkten Zahl von Kräften im Parteivorstand unentbehrlich seien, habe ich das ebenfalls unter Berufung auf unseren Beschluß zurückgewiesen. Ich war der Meinung, und diese Auffassung war im Parteivorstand allgemein, daß wir, soweit Reklamationen in Frage kamen, niemals als Parteivorstand auftreten durften, sondern daß lediglich die Inhaber von Geschäften aus rein geschäftlichen Gründen nach den allgemein geltenden Grundsätzen Reklamationsgesuche einzureichen hätten. Wenn Mitglieder des Parteivorstandes irgendein Reklamationsgesuch zu unterschreiben hatten, so durfte das niemals geschehen in ihrer Eigenschaft als Vorstandsmitglied, sondern nur als Inhaber eines Geschäftes. (Sehr richtig! bei der Opposition.) Wir haben also alles getan, um jeden Verdacht von uns abzuwehren. Etwas ganz anderes ist aber die Frage, ob wir nicht die nun einmal gegebene politische Situation mit allen Kräften ausnutzen mußten und ausnutzen müssen, um politische Rechte zu erringen. (Zustimmung bei der Opposition.) Alle ausstrebenden Klassen haben es zu allen Zeiten für ihre Pflicht angesehen, sich gerade dann, wenn die Herrschenden arg bedrängt waren, zu rüsten, um in dieser Situation nicht als Gegengabe, aber unter Ausnutzung der Lage neue Rechte zu erwerben. (Zustimmung bei der Opposition.) Und was ist uns nun geworden? **Nichts, wenigstens nichts Wesentliches ist in dieser Zeit erreicht worden**, und das sollte zum Nachdenken anreizen. (Sehr richtig! bei der Opposition.) Wie ist es denn auf dem Gebiet der Lebensmittelversorgung? Wer hat alles erreicht? Die Agrarier und der Handel, und das, trotzdem, wie jeder Mensch anerkennen muß, Parteivorstand und Generalkommission ihr möglichstes getan haben. Kaum einen Brocken haben wir erhalten. (Sehr richtig! bei der Opposition.) Bei Beginn des Krieges aber hatten die Anhänger der Mehrheit in der Fraktion die Backen vollgenommen und uns erzählt, was wir alles erreichen würden, nachdem wir so gute Patrioten waren. (Widerspruch. — Dr. David: Kein Mensch hat das gesagt!) Wir im Parteivorstand haben uns allerdings diesen Illusionen nicht hingegeben, wohl aber viele andere. (Dr. David: Kein Mensch hat Illusionen gehabt!) Ich könnte es dokumentarisch nachweisen. Und weshalb haben wir nichts erreicht? Die Agrarier haben ihre eigene Taktik und haben sie angewandt; wir Sozialdemokraten haben auch unsere Taktik, aber wir haben sie jetzt nicht angewendet. (Sehr richtig! bei der Opposition.)

Die Agrarier haben in den Ministerien Männer sitzen von ihrem Fleisch und Blut, sie brauchen sie nur zu besuchen, sie haben ihre sozialen und sonstigen Beziehungen und können infolgedessen durchsetzen, was sie wollen. **Wir Sozialdemokraten haben nur ein Mittel**, nämlich das, **daß wir die Massen unserer Parteigenossen unter allen Umständen mobil machen, so gut es geht** (Stürmischer Beifall bei der Opposition und Händeklatschen). Mit Eingaben, und seien sie noch so nachdrücklich, erreichen wir nichts, das hat die Erfahrung gezeigt. (Rufe: Papierkorbarbeit!) Wie die Zensur wütet, wie der Belagerungszustand seine harte Faust auf Tausende völlig Unschuldiger legt, das ist Ihnen allen bekannt, und es ist auch ein **Zeichen unserer Schwäche und Einflußlosigkeit**, daß die Regierung das wagen kann (Sehr wahr! bei der Opposition). Ich brauche ja nur Namen zu nennen wie Mehring, Rosa Luxemburg, Meyer, Karski, die vielen Namen von Arbeitern und Arbeiterinnen, die mir noch bekannt sind und ebenso leiden, will ich gar nicht nennen. Als im Jahre 1870 wenige Männer unter dem Belagerungszustand gepackt wurden, da ging ein Schrei durch das ganze Land, und jetzt, wo wir eine große sozialdemokratische Partei haben, da kann die Regierung es wagen, Massenverhaftungen vorzunehmen, weil wir eben gar keine Macht haben (Lebebour: Weil sie keine Macht entwickeln wollen! — Unruhe, Rufe: Warum denn nicht? — Lebebour: Weil sie sich als Regierungshandlanger gefallen!).

Wie sieht es denn auf den anderen Gebieten des politischen Lebens aus? Was haben wir denn erreicht? Soll ich noch ein Wort sprechen über die Komödie, die die Regierung mit der Reform des **Reichsvereinsrechts** aufgeführt hat? Es handelt sich, vom günstigsten Standpunkt aus betrachtet, um eine Lappalie. Ich habe freilich erklärt, es würde mir unter der Zustimmung der Gewerkschaften genügen, wenn die Regierung auch nur den § 3 des Vereinsgesetzes genau nach dem Beschluß von 1915 ändern würde. Aber dagegen hat sie sich gewehrt, und sie hat statt einer Reform lediglich eine Deklaration des alten Paragraphen gebracht, die so viele Fußangeln enthält, daß die Genossen nach dem Kriege sehr bald ihr blaues Wunder erleben werden (Sehr wahr! bei der Opposition). Und wie ist es auf dem Gebiet der **Steuern?** Es gab Parteigenossen, die erklärt haben, nach der Haltung der Fraktion in der Kriegsfrage werde die Regierung es nicht mehr wagen, Verbrauchssteuern dem Volke anzubieten. Nun, auch diese Illusion ist sehr bald geplatzt. Wir haben noch niemals eine so das Volk belastende Steuergesetzgebung bekommen wie jetzt. Allein die Umsatzsteuer zeigt ja, wie weit die Regierung zu gehen gewagt hat, nachdem die bürgerlichen Parteien ihr vorangegangen sind. Scheidemann meinte gestern, wir mußten für die Kriegssteuervorlage stimmen, denn — man denke sich — wenn die bürger-

lichen Parteien erfahren hätten, daß die Sozialdemokraten dagegen sind, dann würden auch sie dagegen gestimmt haben, und dann würde selbst die eine direkte Abgabe in den Orkus verschwunden sein. Dafür wäre dann eine indirekte Steuer gekommen. Ach, so naiv ist doch Sche demann auch nicht! (Sehr gut! bei der Opposition). Die bürgerlichen Parteien hatten bereits ihr Programm fertig, und sie haben es immer verstanden, wenn sie eine schwere Last dem Volke aufs reden, dann — um einen Ausdruck der „Chemnitzer Volksstimme" zu gebrauchen — ein kleines Feigenblatt darauszulegen. Die „Chemnitzer Volksstimme" war es, als sie gegenüber der Ungeheuerlichkeit dieses Steuerkompromisses in alten sozialdemokratischen Gedankengängen einmal dachte, die schrieb: „Das ganze Steuergesetz ist für uns unannehmbar, denn die Kriegsabgabe ist ja nur ein Vorwand für die indirekten Steuern." Wenn die „Chemnitzer Volksstimme" das begriffen hat, dann gehört doch ein Mut dazu, die anderen, die einen von der Partei stets eingenommenen taktischen Grundsatz aufrechterhalten, mit Steinen zu bewerfen. (Lebhafte Zustimmung bei der Opposition.) Wir haben den Standpunkt vertreten, daß die Steuern so weit ausgedehnt werden sollen, daß alle diejenigen, die in der Kriegszeit, wo Hunderttausende ihr Letztes verloren haben, noch Gewinne gemacht haben, diese Gewinne in voller Höhe abgeben müssen. Es wäre wohl nicht zuviel von der Fraktion verlangt gewesen, wenn sie für diesen Antrag eingetreten wäre. Man macht sich darüber Gedanken, daß wir die Kriegssteuer abgelehnt haben, obwohl wir sie selbst erst forderten. Auch das sind neue Bedenken, die uns früher gar nicht gekommen sind. Wir haben auch die sozialen Gesetze gefordert, als aber die ersten kamen, haben wir sie abgelehnt, weil sie zu wenig boten. In den Handbüchern der Partei werden sie immer wieder diesen Grundsatz finden. Man hat gewiß in der Partei darüber gestritten, ob diese Taktik gegenüber neuen Gesetzen allemal richtig ist, aber wenn es sich um ein Steuerbündel handelt, dann haben wir es in seiner Gesamtheit zu beurteilen und es denen hinzuwerfen, die es gemacht haben, falls es in seinem ganzen Grundzug volksfeindlich ist. Denen müssen wir die Verantwortung zuschieben, und den Genossen können wir dann mit gutem Gewissen erklären: nicht wir sind daran schuld, sondern die anderen. Alle Parteien, nicht nur wir, haben solche taktischen Methoden oft angewendet. Wir machen Verbesserungsvorschläge, lehnen aber bei der Gesamtabstimmung das Ganze ab, weil es dem widerspricht, was wir mindestens fordern müssen. Diesmal war die Entscheidung um so leichter, als nach dem Jenenser Parteitagsbeschluß die Ablehnung schon wegen des Verwendungszweckes der Steuer geboten war.

Mir scheint die Frage dringend zu sein, **woher denn unsere Einmütigkeit kommt.** Sie kommt daher, daß **die Regierung ja weiß,** daß sie nach der Haltung, die die Sozialdemokratie im Kriege eingenommen hat, ihr das alles bieten darf (Lebhafter Beifall bei der Opposition), **daß sie keine Rücksicht auf sie zu nehmen braucht** (Erneute lebhafte Zustimmung bei der Opposition, Zuruf: „Weil Sie sie entrüstet haben durch die Absplitterung!" — Lachen bei der Opposition). Wo war denn Ihre Macht bis zur Absplitterung? O nein, das Wort von Clausewitz ist fast ein banales Wort geworden, daß der Krieg die Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln ist. Die Regierung treibt eben die alte Politik weiter, nur mit gewalttätigeren Mitteln. Während wir aber früher die entschiedensten Gegner dieser Politik waren, unterstützen wir sie jetzt in wertvollster Weise. Der Führer der Konservativen, Herr v. Heydebrand, hat in seiner großen Frankfurter Rede gar kein Hehl daraus gemacht, wie sehr diese sozialdemokratische Unterstützung für die Durchsetzung der Pläne der Regierung und der bürgerlichen Parteien zu schätzen ist. Die Sozialdemokratie ist die Gefangene der Regierung geworden. Sie sind es geworden, soweit Sie die Mehrheitspolitik repräsentieren, weil Sie in den entscheidenden Fragen die Regierung gar nicht mehr bekämpfen können. Man hat uns ja lange genug gesagt, wir dürfen im Parlament nicht schroff auftreten. Wir sollten nicht für den Frieden sprechen, weil das die Einigkeit stören würde. Wenn man anfangs diese Meinung haben konnte, so mußte man doch längst einsehen, daß sie völlig unrichtig ist. Wie ist es denn mit anderen Parlamenten, in England, Frankreich, in Ungarn? Bei uns etwa die Kriegsführung zu kritisieren, das gilt als das allerschlimmste Verbrechen, schlimmer als Landesverrat. In allen anderen Ländern aber machen die bürgerlichen Parteien von ihrem Recht der Kritik ausgiebigsten Gebrauch, wie z. B. gegenwärtig in Ungarn. Hat man doch in der Majorität sogar den Standpunkt vertreten, wir sollten unsere Forderungen gegen die Annexionen nicht aufstellen, weil wir dadurch die Gegner herausfordern würden, ihren annexionistischen Standpunkt der Welt zu verkünden und damit den Krieg zu verlängern. Von allem anderen abgesehen — eine wie harmlose Auffassung, als ob nicht die ganze Welt weiß, daß in diesen Fragen Meinungsverschiedenheiten bestehen.

Sie haben in der Mehrheit im wesentlichen das eine **vergessen,** nämlich, daß die **Interessen der verschiedenen Klassen** auch im Kriege ebenso verschieden sind wie vorher, ja, daß die arbeitende Klasse im Kriege mehr noch leidet als vorher. Dafür ist symptomatisch der Vortrag des Genossen Scheidemann. Da war immer nur die Rede vom Volk, vom Volksganzen, aber nicht von denjenigen Volksmassen, die hinter uns stehen, nicht von denjenigen Klassen, deren Interessen wir vertreten sollen. (Beifall und Widerspruch. Zurufe.) Genosse Auer, Sie wissen gar nicht, was für ein Schaden dadurch angerichtet worden ist, daß Sie und Genosse Müller in München auch in dieser Zeit immer und immer wieder sich in die Ideologie

der bürgerlichen Parteien eingesponnen haben. (Auer: Das ist mir neu!) Die Ausdrücke, die Sie brauchen, sind die Ausdrücke der anderen. Jene scharf umrissenen Ausdrücke, die wir übernommen haben von unseren großen Theoretikern, mit denen wir klare, bestimmte Begriffe verknüpften, sind umgebogen und verschwommen gemacht. Man spricht jetzt von Lebensinteressen, der wirtschaftlichen Entwicklungsmöglichkeit, kurz, man bedient sich jener vieldeutigen Ausdrücke, unter denen jeder etwas anderes versteht. Die „Kreuzzeitung" und die „Deutsche Tageszeitung" haben daher im Anschluß an die Petition des Parteivorstandes erklärt, mit den in ihr aufgestellten drei Forderungen könne man einverstanden sein, es komme nur darauf an, mit welchen Mitteln man die wirtschaftliche Entwicklungsfreiheit durchsetzen könne. Deswegen soll man unseren Genossen sagen, wie wir die wirtschaftliche Entwicklungsfreiheit verstehen, und nicht Ausdrücke gebrauchen, die zur Verhüllung unserer Parteiziele dienen.

Scheidemann sagte, das deutsche Volk sei schließlich am Kriege schuld, er meint selbstverständlich die bürgerlichen Parteien, die in der Tat sämtlich mitverantwortlich sind. Die Arbeiterklasse darf dagegen von sich sagen, daß sie alles getan hat, um den Krieg fernzuhalten. Weil sie das aber getan hat, folgt daraus mit Notwendigkeit, daß sie die Verantwortung für die Kriegspolitik ablehnen durfte und ablehnen mußte. In der Erklärung vom 4. August steht ja, daß wir die **Verantwortung für den Krieg nicht übernehmen,** das sind aber Worte gegenüber der Tat, und die **Tat war die Abstimmung.** Es ist ein Widersinn, die Verantwortung mit Worten ablehnen zu wollen und sie schließlich durch die Tat zu übernehmen, indem man für die zur Kriegführung erforderlichen Kredite stimmt. (Sehr wahr! bei der Opposition!) Es wird **behauptet, wir mußten so handeln nach unserer ganzen Parteigeschichte. Ist das richtig oder falsch?** Wir waren über den großen Komplex der Fragen, die zu dem Krieg geführt haben, früher durchaus einig.

Als die Weltkatastrophe über uns hereinbrach, waren wir bestürzt. Bestürzt, Genossen, obwohl wir die unheilvollen Wetterzeichen rechtzeitig bemerkten und richtig kündeten. Im Jahre 1912, am 3. Dezember, hat unser Redner im Reichstag über unser Verhältnis zu Oesterreich-Ungarn folgendes ausgeführt, und es ist sehr lehrreich, sich das ins Gedächtnis zurückzurufen:

> **„Wenn Oesterreich Serbien angreift und Rußland Serbien beispringt, sind wir nach dem Vertrage** (dem Dreibundvertrag) **nicht verpflichtet, die Waffen zu ergreifen.** (Hört, hört!) Das ist sehr wichtig, denn das ist die einzige Friedensgarantie, die wir gegen die Wiener Militärpartei haben." (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Und er hat als einen besonders ausgeprägten Vertreter dieser Wiener Militärpartei den ermordeten Erzherzog bezeichnet. Er fährt dann fort: „Nun handelt es sich bei der ganzen Frage freilich um den Begriff des Angriffskrieges, um das, was man unter Angreifen zu verstehen hat. Ein Angreifen liegt auch dann vor, wenn eine den Krieg beabsichtigende Partei (also hier die Wiener Militärpartei) dem Gegner so provokatorisch und rigoros gegenübersteht, ihm so an die Gurgel greift, daß diesem ja nichts anderes übrigbleibt, als sich zu wehren. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Die Aufgabe der deutschen Politik ist es, dafür zu sorgen, daß ein derartiges illoyales Vorgehen nicht stattfinde." (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Der Redner der Fraktion, der diese Ausführungen machte, war Genosse David. (David: Das unterschreibe ich auch heute!) Und als dann das, was David vorausgesagt hatte, Wirklichkeit wurde, als Oesterreich an Serbien jenes unerhörte Ultimatum stellte, wie es die Welt noch nicht erlebt hatte, als dann Rußland Serbien beisprang, da war alles nicht mehr wahr? Im Parteivorstande waren wir uns zunächst vollständig klar über die Situation. Am 24. Juli wurde das Ultimatum in die Welt gesetzt, am 25. Juli erfuhren wir es in Berlin. Braun und ich, ein Teil der Genossen war wegen der Ferien nicht zugegen, aber sie würden uns ebenso zugestimmt haben wie die anderen. (Ebert: Nicht wegen der Ferien, wir waren geschäftlich verreist!) Gut, jedenfalls waren Sie nicht anwesend. (Ebert: Es ist doch gut, das festzustellen!) Also ein Teil war in den Ferien, ein Teil geschäftlich abwesend, aber zweifellos hätten Sie uns zugestimmt. Wir haben bei dieser Gelegenheit einen Aufruf erlassen, am 25. Juli wohlverstanden 1914, der so lautet:

> „Noch dampfen die Aecker auf dem Balkan von dem Blute der nach Tausenden Hingemordeten, noch rauchen die Trümmer verheerter Städte, verwüsteter Dörfer, noch irren hungernd arbeitslose Männer, verwitwete Frauen und verwaiste Kinder durchs Land, und schon wieder schickt sich **die vom österreichischen Imperialismus entfesselte Kriegsfurie** an, Tod und Verderben über ganz Europa zu bringen. **Verurteilen wir auch das Treiben der großserbischen Nationalisten, so fordert doch die frivole Kriegsprovokation der österreichisch-ungarischen Regierung den schärfsten Protest heraus.** Sind doch die Forderungen der Regierung so brutal, wie sie in der Weltgeschichte noch nie an einen selbständigen Staat gestellt sind, und können sie doch nur darauf berechnet sein, den Krieg geradezu zu provozieren. Das klassenbewußte Proletariat Deutschlands erhebt im Namen der Menschlichkeit und der Kultur flammenden Protest gegen dies verbrecherische Treiben der Kriegshetzer. Es fordert gebieterisch **von der deutschen Regierung,** daß sie ihren Einfluß auf die österreichische

Regierung zur Aufrechterhaltung des Friedens ausübe, und falls der schändliche Krieg nicht zu verhindern sein sollte, **sich jeder kriegerischen Einmischung enthalte.** Kein Tropfen Blut eines deutschen Soldaten darf dem Machtkitzel der österreichischen Gewalthaber, den imperialistischen Profitinteressen geopfert werden." (Lebhaftes Sehr gut!)

Hat die deutsche Regierung die Aufgabe, die ihr hier gestellt wurde, erfüllt?

Eins ist doch sehr merkwürdig, daß die deutsche Regierung ihren Notenwechsel mit Oesterreich-Ungarn bis zu dieser Stunde nicht veröffentlicht hat (Sehr wahr! bei der Opposition), daß sie diesen Notenwechsel auch noch nicht einmal im vertrauten Kreise den Reichstagsabgeordneten zur Kenntnis gebracht hat. (Hört, hört!) Das legt doch den Gedanken sehr nahe, daß ein Teil dieses Notenwechsels mindestens das Licht zu scheuen hat. Unser Weißbuch selbst läßt ja gar keinen Zweifel über die Stellung, die die Regierung damals eingenommen hat. Es heißt da so, daß die österreichische Regierung von ihrer Auffassung die deutsche benachrichtigt hat, und es wird hervorgehoben, daß die deutsche Regierung die Aktion, die die österreichische Regierung für notwendig halten würde, gebilligt hat. (Hört, hört!) Es wird weiter erklärt, daß sich dabei die deutsche Regierung bewußt gewesen sei, daß ein etwaiges kriegerisches Vorgehen Oesterreich-Ungarns gegen Serbien Rußland auf den Plan rufen und uns in einen Krieg verwickeln könnte, und schließlich wird ausdrücklich gesagt: „Wir ließen Oesterreich völlig freie Hand in seiner Aktion gegen Serbien." (Hört, hört! bei der Opposition.) Trotzdem soll nicht mehr gelten, was der Parteivorstand in seinem Aufruf ausgeführt hat? Der Plan Oesterreich-Ungarns war von langer Hand vorbereitet. Es ist vielleicht interessant, heute noch einmal zur Kenntnis zu bringen, was zum Beispiel am 18. Juli 1914 das „Berliner Tageblatt" über große Effektenverkäufe der Dresdner Bank schrieb. Ein Direktor der Dresdner Bank gab darüber folgende Auskunft: „Wir sind von unseren Wiener Freunden dahin unterrichtet worden, daß die Note, die Oesterreich an Serbien richten wird — das war am 18. Juli —, auf einen sehr scharfen Ton gestimmt sei. Daraus folgern wir, daß wenigstens anfangs Befürchtungen auftauchen werden, der Konflikt würde nicht auf friedlichem Wege aufzulösen sein." In der Tat, diese Note war auf das sorgfältigste vorbereitet, und zwar so, daß sie, wie Genosse David das schon 1912 vermutet hat, für Serbien unannehmbar war. Die gesamte deutsche Parteipresse, und nicht nur diese, auch Blätter wie die „Frankfurter Zeitung", sogar die „Post", wie die „Rheinisch-Westfälische Zeitung" erklärten damals: „Diese Note ist nur ein Kriegsvorwand." (Hört, hört!) Es wurde wiederholt ausgesprochen: auch wenn Serbien die Note bis auf das Tüpfelchen in allen Punkten annimmt, wird Oesterreich doch zum Kriege schreiten, weil es einmal seine Rechnung mit Serbien glatt machen muß. (Hört, hört!) Und in dieser Situation traten wir an die Beratungen heran. (David: Da vorgessen Sie die russische Mobilisiation!) Die haben Sie ja 1912 vorausgesehen und erklärt, was zu geschehen habe, wenn Rußland Serbien beispringt! Rußland hatte zunächst nur gegen Oesterreich mobilisiert, erst später gegen Deutschland, erst kam die Teilmobilisation, dann kam die gesamte Mobilisation. Genosse David, Ihre Gründe bleiben bestehen, der Quell ist da, wo sie ihn aufgedeckt haben, in Oesterreich-Ungarn. Sie haben damals mit Recht gesagt: Wenn Oesterreich-Ungarn so vorgeht, dann wird die Welt in Flammen kommen und dann haben wir nicht die Verpflichtung, etwa diesem Oesterreich-Ungarn beizuspringen. (David: Den entscheidenden Punkt vergessen Sie, wie ihn die Franzosen auch vergessen. Das werde ich nachher sagen.)

Parteigenossen, man könnte nun sagen: **der Krieg war eben gekommen, was blieb uns anderes übrig,** wir mußten die Kredite bewilligen. Parteivorstand und Fraktionsvorstand haben aber auch in den kritischen Tagen zunächst nicht diese Haltung eingenommen. (Hört, hört! bei der Opposition.) Wir haben damit gerechnet, nicht daß der Burgfriede kommen werde, sondern daß die Regierung zur Unterdrückung der Sozialdemokratischen Partei übergehen werde. (Sehr richtig! bei der Opposition.) Bei dieser Annahme gingen wir natürlich nicht davon aus, daß die Fraktion die Kredite bewilligen würde, denn das ist ganz klar, daß, wenn wir die Kredite bewilligten und den Burgfrieden herstellten, von Unterdrückung keine Rede sein konnte. Infolgedessen hat auch die Partei die Vorsicht geübt, daß sie einige ihrer Mitglieder beauftragt hat, **im neutralen Ausland während des Krieges die Geschäfte der Partei zu führen.** (Sehr richtig! und Hört, hört! bei der Opposition. — Ebert: Das war schon beim Marokko-Konflikt vorgesehen, das hat also mit dieser Sache gar nichts zu tun!) Das hat mit dieser Sache insofern zu tun, als diese Maßregel ja völlig unnütz gewesen wäre, wenn wir damals den Standpunkt eingenommen hätten, wir werden die Kredite bewilligen. (Ebert: Aber das ist schon vor fünf Jahren beschlossen!) Na ja, vor fünf Jahren wurde beschlossen, was für diesen konkreten Fall in Anwendung zu bringen war. (Sehr gut! bei der Opposition.) Aber sehen Sie davon ganz ab (Rufe: Nein, nein! bei der Opposition.) Ein anderes können Sie in seiner Beweiskraft gar nicht abstreiten. **Genosse Müller reiste am 31. Juli nach Paris** und hat über diese Reise selbst einen Bericht veröffentlicht. Weswegen wurde er nach Paris gesandt? Gestern hat Ebert es schon erwähnt: Um eine Verständigung mit den französischen Genossen herbeizuführen. Glauben Sie etwa, daß er nach Paris geschickt wurde, um den Pariser Genossen vorzuschlagen,

daß wir die Kredite auf beiden Seiten annehmen sollten! Er selbst sagt ja, daß er dort vorgeschlagen hat, Stimmenthaltung zu üben, nicht aber etwa Kreditzustimmung. (Hört, hört! bei der Opposition.) Nun ist doch eins logische Konsequenz. Wenn es richtig wäre, was immer behauptet wird, daß wir am 4. August nur wurde gemacht haben, was wir immer betont haben, wenn wir am 4. August so handeln mußten kraft unserer Tradition, kraft unserer Gesamtanschauungen, dann konnte doch Müller dort nicht Stimmenthaltung vorschlagen, sondern mußte den Genossen dort sagen: Wir können nicht anders als Sozialdemokraten, wir haben es immer betont, daß wir Kredite im Falle des Krieges bewilligen werden, und müssen das, was wir betont haben, jetzt auch wahr machen, wir müssen für die Kredite stimmen. (Lebhaftes Sehr gut! bei der Opposition.) Wie war es denn in jener Vorstandssitzung, die Müller den Auftrag zur Reise gab? Auf der einen Seite wurde erklärt, wir müßten gegen die Kredite stimmen. Der Genosse Richard Fischer sagte: Ich kann mir nach meiner sozialistischen Auffassung allerdings nicht denken, daß wir für die Kredite stimmen, aber wenn die Russen bei uns einbrechen, dann bin ich allerdings auch in der schwierigen Lage, daß ich nicht gut die Kredite verweigern kann, ich würde mich für Stimmenthaltung entscheiden." (Hört, hört! bei der Opposition.) Also er erkannte an, daß er nach seiner sozialistischen Ueberzeugung zunächst gegen die Kredite stimmen müßte und daß er lediglich in dieser besonderen Situation, wenn Rußland etwa bei uns einfallen könnte, nach der ganzen Stellung, die wir gegenüber Rußland einnehmen, die Stimmenthaltung als Auskunftsmittel in Frage kommen könnte. Es gibt ja auch eine Anzahl Mitglieder aus der alten Fraktion, die ganz offen sagen, es war ein **Bruch mit der Vergangenheit.** (Sehr wahr! bei der Opposition.) Lensch hat ja das Wort geprägt von der Sozialdemokratie Ende und Glück. Am 4. August war das Ende der alten Sozialdemokratie. Von dort soll nach Ansicht der Unterlenker eine neue Sozialdemokratie eine glücklichere Fahrt versuchen. Und ein Mann, den wir dafür kennen, daß er offen aussticht, was er meint, Hänisch, hat in seinem Buche: „Die deutsche Sozialdemokratie in und nach dem Weltkriege", das in einem bürgerlichen Verlage erschienen ist, ein Selbstbekenntnis abgelegt über das, was damals in seinem Innern vorging. Er schreibt: „Um alles in der Welt möchte ich jene Tage inneren Kampfes nicht noch einmal durchleben, dieses drängende Sehnen, sich hineinzustürzen in den gewaltigen Strom der allgemeinen nationalen Hochflut, und von der anderen Seite her die furchtbare seelische Angst, diesem Sehnen rückhaltlos zu folgen, der Stimmung ganz sich hinzugeben, die rings um einen herum brauste und brandete. Diese Angst: wirst du auch nicht zum Hallunken an dir selbst und deiner Sache . . . bis dann — ich vergesse den Tag und die Stunde nicht — plötzlich die furchtbare Spannung sich löste, bis man wagte, daß zu sein, was man doch war, bis man allen erstarrten Prinzipien und hölzernen Theorien zum Trotz zum ersten Male (zum ersten Male seit fast einem Vierteljahrhundert!) aus vollem Herzen, mit gutem Gewissen und ohne jede Angst, dadurch zum Verräter zu werden, einstimmen durfte in den brausenden Sturmgesang: Deutschland, Deutschland über alles!" (Große Heiterkeit bei der Opposition. Vereinzelt Bravo bei der Mehrheit.) Hänisch hat selbst geschildert, woher diese Angst kam. Sie kam aus der Erkenntnis, **seiner Vergangenheit untreu zu werden,** wie er selbst sagt, ein Verräter zu werden an dem, was er nun ersiarrte Prinzipien nennt. Es war in ihm ein Kampf zwischen seiner Stimmung und seiner Ueberzeugung.

Als ein Jahr vergangen war, hat Hänisch freilich für den Parteivorstand eine Broschüre geschrieben: „Sozialdemokratie und nationale Verteidigung", und in dieser Broschüre bemüht er sich doch um den Nachweis, daß die Sozialdemokratie am 4. August gar nicht anders habe handeln können. Das sagt derselbe Hänisch, der in seinem Buche geschrieben hat: „Wäre unsere Abstimmung vom 4. August eine glatte Selbstverständlichkeit gewesen, wie hätte sie dann intra muros et extra eine solche Ueberraschung hervorrufen können." (Sehr richtig! bei der Opposition.) Eine **Ueberraschung** war in der Tat die **Abstimmung,** weil man nach der ganzen Vergangenheit der Sozialdemokratie etwas anderes erwartet hatte und erwarten mußte. Und wie ist die Broschüre Hänischs zustande gekommen? Er reißt Zitate aus dem Zusammenhang und reiht sie wahllos aneinander. Er wendet sie auf die Gegenwart an, obwohl sie für eine ganz andere politische Situation geschrieben waren. (Sehr richtig! bei der Opposition.) Das ist derselbe Hänisch, der in seinem in einem bürgerlichen Verlag erschienenen Buch die Verwendung von Zitaten tadelt und wörtlich schreibt: „Das Aneinanderreihen von nationalen Aussprüchen hervorragender Sozialisten kann gar nichts beweisen. Mit Zitaten kann man bekanntlich alles erhärten, was ebensoviel heißt wie nichts." (Hört, hört! bei der Opposition.) Damit hat Hänisch über seine Broschüre selbst das Urteil gesprochen. (Dr. David: Und Sie über Ihre Rede!) Ich zitiere nichts. (Widerspruch. Heiterkeit.) Für Sie mag das Kleinkram sein, Sie sind ja der Mann der parlamentarischen Größe. (Heiterkeit.)

Ich zitiere weder Aussprüche von Marx noch von Engels, ich zitiere auch nicht Aussprüche von Bebel zum Beweis für meine Auffassung. Ich stelle parteigeschichtlich nur fest, daß Bebel einmal, und zwar auf dem Parteitag in Magdeburg, sich in Beziehung auf die gegenwärtige Situation über die Landesverteidigung ausgesprochen hat. Damals sagte er: „Wir sind jetzt in einer Zeit, wo wir uns auf faule Kompromisse nicht mehr einlassen. Die Klassengegensätze werden immer schärfer. Wir marschieren ernsten Zeiten entgegen. Wenn es gar

dann kommt, daß 1912 ein europäisches Kriegsgewitter losbricht, dann sollt ihr sehen, was wir er eben und wo wir zu stehen haben: sicherlich ganz wo anders, als man jetzt in Baden sieht." (Hört, hört! bei der Opposition.) Aber es ist nicht so gekommen, wie Bebel prophezeite.

Was Bebel gesagt hat, ist schließlich nicht entscheidend. Wichtig ist, was er getan hat. Und daß Bebel am 19. Juli 1870 zusammen mit Liebknecht die Kriegskredite nicht bewilligt hat, ist eine geschichtliche Tat, die nicht auszulöschen ist. Dann können wir aber nicht, was die Wehrheit immer behauptet, sagen, daß die Kreditbewilligung nach unseren Grundsätzen erfolgen muß, denn niemand wird behaupten, daß Bebel und Liebknecht damals unsere Grundsätze verletzt haben. (Sehr gut! bei der Opposition.) Am 26. Mai 1892 hat Liebknecht im Reichstag gesagt, daß, wenn sie gewußt hätten, welche Rolle Bismarck bei Redigierung der Emser Depesche 1870 gespielt hat, sie sich nicht der Stimme enthalten, sondern gegen die Kredite gestimmt hätten. In seinen Memoiren hat Bebel ähnliches geäußert. (Zurufe: Mehring!) Mehring hat nie gesagt, daß wir grundsätzlich für die Kredite stimmen müßten. (Cohen-Reuß: Jawohl, in seiner Geschichte der Sozialdemokratie hat er das gesagt! Dr. David: Er hat gesagt, daß kein Prinzip uns verbindert, die Kredite zu bewilligen!) Sie schränken jetzt Ihre Aeußerungen sehr ein. Bisher behaupteten Sie, Sie hätten kraft unserer Vergangenheit so handeln müssen. Jetzt aber sagen Sie selbst, daß die Frage der Kreditbewilligung eine Frage der konkreten Umstände ist. (Dr. David: Sie haben behauptet, unsere Prinzipien verböten uns, dafür zu stimmen.) Ich stelle fest, daß jetzt nicht mehr behauptet werden kann, daß wir am 4. August so stimmen mußten, wie wir gestimmt haben.

Ich gehe aber weiter und behaupte, daß wir **am 4. August nicht so stimmen durften,** wie wir der Charakter dieses Krieges und die Haltung der Regierung zu diesem Krieg uns davon abhalten mußten. Aus dem Weißbuch geht hervor, daß unsere Regierung nicht alles getan hat, um den Krieg zu verhindern. Kann das Gegenteil überhaupt noch jemand behaupten, der auch nur ein klein wenig die Vorgeschichte dieses Krieges kennt? (Sehr richtig! bei der Opposition.) Die Regierung ist für uns nicht nur Bethmann-Hollweg und nicht der Deutsche Kaiser. Wir diesen nicht all die anderen politischen Persönlichkeiten von maßgebendem Einfluß ausscheiden. Und wie es in den Tagen unmittelbar vor dem Kriege zugegangen ist, das wußte ein Teil von uns schon lange. Nunmehr ist es klargelegt in der Broschüre von Junius Alter, die gerade in diesem Teil der Reichskanzler nicht als falsch zurückgewiesen hat. Er hat vielmehr das, was diese Broschüre in dieser Beziehung von ihm sagt, geradezu zu seiner Ehrenrettung benutzt. In der Broschüre wird mitgeteilt, daß am 30. Juli der Generalstabschef v. Moltke, der Staatssekretär des Reichsmarineamts v. Tirpitz und Kriegsminister v. Falkenhayn in das Schloß gegangen sind und verlangt haben, daß die Mobilmachung angeordnet werde. Sie hätten den Kaiser halb dafür gewonnen. Aber eben nur halb! Und dann geschah das, was ein fait accompli schaffen sollte. Schutzleute gingen durch die Straßen Berlins und verkündeten, daß die Mobilmachung angeordnet sei, und der „Lokal-Anzeiger" gab jenes ominöse Extrablatt heraus, das die Mobilmachung meldete. Am 1. August haben dann dieselben Personen nach jener Quelle den Kaiser dazu gebracht, daß er das kurzfristige Ultimatum an Rußland stellte, das den Krieg bedeutete, und zwar haben sie gedroht, daß sie andernfalls ihre Aemter niederlegen würden. (Hört, hört! bei der Opposition. Dr. David: Sie vergessen die russische Mobilmachung ganz wie die Franzosen!) Die vergesse ich nicht. Die Regierung hatte die Verpflichtung, auf Oesterreich zu drücken. (Zurufe: Sie hat gedrückt!) Gewiß, aber erst als sie erfahren hatte, daß England in diesem Kriege nicht neutral bleiben würde, aber da war es zu spät, da hatten die Dinge bereits ihren rapiden Lauf genommen. Sie werden doch nicht behaupten, daß die dem Kaiser gegenüber ausgesprochene Drohung eine friedensfreundliche Aktion der Herren Moltke, Falkenhayn und Tirpitz sein sollte. (Sehr gut! bei der Opposition.) Dr. David: Sie überlehen die friedensfeindliche Aktion Rußlands! Sache: Rußland existiert für ihn nicht!) Ich werde auch auf Rußland noch zu sprechen kommen. **Ueber den Charakter dieses Krieges kann kein Zweifel sein.** Noch am 25. Juli hat der Parteivorstand ihn vollständig dahin charakterisiert: österreichische Großmachtspolitik, imperialistisches Profitinteresse. Dazu kommt Deutschlands Versuch, eine Verbindung von Helgoland bis Bagdad über die Brücke Oesterreich-Ungarns und den Balkan hinweg zu bekommen. Und für einen solchen Krieg sollen wir die **politische Verantwortung** übernehmen? Das bedeutet unsere Abstimmung im Parlament.

Man sagt nun oft: „Unsere Brüder und Söhne sollten wir hingehen, aber das Geld sollten wir nicht bewilligen?" Es gibt keine verkehrtere Deduktion als diese. (Sehr richtig! bei der Opposition.) **Die Abstimmung im Parlament ist ein politischer Akt.** Bei einer solchen Gelegenheit habe ich zu erklären, wie ich zur Regierungspolitik stehe, zu der Politik, die uns in die Situation hineingeführt hat, der die Abstimmung gilt. Scheidemann hat gestern gesagt, er möchte die Verantwortung für das Elend nicht übernehmen, das entstehen würde, wenn wir unsere Parteigenossen an der Front auf diese Weise im Stich lassen würden. **Wir sollten aber vor allem die Verantwortung nicht dafür übernehmen, daß solches Leid in dieser Fülle sich anhäufen konnte.** (Sehr wahr! bei der Opposition.) Wir mußten von vornherein durch unsere

Abstimmung klarstellen: ihr seid die Schuldigen, ihr habt die ganze Verantwortung zu tragen. (Beifall bei der Opposition.) Wir durften nicht immer wieder erklären, daß wir durchhalten müssen. Das Wort des Genossen Scheidemann in seinem Neujahrsgruß 1914/15: **„Wir müssen durchhalten bis zum Siege", war ein ominöses Wort.** (Sehr richtig! bei der Opposition. — Scheidemann: Es staunt aus dem Vorwärts! — Heiterkeit bei der Mehrheit.) Mir ist ganz gleich, woher es stammt. Die Anschauungen, daß wir bis zum Siege durchhalten müssen, ist ja bei den meisten von Ihnen vorhanden. (Südekum: Wollen Sie eine Niederlage?) Es gibt einen dritten Weg, **den Weg der Verständigung unter den Völkern, bei dem kein Volk eine Niederlage erleidet.** (Sehr richtig! bei der Opposition.)

Unsere Stellung zur Regierungspolitik darf nicht abhängig gemacht werden von irgendeiner Einzelfrage. Man handelt oberflächlich, wenn man die Kreditfrage allein betrachtet. Man kann die Kreditbewilligung nicht als einen einzelnen Akt ansehen, er ist nur ein Glied in der Gesamthaltung der Partei zur Regierung. Diese Haltung ist immer unselbständiger geworden. Der Sinn, in dem die Erklärung vom 4. August abgegeben wurde, ist längst aufgegeben worden. Sie haben der Erklärung vom 4. August nachträglich einen ganz anderen Sinn untergelegt. (Sehr richtig! bei der Opposition. Wenn Sie jetzt Genossen, die am 4. August für die Kredite und später gegen die Kredite gestimmt haben, daraus den Vorwurf des Umfalls machen, so ist das gerade von Ihrem Standpunkt aus durchaus verkehrt. Wenn diese Genossen später zu dem Resultat kamen, daß sich die Gesamtpolitik der Regierung ihnen in einem völlig anderen Lichte zeigte als sie anfangs annahmen, dann mußten sie konsequent ihre Stellung ändern und nein sagen. (Sehr richtig! bei der Opposition. — Zuruf: Schöne Ausrede!) Und **wie ist denn die Politik der Regierung?** Man hat es eine Zeitlang so hingestellt, als ob der Reichskanzler tatsächlich ein Mann sei, der im Innern seines Herzens alle Annexionen ablehnt. Dabei kann über die Politik des Kanzlers gar kein Zweifel bestehen. (Sehr richtig! bei der Opposition.) Und wer es noch nicht wußte, dem hat der Nationalausschuß, der unter der Aegide des Kanzlers geschaffen ist und der Welt verkünden soll, was er denkt, die Augen geöffnet. Geheimrat Harnack hat in Berlin in seiner bekannten Rede unter Berufung auf den Kanzler als dessen Programm bezeichnet: **Vortragen der Grenzen im Osten und reale Garantien im Westen.** Scheidemann hat es gestern bedauert, daß der Reichskanzler sich in so vieldeutigen Ausdrücken bewegt, und hat gewünscht, er möge klipp und klar einmal erklären, daß er die Selbständigkeit jedes einzelnen Volkes aufrechterhalten will. Weshalb sagt das aber der Kanzler nicht? Einmal, weil er dieser Auffassung nicht ist und es deshalb nicht sagen kann, und dann, weil er es nicht mit allen bürgerlichen Parteien verderben will, die über ihre Annexionsgelüste gar keinen Zweifel gelassen haben. Herrn v. Bethmann-Hollwegs Absicht ist es, sich auf die bürgerlichen Parteien zu stützen und nicht auf Scheidemann und dessen Anhänger.

Es ist ja überaus bezeichnend, daß der Unabhängige Ausschuß, der Ausschuß des Herrn Schäfer, erklärt: „Mit dem Reichskanzler wollen wir die Länder zwischen der Baltischen See und den Wolhynischen Sümpfen der Herrschaft Rußlands entziehen", und im Westen verlangt er reale Garantien wie der Reichskanzler. Was das bedeutet, erläutert er unter Berufung auf den Abgeordneten Spahn, nämlich, daß wir Belgien wirtschaftlich, politisch, militärisch in unsere Hand bekommen müssen. Ist das keine Annexion? Bei diesem Programm kann Belgien als Staat bestehen bleiben, aber nicht als selbständiger Staat, er würde dadurch herabgedrückt zu einem Vasallenstaat, zu einem Heloten. (Zuruf: Wie Griechenland!) Wollen wir das rechtfertigen? Oder wollen Sie das gegenüber Belgien? (Zuruf: Nein!) Was wollen Sie dann gegenüber Belgien? Sagen Sie es! Das Programm des Reichskanzlers kennen wir, und wir wissen es, Genosse Scheidemann, daß Bethmann unter realen Garantien etwas ähnliches immer verstanden hat, wir wissen, daß Bethmann darauf ausging, falls es die Kriegslage gestattet, daß Belgien nicht mehr eigenes Militär halten sollte, sondern nur eine Schutztruppe, daß die belgischen Eisenbahnen, ähnlich wie die luxemburgischen, in unsere Gewalt kommen, daß Belgien deutsche Gesetze übernehme. (Zurufe: Sozialpolitische!) Würden Sie sich auch nur sozialpolitische Gesetze von anderen vorschreiben lassen? (Zuruf: Was haben Sie in der Fraktion erklärt über Jagow?) Bitte, was, bitte sagen Sie es! Ist nun das Programm Bethmanns unser Programm oder das der anderen? Was Bethmann gesagt hat — und das ist ja gar kein Geheimnis gewesen, ein Geheimnis hätte Scheidemann gar nicht preisgegeben brauchen —, das ist, daß er jene extravaganten Pläne der Alldeutschen als grotesk und phantastisch bezeichnet. Er ist klüger als jene Herren, er weiß, daß solche Ziele in einem Koalitionskrieg gar nicht zu erreichen sind. Das wissen übrigens auch die Alldeutschen, auch sie unterscheiden zwischen realen und idealen Zielen. Die letzteren halten sie dem Volke nur vor, um von diesen abzulassen, aber doch ein gut Stück zu erreichen. Glauben Sie denn, und das trage ich insbesondere zu Scheidemann, daß Bethmann am letzten Ende von den Alldeutschen abrücken wird? Nein, schon jetzt gehen die Fäden herüber und hinüber. Einer seiner Vertrauten im Osten, Prof. Graf zu Dohna, hat bereits nach dem Schäferschen Aufrufe erklärt, er könnte seine Hand in die Schäfers legen, und der erste Vertrauensmann des Reichskanzlers, der Staatssekretär Helfferich, verhandelt zur Zeit, um zwischen dem Reichskanzler und den sechs Wirtschaftsverbänden eine Versöhnung herbeizuführen. **Das**

„Leipziger Tageblatt" bringt in seiner Nummer von vorgestern einen Artikel: „Auf dem Wege zur Einigung", worin es heißt:

Wie wir hören, werden gegenwärtig zwischen dem Staatssekretär Dr. Helfferich und den Vertretern der vielgenannten sechs Wirtschaftsverbände Verhandlungen geführt. Die Verhandlungen betreffen den ganzen Krieg, einschließlich besonderer Forderungen oder Wünsche, in seinem vollsten Umfange. Die Verhandlungen werden noch einige Zeit in Anspruch nehmen und ihr Ergebnis wird auch nicht sofort bekanntgegeben werden. Indessen scheint sich ein Weg zu öffnen, der die bekannten Mißhelligkeiten zwischen der Regierung und einem Teile der Bevölkerung beseitigen kann.

Nun will doch niemand von uns so vertrauensvoll, so weltfremd sein, anzunehmen, daß die 2 Ubentischen ihre wesentlichen Forderungen preisgeben werden. Nein, bei dieser Gelegenheit wird, wenn es zur Einigung kommt, der Reichskanzler erklären, daß er sie bis zu einem gewissen Grade zu befriedigen suchen wird, soweit er kann. (Stolten: Sie haben doch eben gesagt, die Alldeutschen würden etwas ablassen.) Ich habe gesagt, etwas Wesentliches, das Wort „wesentlich" scheint Ihnen nicht wichtig, aber das ist die Art, wie mit meinen Worten Unfug getrieben wird. (Lebhafte Zurufe.) Unsere ganze Haltung, das heißt die der Mehrheit, ist **unvereinbar mit unseren Grundsätzen gegenüber einem imperialistischen Krieg.** Man sagt, wo steht denn in den Protokollen eines internationalen Kongresses, daß wir die Kredite ablehnen müssen? Freilich, das ist nicht wörtlich ausgesprochen, weil viel mehr drinsteht, wie ich später nachweisen werde, es steht nicht drin, weil es bis dahin selbstverständlich war. (Sehr gut! Leinert: Es steht auch viel Selbstverständliches drin!) Was ist geworden aus unserer ganzen **Stellung zur auswärtigen Politik?** Früher hatten wir eine ganz bestimmte Stellung zu Frankreich, zu England. Wir waren in diesen Beziehungen völlig mit uns im klaren, und wie das war, wurde im Reichstag von unserem Vertreter in völliger Uebereinstimmung mit den Parteigenossen ausgesprochen. Ueber unser Verhältnis zu Frankreich führte unser Redner am 28. Juni 1913 folgendes aus:

Sie machen uns zum Vorwurf, daß wir nicht auch umgelernt hätten. Ich gestehe gern zu, dazu bin ich zu schwerfällig. Wir können auch nicht glauben, daß Frankreich den Augenblick abwartet, der ihm geeignet scheint, um uns an die Kehle zu springen. Nein, wir können es nicht nur nicht glauben, sondern wir wissen, daß es unwahr ist, daß Frankreich daran denkt. Wie töricht ist es, die Aeußerungen einzelner verrückter Franzosen als Meinung Frankreichs auszugeben.

Der Redner fährt dann fort:

Dann wird gesagt, ja, die Militärvorlage ist doch nur die Folge des Vorgehens Frankreichs, ist doch nur die Antwort auf das französische Vorgehen gewesen, die dreijährige Dienstzeit wieder einführen zu wollen. Eine verlogenere Behauptung, eine schlimmere Unehrlichkeit kann wirklich überhaupt kein Mensch aussprechen. Wahr ist — das spreche ich auf die Gefahr hin aus, daß Sie mich, wie es schon oft geschehen ist, als Agenten des Auslandes und als einen Vaterlandsverräter denunzieren —, wahr ist, daß durch die beabsichtigten Rüstungen diesseits der Vogesen Frankreich erst zu Gegenmaßnahmen gezwungen und geradezu an den Rand der Erschöpfung und Verzweiflung getrieben worden ist.

Und am Schluß sagt er:

In all den Verhandlungen der französischen Deputiertenkammer ist kein Wort, das als kriegslüstern bezeichnet werden könnte, gefallen, man hört nur immer den einen Ton der Sorge, daß Deutschland über Frankreich herfallen könnte. Man hört von keiner Seite ein Wort, das gleichmachten wäre den Worten unseres preußischen Kriegsministers v. Heeringen, der von der Notwendigkeit der Offensive gesprochen hat.

Dieser Redner war der Genosse Scheidemann, der damals nach seinem Geständnis noch zu schwerfällig war, um umzufallen. Nun hat Scheidemann allerdings gestern erklärt, daß er noch immer eine Liebe zu Frankreich hat. Diese Liebe äußert sich aber seit dem 4. August 1914 in einer Weise, daß sie auf Gegenliebe nicht stoßen kann. Denn wenn er den Standpunkt vertritt: durchhalten bis zum Siege, so bedeutet das: bis zur Niederwerfung Frankreichs. (Zustimmung und Widerspruch.) Sieg bedeutet nichts anderes als die Widerstandskraft des Gegners zu brechen, daß er, wie die Geschichte lehrt, mehr oder minder die Bedingungen des Siegers annehmen muß. Daß die Franzosen, von denen Scheidemann dies Bild entworfen hat, nun nicht etwa mit Enthusiasmus sich zu ihm hingezogen fühlen, ist begreiflich. Und wie ist es mit England? Auch dazu war unsere Stellung damals eine sehr klare. Wir machten uns eben damals nichts vor. In einer Rede, die im Jahre 1912 Genosse David im Reichstag hielt, hat er dargelegt: „Deutschland tanzt vor und England tanzt nur nach auf dem Gebiet der Rüstungen." (Lebhaftes Hört, hört!) Ich weiß nicht, ob er auch heute noch diesen Standpunkt aufrechterhält, und wenn nicht, so frage ich, wo sind denn die neuen Data, die zu einem anderen Urteil führen?

Wir wollen uns neuen Erkenntnissen nicht verschließen, es muß uns nur etwas gesagt werden, was wir damals noch nicht wußten. Wie steht es damit jedoch in weiten Kreisen der Parteimehrheit aus? **Es fehlt jede selbständige Orientierung.** Auf der einen Seite wird behauptet, Rußland hat die Brandfackel an das Pulverfaß gelegt und dadurch ist der Weltenbrand entstanden. Seit einiger Zeit entdecken wieder bürgerliche Parteien, England sei es, das die Hand Rußlands geführt hat. Und nun wird sofort in unserer Parteimehrheit ohne eigene Prüfung nachgeurteilt, England ist schuld. Jedes Wort, das von der Einkreisungspolitik gesagt worden ist, war uns doch schon lange vorher bekannt. Jetzt wird das Geschrei gegen England angestimmt von jenen Leuten, die eine nationalistische Verhetzungspolitik treiben und damit den Krieg verlängern (Sehr wahr! bei der Opposition).

Man sagt uns, **am 4. August hätten ja die Parteigenossen draußen im Lande sich alle der Abstimmung** der Fraktion angeschlossen, und sie würden es nicht verstanden haben, wenn wir anders abgestimmt hätten. Diese Behauptung ist auf ihre Richtigkeit schwer zu prüfen, aber es ist doch Aufgabe der Führer einer Partei, daß sie sich in kritischen Zeiten nicht vom Strome fortreiben lassen (Sehr richtig! bei der Opposition), daß sie nicht durch die geschickte Regie eines Mannes sich festlegen lassen auf eine Parole, deren innere Unwahrheit und Hohlheit inzwischen jeder erfahren hat (Sehr richtig! bei der Opposition). Was hat denn unsere Parteigenossen damals dazu gebracht, daß auch sie schließlich dem Kriegsrausch erlagen? Die Parole: „Gegen den Zarismus!", die man als zugkräftig für die Sozialdemokraten in Regierungskreisen erkannt hatte. Es wird doch niemand mehr behaupten wollen, daß diese Parole Sinn und Verstand hat. Gegen den Zarismus zu kämpfen, ist Aufgabe des russischen Volkes und der russischen Arbeiter; die Freiheit bringt man Rußland nicht mit deutschen Kanonen. Sie können auch nicht deutsche Arbeiter den Russen bringen (Zuruf: Sie wollen uns die Freiheit mit russischen Kanonen bringen!). Nein, wir wehren uns ja dagegen, wenn die Franzosen die Parole in die Welt schleudern: „Gegen den deutschen oder preußischen Militarismus!" Ganz mit Recht sagen wir auch den Franzosen, das ist unsere Sache, und nicht die ihrige (Sehr wahr! bei der Opposition).

Wer ist denn nun dieser Staatsmann, dem Sie alles Vertrauen schenken? Bethmann-Hollweg! Eine merkwürdige Sache, daß eine große Partei wie die sozialdemokratische ihr ganzes Vertrauen stützt auf einen einzelnen Mann, daß sie in dieser Kriegszeit und für die Zeit der sogenannten Neuorientierung ihre ganze Sache auf zwei Augen stellt (Scheidemann: Fälle ihr ja gar nicht ein!). Wenn nun diese zwei Augen sich politisch oder physisch schließen, wenn an Stelle Bethmanns ein anderer tritt, werden Sie dann etwa während des Krieges die Kredite ablehnen? Werden Sie dann einem Mann, sagen wir Tirpitz, um nur irgendeinen Namen zu nennen, werden Sie den die Kredite bewilligen? (Zuruf: Wir bewilligen Sie doch nicht dem Bethmann!) Also Sie bewilligen die Kredite nicht Bethmann, sondern dem Lande? (David: Der Verteidigung des Landes!) Wenn Sie dem Lande die Mittel bewilligen, dann mußten Sie sie auch allemal in Friedenszeiten bewilligen, als es darauf ankam, die Verteidigung des Landes zu sichern (Sehr gut! bei der Opposition). Wie oft hat die Regierung uns auch damals gesagt, der Krieg steht vor der Tür, er kann jeden Augenblick eintreten, und da wollt ihr uns die Mittel verweigern, die unsere Sachverständigen für unbedingt notwendig halten zur Verteidigung des Vaterlandes! Kommen Sie doch nicht damit, daß sie diesem Militarismus keine Mittel bewilligen wollten. Gegen das Militarismus konnten Sie sich kritisch verhalten. Aber Sie mußten, wenn Sie konsequent sein wollten, sagen, das System vernerfe ich in Grund und Boden, aber dem Lande kann ich nicht die notwendigen Mittel zu seiner Verteidigung verweigern. Das ist konsequent (Lebhafte Zustimmung bei der Opposition, Zurufe). David gibt wenigstens, konsequent wie er ist, diese Schlußfolgerung zu. Scheidemann setzt ja sein Vertrauen auf den Reichskanzler (Scheidemann: Ebensowenig wie auch Sie!). Wenn Sie also nicht das Vertrauen auf den Reichskanzler setzen, dann weiß ich nicht, warum Sie sich so oft auf den Reichskanzler stützen, warum Sie so oft erklären, er hat Pläne, die ganz verständig sind (Zuruf: Das haben Sie auch gesagt). Nun, das habe ich nicht gesagt (Zuruf: In der Fraktion haben Sie es gesagt). Ich habe dort gesagt, uns hat der Reichskanzler insofern befriedigt, als er die verrückten Pläne der Wirtschaftsverbände von sich abgewiesen hat, aber, habe ich gesagt, es wäre völlig verkehrt, deswegen den Reichskanzler als Antiannektionisten anzusehen (Unruhe und Zurufe). Es ist ja eine Unmöglichkeit, daß ich, der ich seit den Julitagen mich stets gegen die Politik des Reichskanzlers und gegen die Regierung gewandt habe, eine damit so völlig unvereinbare Aeußerung hätte tun können. Scheidemann gibt also das Vertrauen zum Reichskanzler auf, aber andere Genossen sagen, es sei unsere wichtigste Aufgabe, den Reichskanzler zu stützen, denn nur mit ihm werde die Neuorientierung gemacht, mit anderen nicht. Da möchte ich Ihnen doch auch ein Wort Scheidemanns vom 17. Mai 1912 ins Gedächtnis rufen. Er sagte: „Wir haben kein Vertrauen zum Reichskanzler, wir haben kein Vertrauen zu dem System, das er verantwortlich zeichnet. Wir werden nicht aufhören mit dem schärfsten Kampf gegen dieses System. Wir rechnen für unsere Zwecke nicht mit der brutalen Zahl der bewaffneten Armee, die der Sache der Herren gedankenlos und freudlos folgt, sondern mit der Zahl der denkenden Köpfe, die von den

Ziele unserer großen Führer erfüllt sind." Wenn man sich das ins Gedächtnis zurückruft, dann wird freilich die spätere Haltung völlig unverständlich. Was hat sich denn inzwischen abgespielt? (Zuruf: Nichts weiter als der Krieg um die Existenz des deutschen Volkes. — Heiterkeit). Wenn ein Krieg kommt, haben wir dann alles ausspülchen, was wir bisher gesagt haben, müssen wir niederreißen, was wir angebetet haben, und müssen wir verbrennen, was wir geschrieben und gedruckt haben? Ist Ihr Zuruf richtig, dann müßte die Sozialdemokratie allemal, sobald ein Krieg ausgebrochen ist, jede Regierung unterstützen, auch wenn diese in ruchlosester Weise den Krieg vom Zaun gebrochen hat. Zitieren Sie mir Exempla nicht mehr vor Entstellung schützen. Wenn der Krieg vorbei ist, werden Sie manches von ihm lesen, was jetzt nicht gedruckt werden kann. Von einer Reihe von Mehrheitsgenossen wird jetzt konstatiert: auf allen Fronten sind wir in die Defensive gedrängt, und da wagt man noch zu behaupten, daß wir einen Eroberungskrieg führen? (Sehr richtig!) Das wird also bestätigt. Ist nicht schon je eine ärgere Begriffsverwirrung vorgekommen? Wenn die Italiener also, die doch zweifellos einen Eroberungskrieg führen, militärisch in die Defensive gedrängt werden, wie es ihnen schon geschehen ist, dann müßten also die italienischen Genossen ihre Regierung unterstützen. Es ist doch ein Fundamentalunterschied zwischen dem Eroberungskrieg im militärischen und im politischen Sinne. Wenn Scheidemann diesen Unterschied nicht macht und sagt, daß in dem Augenblick, wo wir in der Defensive sind, von einem Eroberungskrieg nicht mehr gesprochen werden kann, dann müßte er ja den italienischen und rumänischen Genossen sagen: In dem Augenblick, wo ihr Land bedroht ist, sollen sie trotzdem die ruchlose Politik ihrer Regierung unterstützen. Das verlangt die Konsequenz (lebhafte Zustimmung bei der Opposition).

Wie war es denn am 4. August? Damals wurde in der ersten Erklärung, die aus der Kommission kam, betont: wir werden dem Krieg, wenn er den Charakter eines Eroberungskrieges annimmt, den entschiedensten Widerstand entgegensetzen. Dieser Satz wurde lediglich aus äußeren Gründen geändert, der Gedanke sand aber Ausdruck in der definitiven Erklärung: „Wir verwerfen jeden Eroberungskrieg!" Parteigenossen, haben wir einen Eroberungskrieg geführt in dem Augenblick, wo wir in Belgien eindrangen? Diese Frage muß unbedingt von denen bejaht werden, die keinen Unterschied zwischen militärischer und politischer Offensive machen. Das ist die Konsequenz ihrer Anschauungen. (Zustimmung bei der Opposition. — Zurufe: Wir sind doch keine politischen Kinder hier!) Es gibt nur eins: entweder Sie unterstützen eine Regierung auch in einem Eroberungskriege, weil sie auch da in die Defensive gedrängt werden kann und damit das Land in Gefahr kommt, oder aber Sie lehnen die Unterstützung in dem Augenblick ab, wo der Krieg zu einem Eroberungskrieg sich entwickelt. Durch die Haltung, die wir eingenommen haben, sind wir in die allerschiefste Lage hineingedrängt worden, zunächst gegenüber dem Einfall in Belgien. Am 4. August ist es leider versäumt worden, dagegen Protest zu erheben. Das erklärt sich daraus, daß wir vorher dem Präsidenten des Reichstags unsere Erklärung mitgeteilt hatten. (Zurufe.) Ich will es nicht entschuldigen, aber es erklärt sich daraus. Wenn wir alle auf dem Posten gewesen wären, hätte diese Versäumnis vermieden werden können. Es wäre aber unsere Pflicht gewesen und wir waren es uns, der Internationale und auch der Sache unseres Vaterlandes schuldig, klipp und klar bei der nächsten Gelegenheit gegen die Besetzung Belgiens Protest zu erheben. Sie wissen, daß es am 2. Dezember Mühe gemacht hat, auch nur eine verklausulierte Erklärung gegen den Einfall in Belgien und Luxemburg zustande zu bringen. Wir haben darin wenigstens gesagt, daß wir von dem Standpunkt, den der Reichskanzler am 4. August gegenüber Belgien und Luxemburg eingenommen hat, nicht abgehen. Wir haben damit ausgedrückt, daß nach unserer Ansicht Belgien ein Unrecht geschehen ist und daß es nicht nur wiederhergestellt, sondern auch entschädigt werden muß. Es ist bezeichnend, daß diese wichtige Tatsache, die wenigstens nach außen hin, wenn auch verspätet, uns rechtfertigt, in dem Buch, das David in die Welt gesandt hat, einfach fehlt. (Hört! hört! bei der Opposition. — David: Weil darin ganz Belgien fehlt, worüber noch viel mehr zu sagen ist.) Das ist kein Grund, in dem Buch ist die ganze Erklärung vom 4. August und auch die vom 2. Dezember wörtlich wiedergegeben. Weggelassen ist nur der Satz über Belgien und Luxemburg. (Hört! hört! bei der Opposition.) Und das ist das Buch, für das eine so außerordentlich große Reklame gemacht worden ist. Vom diesem Buch sind mir freilich nicht, wie sonst üblich, von der Buchhandlung Vorwärts vorher Fahnenabzüge vorgelegt worden. Weshalb erwähne ich das?

Draußen im Auslande, wo man sich auf Davids Buch stützt, weiß man gar nicht, was wir zu der Neutralitätsverletzung gesagt haben. Man hat zwar nach Kriegsausbruch auch aus unserer Fraktion heraus versucht — das war ebenfalls ein Buch mit alle dem, was wir sonst für richtig hielten —, den Einfall in Belgien wenigstens einigermaßen zu rechtfertigen, damit, er sei strategisch notwendig gewesen. Aber der Garantievertrag gegenüber Belgien beruht ja gerade auf der Voraussetzung, daß unter keinen Umständen aus strategischen Rücksichten der eine oder andere in Belgien einfallen dürfte. (Stolten: Aber auch darauf, daß Belgien keine Verträge mit England und Frankreich eingaing!) Es ist sehr bezeichnend, daß diese Gedanken, die zur Irreführung in die Welt gesetzt werden, sich so fest einklammern in den Köpfen von unseren Leuten. (David: „Neue Zeit" vom 31. Juli 1914!) Die „Neue Zeit" hat in einem

Artikel von Brocquère, der sich dazu jetzt nicht äußern kann, die Behauptung aufgestellt, daß Belgien allerdings sich mit England eingelassen habe, aber, Genosse David: Hat Brocquere uns Urkunden gebracht? Ja oder nein? Wohl aber hat die Regierung uns Urkunden gebracht und die geben uns Aufklärung, das ist authentisches Material. (David: Sie decken sich mit Brocquère!) Sie decken sich nicht mit Brocquère. Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" hat zunächst genau nach dem Muster aus dem Jahre 1870 die Urkunden in wesentlichen Teilen revidiert, sie hat aus Konversation, aus Unterhaltung Konvention, Uebereinkommen gemacht. (Hört, hört! bei der Opposition. Zuruf: Urkundenfälschung!) Während es im Text heißt, daß ein Militärattaché von England und der Generalstabschef der belgischen Armee sich unterhalten haben, eine Konversation geführt haben, die unverbindlich war, die nicht die Regierung band (Zurufe von der Mehrheit, Gegenrufe von der Opposition. Unterbrechen Sie nicht fortwährend!! (Vorsitzender Ebert: Ich bitte dringend, die Zwischenrufe zu unterlassen.) . . . Das eine müssen Sie doch jedenfalls sehen, daß ich auf alle Einwürfe eingehe, es fällt mir gar nicht ein, irgendeinem aus dem Wege zu gehen. Weshalb wurde aus Unterredungen ein Uebereinkommen gemacht? (David: Die Regierung hat das ja richtiggestellt!) Natürlich, die Emser Depesche ist ja auch nachträglich richtiggestellt worden! (David: Schon jetzt!) Sie mußte es richtigstellen, weil das gesamte Ausland darüber herfiel. Worum drehte es sich bei jenen Unterredungen? Um den Fall, daß Belgien angegriffen würde, um den Fall eines Durchmarsches durch Belgien? (Hört, hört! bei der Opposition.) Das war im Jahre 1906. Damals stand aber auch schon der Plan fertig, im Falle eines kriegerischen Konflikts durch Belgien einzurücken ohne Rücksicht darauf, ob Belgien unschuldig war oder nicht. (Hört, hört! bei der Opposition.) Wir dürfen doch nicht hineinfallen auf alles, was uns erzählt wird, selbst wenn es aus den Kreisen der Kriegshetzer kommt. (Sehr richtig! bei der Opposition.) Sollen wir denn nicht einmal unter uns die Tatsachen feststellen dürfen. (Zuruf: Gewiß, aber auch die des eigenen Landes!) Ich stelle die für mein Land sprechenden Tatsachen vollständig richtig dar. (Widerspruch bei der Mehrheit.) Ich bin ja noch gar nicht am Schluß. Bisher habe ich es erst als unsere nächste Aufgabe angesehen, kritisch an den Maßnahmen unserer Regierung zu üben, wenn sie notwendig war, wenn sie geboten war durch unsere Grundsätze und durch unser Gerechtigkeitsgefühl. Wenn wir das tun, dann erweisen wir auch unserem Vaterlande den allergrößten Dienst. Nichts hat uns im neutralen Auslande so geschadet, hat die Stimmung gegen das Deutsche Reich so heruntergedrückt, wie dieser Einfall in Belgien. (Sehr wahr!) Und es ist Ihnen wohl nicht unbekannt, daß es auch innerhalb der Regierungskreise manche gibt, die es auf das tiefste wegen der diplomatischen Folgen bedauern, daß dieser Schritt getan ist. Und da sollen wir unsere Augen schließen und sollen nicht darauf hinweisen! (Sehr gut! bei der Opposition.) Dazu kommt, daß wir das auch der Internationale schuldig sind. (Sehr richtig!) Die Internationale erwartet doch, daß, wenn solches Unrecht geschieht, wenigstens die Sozialdemokratie dies Unrecht bekämpft. Und wir handeln auch am klügsten deshalb, weil, wenn wir das nicht offen gestehen, wenn wir heute nicht erklären, es müsse Belgien wiederhergestellt werden, mit allen Konsequenzen, die aus diesem Schritt sich ergeben, wie das der Reichskanzler am 4. August selbst angekündigt hat, dann verlängern wir den Krieg. (Lebhafte Zustimmung bei der Opposition.) Denn Frankreich und namentlich England werden bis zum letzten Blutstropfen kämpfen, wenn wir uns nicht von deutscher Seite dazu bereit finden, das Wort einzulösen, das der Reichskanzler am 4. August gegeben hat. (Zurufe.) Wollen Sie mich ausreden lassen oder nicht? (Erregte Zurufe. Vorsitzender Ebert bittet um Ruhe.)

Es ist sehr merkwürdig, daß in der Veröffentlichung der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" über den Bericht des belgischen Generalstabschefs auch ein Satz, der einen Bestandteil dieses Berichts bildet, nicht als solcher wiedergegeben ist, sondern als bloßer Randvermerk. Dieser Satz lautet: „Der Einmarsch der Engländer in Belgien würde erst stattfinden, nachdem die belgische Neutralität von Deutschland verletzt worden wäre." Diese Tatsache macht uns ebenso stutzig, wie die Weglassung einer Depesche des Zaren an den Deutschen Kaiser im ersten Weißbuch. Der Zar schlug darin vor, die Streitpunkte zwischen Oesterreich und Serbien dem Haager Schiedsgericht zu unterbreiten, (Hört, hört! bei der Opposition.) Diese Depesche paßte allerdings ganz und gar nicht in die Stimmung bei Kriegsbeginn. Daß sie nachträglich veröffentlicht worden ist, nachdem sie dem ganzen Ausland bekannt geworden war, das werden Sie doch wohl nicht als Rechtfertigung der Regierung ansehen, oder haben Sie wirklich dies grenzenlose Vertrauen zu der Regierung, daß ihr nur ein Versehen passiert ist und daß sie bei so wichtigen Schritten nicht mit Absicht handelt! (Sehr gut! bei der Opposition.)

Wie kommt es nun, daß wir keinen Einfluß auf die Internationale gewonnen haben? Wir haben der Internationale, d. h. den Franzosen ein Stichwort gegeben, das sie jetzt stets gegen uns anwenden. In der Erklärung vom 4. August heißt es, daß wir den Frieden schließen wollen, wenn das Ziel der Sicherung erreicht ist und die Gegner zum Frieden bereit sind. Ja, Parteigenossen, wenn die Franzosen daselbe für sich annehmen, können sie ja noch gar nicht den Frieden wollen, denn sie sagen: „Das Ziel der Sicherung Frankreichs ist doch wahrhaftig noch nicht erreicht. Seit 24 Monaten ist der Feind in den wichtigsten Provinzen

unseres Landes. Wir haben fast unser ganzes Blut geopfert, um ihn herauszutreiben, das ist uns noch nicht gelungen! Also müssen wir weiter für das Ziel der Sicherung kämpfen". Mit einer solchen Parole läßt sich keine Grundlage für Verhandlungen innerhalb der Internationale finden, und Sie dürfen sich nicht wundern, daß alle diese Versuche, an denen ich ja selbst teilgenommen habe, solange ich Parteivorsitzender war, erfolglos geblieben sind. Wenn es wirklich unsere Aufgabe ist, um mit Heine zu reden, unter allen Umständen den Krieg durchzuführen bis zum deutschen Siege, so setzt das die Niederlage der anderen voraus, und die französischen Parteigenossen werden natürlich sagen: „wir sollen wir mit euch Hand in Hand gehen, wenn das euer Ziel ist!"

Also auch sonst sind noch eine Menge Fehler gemacht worden. Es hat sich — das muß einmal offen ausgesprochen werden — bei uns eine Ueberhebung gegenüber den anderen Mitgliedern der Internationale manchmal breitgemacht (Zurufe von der Mehrheit: Umgekehrt!) . . . denken Sie doch zunächst an sich! Weshalb so selbstgerecht sein! Ich komme nachher in einem Gesamturteil auch zur Kritik der anderen. Sie wissen ja, daß ich auch der Haltung der französischen Mehrheit kritisch gegenüberstehe. Ich muß aber zunächst die Vorgänge in unserer Partei prüfen.

Man hat den Bruderparteien sogar vorgerechnet, was sie an barem Gelde von uns erhalten hatten, man hat gesagt, wenn Deutschland siege, dann sei das ein Sieg für die ganze Welt. Der Satz: am deutschen Wesen soll die ganze Welt genesen, hat auch in unsere eigenen Reihen Eingang gefunden. Wir waren mit Freude erfüllt, wenn die Mitglieder der Internationale uns als Vorkämpfer bezeichnet haben. Wenn wir aber als Vorkämpfer der Internationale gelten wollen, dann dürfen wir nicht immer fragen: „Was machen die anderen?", sondern dann muß man über die anderen hinaus die Führung selbst in die Hand nehmen. (Beifall bei der Opposition. Zuruf: Haben wir ja getan. Dr. David: Machen Sie Revolution, dann werden sich die Franzosen freuen!) Ich komme noch darauf. Die Parteigenossen im Auslande fühlten sich auch darüber gekränkt, daß, wenn deutsche Genossen in hervorragender Stellung nach Belgien kamen, sie dort nicht die Fühlung mit den belgischen Genossen genommen haben, die gerade in dieser Kriegszeit von ihnen als dringendes Bedürfnis empfunden wird. (Sehr richtig! bei der Opposition.) Es wird peinlich empfunden, wenn bekannte Genossen nach Belgien fahren und sich von hohen preußischen Militärs in die Geheimnisse der Kriegskunst einweihen lassen. (Sehr richtig! bei der Opposition.) Gewiß hatte ganz recht, als er sagte, bei solcher Gelegenheiten würden doch nur Potemkinsche Dörfer gezeigt. Gewiß, man zeigt nur, was man zeigen will. (Sehr richtig! bei der Opposition.) Es ist nun behauptet worden, die Franzosen verlangten von uns ganz etwas anderes, sie verlangten in Wahrheit, daß wir ihren Gutshaus und ihren anderen Soldaten zu Hilfe kommen sollen. Das aber haben die Franzosen niemals von uns verlangt. Es ist nicht richtig, daß sie jemals irgendwelche landesverräterische Handlungen von uns gefordert hätten. Man weist auf das Manifest des französischen Nationalrats hin. In dem Manifest steht davon kein Wort. Es ist ein Unglück für uns deutsche Sozialisten, daß in dieser Zeit in unserer Presse die J. K. ihr Wesen treibt. (Zuruf: Schundliteratur.) Diese J. K. führt dahin, die Parteien in den kriegführenden Ländern gegenseitig zu verhetzen. (Sehr richtig! bei der Opposition.) Selbst ein Mann, der so sehr auf der Seite der Mehrheit der Fraktion steht wie Adler in Wien, hat von der J. K. gesagt, er halte sie für das schädlichste Blatt, soweit die internationalen Beziehungen in Betracht kommen. (Hört, hört! bei der Opposition.) Die „Leipziger Volkszeitung" hat eine richtige Uebersetzung des Manifestes gebracht. (Lachen bei der Mehrheit.) In dem Manifest wird die Gesährlichkeit des Militarismus, insbesondere des preußischen Militarismus geschildert und es heißt dann, daß beim Friedensschluß die Deutschen dazu gezwungen werden müßten, an die Stelle der gewaltsamen Methoden des Militarismus die Methode des Rechtes durch Schiedsgerichte zu setzen. Die Franzosen verlangen, daß wir darauf hinwirken sollen, daß dies als eine wichtige Friedensbedingung angesehen wird. (Hört, hört! bei der Opposition.) Ist das landesverräterisch? (Zuruf: Verlangen die Franzosen weiter nichts?) Gewiß, weiter wird die Forderung aufgestellt, Elsaß-Lothringen nach dem Willen der Bevölkerung an Frankreich abzutreten. (Heil: Nicht ganz so!) So ungefähr steht es darin. (Scheidemann: Nach Wiederherstellung des Rechtes!) Es sind Aeußerungen in verschiedener Form getan, die aber denselben Sinn haben. Jedenfalls stehen wir auf dem Standpunkt, daß die elsaß-lothringische Frage den Franzosen keinen Grund geben darf, dieses grauenvolle Gemetzel bis zum Weißbluten der Völker fortzusetzen. Mit Rücksicht darauf erwarten wir, daß die Franzosen im Interesse eines raschen Friedens wie früher so auch jetzt sich damit abfinden, daß Elsaß-Lothringen als autonomer Staat im Verbande des Deutschen Reiches bleibt. Wir unsererseits haben noch im vorigen Jahre in der Budgetkommission beantragt, es solle die Statthalterschaft in Elsaß-Lothringen aufgehoben und Elsaß-Lothringen mit einer freien republikanischen Verfassung als zum vollberechtigter Gliedstaat des Deutschen Reiches gemacht werden. Das würde, wenn es durchgedrungen wäre, die Regelung dieser Frage wesentlich erleichtert haben. (Sehr richtig! bei der Opposition) Scheidemann hat gestern angedeutet, die Mehrheit sei mehr gefesselt als die

Minderheit, sie könne nicht alles sagen, was zu sagen ist. Ich glaube nicht, daß er diese Auffassung aufrechterhalten kann, wenn er daran denkt, wie viele im Gefängnis oder in militärischer Schutzhaft sich befinden, nur weil sie etwas gesagt haben sollen, was keineswegs nachgewiesen ist, und wenn er daran denkt, daß es der Opposition nicht einmal möglich ist, das, was sie im Reichstag gesagt hat, oder ihren Rechenschaftsbericht in der Vorwärtsdruckerei drucken zu lassen, weil der Zensor selbst das nicht gestatten wurde. (Hört, hört! bei der Opposition.) Die Andeutung Scheidemanns über das, was er nicht andeuten könne, ist sehr bedenklich. Was weiß er denn? Ist es ein Staatsgeheimnis, das die anderen nicht wissen? Etwa von der Art, wie das Staatsgeheimnis, das er in Breslau ausgeplaudert hat? Dann könnten wir beruhigt sein, denn wie Bethmann-Hollweg denkt, das wußte ja jeder. (Heiterkeit bei der Opposition.) Ist es aber kein Staatsgeheimnis, dann heraus damit, damit wir uns ein Urteil bilden können.

Sie werden sagen, **es nütze nichts, wenn wir den Frieden wollen,** sei doch die Regierung Bethmann-Hollweg friedensbereit, **wenn die anderen den Frieden nicht wollen.** Auch dieses Wort, das aus bürgerlichen Kreisen stammt, wird bei uns nachgeredet. Ich bedauere, daß der Parteivorstand in seinem Aufruf es fett hat drucken lassen, unsere Regierung sei friedensbereit, die anderen aber nicht. (Zuruf: Das ist aber wahr!) Nein, das ist nicht wahr! Unsere Regierung ist zum Frieden bereit, genau wie jede andere, und sie verbindet den Frieden, genau wie alle anderen. (Sehr richtig! bei der Opposition. — Widerspruch bei der Mehrheit.) Sie ist nur zum Frieden bereit auf Grund der Kriegskarte, wenn Deutschland als Sieger anerkannt wird und wenn es seine Friedensbedingungen diktieren kann. Solchen Frieden wollen auch die Regierungen von Frankreich und England, ja, sie wollen sogar noch etwas weniger. Bethmann-Hollweg hat noch niemals erklärt, daß er Belgien wiederherstellen und entschädigen will, daß er dem polnischen Volke die volle Selbständigkeit geben will. Und ist es denn wahr, daß die anderen Regierungen, die in Schutz zu nehmen ich wahrlich keinen Anlaß habe, die ich in ihren Ländern genau so angreifen würde, wie hier die Regierung — Sassanow vielleicht noch schärfer —, vom Frieden nichts wissen wollen? Sir Edward Grey hat im August 1915 sich dagegen gewendet, daß Deutschland eine Kontrolle über das Schicksal aller Länder ausüben wolle, diese Absicht hat er nach seiner Erklärung aus einer Rede des Reichskanzlers herausgelesen. Er hat sich im Anschluß daran gegen den eisernen Frieden unter preußischem Schild und deutscher Oberherrschaft ausgesprochen. Er hat sich dann bereit erklärt, die Frage der Freiheit der Meere zum Gegenstand von Beratungen zu machen, aber nicht als etwas Abgesondertes und nicht, solange kein Friede und keine Sicherheit gegen deutsche Kriegsmethoden zu Wasser und zu Lande bestehen. Er hat weiter aus den Reden des Reichskanzlers herausgehört, daß Deutschland an erster Stelle stehen will, daß es die anderen Nationen tributpflichtig machen will, hat den Reichskanzler zu Erklärungen aufgefordert, die solchen Auslegungen nicht Tür und Tor öffnen. Am 16. Mai d. J. hat Grey sich dagegen zu wehren gesucht, daß der Reichskanzler ihm „die Tollheit" unterstelle, er wolle eine Zerschmetterung Deutschlands. Er sagt: „Wir wünschen nichts derartiges, der Reichskanzler weiß, daß wir nichts derartiges wünschen. Es gehört zu den Anfangsgründen der politischen Wissenschaft und wird von der Geschichte reichlich gelehrt, daß es niemals das Ziel einer Politik sein kann, ein großes Volk auszurotten oder es zu zerschmettern." Sir Edward Grey lehnt es also ausdrücklich ab, jemals den Gedanken gehabt zu haben, daß er Deutschland zerschmettern wollte. (Hört, hört! bei der Opposition.) Daß es in England Leute gibt, die, wie bei uns die Alldeutschen, die sechs Wirtschaftsverbände usw., ein solches Ziel vor Augen haben, das soll nicht bestritten werden. (David: Lesen Sie Asquith vor!) Asquith hat am 10. April 1916 gesagt: „Großbritannien und auch Frankreich traten nicht in den Krieg ein, um Deutschland zu erdrosseln, um es von der Karte Europas wegzuwischen, um sein nationales Leben zu zerstören und auch nicht, um sich in die freie Ausübung seiner friedlichen Rechte einzumischen." Ich lege auf Worte von Ministern keinen großen Wert. (Zuruf: Na also!) Ich verlange nur, daß, wenn Sie auf der einen Seite auf Worte von Ministern etwas geben, daß Sie es dann auch auf der anderen Seite tun müssen. Wenn ich Bethmann-Hollweg traue, dann muß ich auch den anderen trauen. Wir aber trauen allen Ministerreden nicht. Sogar der russische Minister des Aeußern, Sassanow, hat in einer Rede vom 21. Februar 1916 gesagt, die deutsche Regierung bemühe sich, um den kriegerischen Eifer der Massen aufzustacheln, ihren Feinden die vollständige Vernichtung des deutschen Volkes zu unterstellen. Diese Behauptung sei aber sinnlos, denn es könne ernstlich gar nicht daraus gerechnet werden, eine Nation von 70 Millionen verschwinden zu lassen. Ich weiß natürlich, daß die russische Regierung auf Eroberungen ausgeht, vor allem in Armenien und an den Dardanellen, es fällt mir auch nicht ein, den Sassanow als Friedensfreund hinzustellen. Ich gebe Ihnen sogar alle Minister preiswelse aber darauf hin, daß es nicht ohne Bedeutung ist, was z. B. in England in einer so angesehenen Zeitschrift wie „The Nation" wiederholt über die Beziehungen zu Deutschland ausgesprochen worden ist. In einem Artikel, der gerade jetzt durch die deutsche Presse geht, wird ein Friede ohne Eroberungen gefordert, ein Friede, der die Verständigung unter den Nationen ermöglicht und der durch schiedsgerichtliche Abmachungen an die Stelle gewaltsamer Methoden

rechtliche Normen setzt. (Zuruf: Von Briand sagen Sie nichts!) Briand will den Frieden, bis Frankreich gesiegt hat, was er gesagt hat, hat der Reichskanzler in jeder seiner Reden gesagt. (Sehr richtig! bei der Opposition, Widerspruch bei der Mehrheit.) Es ist ein Beweis für weitgehende Verblendung, wenn Sie das nicht einsehen. Wenn feindliche Truppen bei uns im Lande stehen würden, wie wir in Frankreich stehen, dann würde bei uns dieselbe Sprache gesprochen werden. (Sehr richtig! bei der Opposition.) Briand hat auch nichts gesagt von Grotierungen im Osten und von realen Garantien im Westen. (Gelächter bei der Mehrheit.) So sehr wir uns aus den angeführten Gründen gegen die französischen Forderungen in bezug auf Elsaß-Lothringen wenden, so sehr erkenne ich wenigstens an, daß die Frage Elsaß-Lothringens für Frankreich in einem ganz anderen Lichte erscheint, wie für uns die Frage Belgiens. Denn Elsaß-Lothringen ist über 200 Jahre französisches Land gewesen, bildete einen Bestandteil Frankreichs und wir haben es ihm mit Gewalt weggenommen. Damals haben unsere Parteigenossen gegen diesen Raub protestiert. (Unruhe bei der Mehrheit.) Ist es kein Raub, wenn ich einer Nation ein Stück Land wegnehme?

Ja, Genossen, ist es nicht ein Unterschied in der Auffassung, ob ein Land, das nie zu uns gehört hat (stürmische Unterbrechungen), ich spreche von Belgien, ich stelle in Vergleich Briand und den Reichskanzler und sage folgendes: Es ist zu verstehen, wenn von uns auch im Hinblick auf das Friedensziel nicht zu billigen, daß der Minister eines Staates, dem 1870 ein Stück Land, das 200 Jahre zu seinem eigenen gehört hat, fortgenommen ist, dieses wiederhaben will, während es viel weniger zu billigen ist, wenn einflußreiche Persönlichkeiten bei uns ein Land wie Belgien, das nie zu uns gehört hat, das eine uns fremde Bevölkerung hat, erobern wollen. Nur wenn man das nicht verstehen will, erkennt man den Unterschied nicht.

Die Zentralfrage, die uns immer wieder beschäftigt, ist: **„Wie kommen wir aus diesem Krieg heraus“**, wie können wir zu einem Frieden gelangen?“ Alle unsere Gegner hängen an England. Diese Erkenntnis, die lange bei uns verschleiert war, ist bei uns jetzt wohl die allgemeine. Dann muß also der Hebel auch an England angesetzt werden. Daher kommen die einen zu folgender Deduktion: Da auf dem Lande eine Entscheidung nicht zu erreichen ist, muß man es auf der See versuchen, und wir haben auch ein Mittel, das den siegreichen Ausgang verbürgt, sagen die Alldeutschen, die U-Boote. Wenn wir diese Waffe rücksichtslos anwenden, werden wir England auf die Knie zwingen oder doch so schwächen, daß es zum Frieden geneigt wird. Der erste Teil ist richtig, ohne England kommt man nicht zum Frieden; der zweite Teil ist falsch, nicht nur deswegen, weil wir uns auf den Boden des Völkerrechts stellen, nicht nur, weil der Krieg durch die Anwendung der U-Boote, wie sie verlangt wird, verlängert würde, sondern auch deswegen, weil wir nach allen Mitteilungen, die wir haben, die feste Ueberzeugung haben, daß dieses Mittel nicht das geeignete ist. Ein Staatsmann hat gesagt, ich kann das Mittel des U-Bootkrieges nur verwenden unter zwei Voraussetzungen, entweder ich stehe so gut, daß ich auch Amerika mir ungestraft auf den Hals hetzen darf, daß es auf einen Gegner mehr nicht ankommt, oder ich stehe so schlecht, daß ich va banque spiele. So gut steht Deutschland nicht, und so schlecht auch nicht. Also auch von diesem Standpunkt müssen wir den rücksichtslosen U-Bootkrieg ablehnen. Wir stehen aber überhaupt anders zum Kriege. Für uns handelt es sich nicht darum, den andern auf die Knie zu zwingen, wir wissen, welches Elend im Falle der Störung unseres Wirtschaftslebens durch Abtrennung eines Teiles unseres Staates oder durch die Auferlegung einer harten Kriegsentschädigung über uns hereinbrechen müßte. Wir wollen dieses Elend auch nicht den Arbeitern anderer Länder zufügen. Wir müssen als Sozialisten diesen Standpunkt einnehmen, wir müssen uns auch aus Klugheit zu ihm bekennen, denn wer Annexionen oder Kriegsentschädigungen erstrebt, der räumt auch den anderen das Recht ein, dasselbe zu fordern. Damit wird alles auf die Entscheidung durch die Kanonen gestellt. Von den Kanonen soll aber die Zukunft nicht abhängen. Deshalb sagen wir: Nicht eine Niederlage Deutschlands, aber auch nicht die Zerschmetterung eines anderen, sondern **Verständigung.** Der Verständigung dient aber nicht die Haltung der Mehrheit der Fraktion zur Kriegspolitik der Regierung. Höhnend hat man die Arbeitsgemeinschaft getragt, was sie denn durch die Ablehnung der Kredite erreicht habe. Nun, daß in Frankreich auf dem letzten Nationalrat unter 2400 Stimmen 1000 abgegeben wurden für eine gemeinsame Aktion mit der deutschen Sozialdemokratie, das ist wesentlich zurückzuführen auf die Haltung, die wir eingenommen haben. Unsere Rur hat ein Echo erweckt. Jetzt weiß man, es gibt eine Gruppe in Deutschland, die entschlossen ist, unter allen Umständen der Kriegspolitik entgegenzutreten, die eine Verständigung will, nicht nur auf dem Papier von Briefbogen, nicht nur mit Worten auf den Lippen, sondern durch die Tat. (Zwischenruf von David.) Das ist nicht das entscheidende, Genosse David, sondern daß so viel Genossen sich bereit erklärt haben, im Verein mit uns für den Frieden zu wirken. (Stockten: Das haben wir immer getan.) Diese Tatsache allein würde es rechtfertigen, daß **die Arbeitsgemeinschaft selbständig im Reichstag vorging.** Soll man in einer Zeit, wo die Welt aus den Fugen ist, wo wir bis ins tiefste erschüttert sind, wo wir nicht wissen, wie wird unsere Zukunft aussehen, soll man da solche Fragen, von denen auch Ebert gestern anerkannt hat, daß sie einen starken sachlichen Hintergrund haben, mit den Worten **„Disziplin“** oder

„Nichtdisziplin“ erledigen? Es fällt mir nicht ein, auf den sogenannten Treubruch einzugehen, vielleicht tue ich es noch im Schlußwort. Wir sind uns bewußt geblieben, nach den Gesetzen und Beschlüssen der Partei zu handeln, die obersten Beschlüsse aber sind die der Parteitage, darüber darf sich kein Kollegium und keine Parlamentsfraktion hinwegsetzen. Oft schon haben Abgeordnete nicht gestimmt wie die Mehrheit, und der Parteitag hat ihnen hinterher recht gegeben. Ich erinnere nur an die Abstimmung 1908 in Bayern, wo der Parteitag der disziplinwidrigen Minderheit recht gegeben hat. Wir wären nicht herausgegangen aus der Fraktion, wenn wir nicht herausgedrängt worden wären. Wir sollten in einer Zeit, wo Reden Pflicht ist, wo Schweigen Verbrechen ist, dastehen wie stumme Hunde. (Stürmische Zurufe, u. a.: Lederbour als stummer Hund!) Wenn es nach Ihnen gegangen wäre! Wir lassen uns aber nicht von Ihnen so behandeln, das haben wir Ihnen gezeigt.

Es wäre in höchstem Maße wünschenswert, wenn die Genossen jetzt endlich dahin kämen, der Regierung die Gefolgschaft aufzusagen. Die Mehrheit stimmte zwar zuletzt gegen das Budget, aber nicht aus den Gründen, die auf den Parteitagen festgelegt sind, denn da heißt es ausdrücklich, daß diese Abstimmung ein Ausdruck des Mißtrauens gegen die Regierung ist. Die Mehrheit aber stimmt aus allerlei opportunistischen Gründen gegen das Budget, und einen Augenblick später bewilligt diese selbe Mehrheit viele Milliarden zur Fortsetzung des Krieges. Man legt uns unter, wir wollten **Frieden um jeden Preis.** Nein, das wollen wir nicht, aber draußen im Lande sind nicht nur bei den Arbeitern hörte ich oft genug das Wort: Wenn doch der Krieg zu Ende käme, ganz gleich, wie er zu Ende kommt (Lebhafter Widerspruch). Oft genug wird gesagt, lieber ein Ende mit Schrecken, als diesen Schrecken ohne Ende. **Wir wollen nicht den Frieden um jeden Preis,** wir wollen nicht etwa in die Gewalt Rußlands kommen, auch nicht unter die Gewalt irgendeines anderen Staates, wir wollen nicht den Despotismus stärken, wir wollen nicht irgendwie den englischen Imperialismus unterstützen, aber wir wollen — und das bitte ich Sie zu beachten — um keinen Preis die Fortsetzung dieses Krieges (Zuruf: Aber wenn es die anderen wollen!). Die Herrschenden setzen den Krieg fort, um, wie sie sagen, etwas zu erwerben, was den gebrachten Opfern entspricht. Dadurch, daß Sie diese Politik der bürgerlichen Klassen unterstützen, sind Sie mitverantwortlich dafür (Stürmisches Händeklatschen bei einem Teil der Versammlung. — David: Wollen Sie den Frieden um jeden Preis?). Ich habe Ihnen schon Nein gesagt, Sie verstehen das doch ganz gut, Genosse David. Dieser Friede, den wir erstreben, ist nur zu erreichen, wenn mit aller Rücksichtslosigkeit diejenigen bekämpft werden, die der Verständigung sich in den Weg stellen. Einen Kompromißfrieden will die Regierung nicht, das kann kein Mensch bestreiten. Und wenn Sie sie unterstützen mit Geld, wirken auch Sie dem Frieden der Verständigung, dem sozialistischen Frieden, entgegen. Bethmann-Hollweg ist wiederholt einem Separatfrieden nachgegangen, aber Phantome waren es, die er verfolgte. Da Rußland nicht zerschmettert am Boden lag, so konnte ein Separatfrieden nur in Frage kommen, wenn man ihm Angebote auf Kosten unserer Bundesgenossen machte. Man hatte den Plan eines Friedens mit Frankreich gestützt auf die Einnahme von Verdun, auch hier unter völlig falscher Beurteilung der französischen Zustände. Um der Hoffnung willen, einen Keil in die Koalition zu treiben, darf der Krieg nicht fortgesetzt werden. Diese Hoffnung war trügerisch und konnte sich nicht erfüllen. Sind mit England Verhandlungen versucht, um zu einem allgemeinen Frieden zu gelangen? Der Minister Cecil hat vor kurzem ausdrücklich erklärt, niemals ist an uns etwas herangetreten von Friedensangeboten als das, was in den Reden des Reichskanzlers enthalten war. Also da, wo mit Aussicht auf Erfolg etwas zu machen gewesen wäre, da hat man keine Anstrengung gemacht, namentlich nicht zu der Zeit, wo in England größere Friedensneigung bestand. Es war die Zeit, wo es die Militärpflicht noch nicht durchgeführt hatte, wo es noch seiner Tradition, nach der allgemeinen Volksanschauung alles Interesse daran hatte, davon befreit zu bleiben. Es dürfte doch auch nicht aus dem Auge gelassen werden, daß England es nach seiner ganzen Vergangenheit nicht sehr freudig ansehen würde, wenn Rußland von Konstantinopel Besitz ergreifen würde. Statt dessen aber kam in der bürgerlichen Welt die Hetze gegen England, die es unmöglich machte, Fäden anzuknüpfen, und an dieser Hetze haben sich auch manche Parteiblätter beteiligt. Dadurch wurde es unmöglich, die Friedensaussichten zu heben. So rächt es sich an der Partei, wenn sie sich von den Bürgerlichen in das Schlepptau nehmen läßt. Selbständig denken, selbständig handeln ist ihre Aufgabe. Die Theorie des beschränkten Untertanenverstandes überlassen wir anderen. Es ist nicht ein erfreuliches Zeichen unserer Zeit, daß die Partei so oft denkt aus den Köpfen der anderen. Das hemmt uns und wird uns weiter hemmen. Am 25. April 1915 hat ja die Norddeutsche Allgemeine Zeitung geschrieben:

> Von verschiedenen Seiten hören wir, daß in Stadt und Land Gerüchte über die Anbahnung von Friedensverhandlungen in Umlauf gesetzt werden. Des näheren wird angedeutet, daß vorbereitende Schritte zur Herbeiführung eines Sonderfriedens mit England auf der Grundlage gewisser englischer Wünsche und Forderungen im Gange seien oder in Gang gebracht werden sollen. Kein Urteilsfähiger kann daran denken, die für Deutschland günstige Kriegslage zugunsten eines vorzeitigen Friedensschlusses irgendeinem seiner Feinde preiszugeben.

Nach der vorläufig allein möglichen allgemeinen Umschreibung des Kriegszieles, die der Reichskanzler in seinen Reden gegeben hat, müssen wir jeden Vorteil der militärischen Lage benutzen, um Sicherheit zu schaffen, daß keiner mehr wagen wird, unseren Frieden zu stören. Dabei muß es bleiben, **die Gerüchte über deutsche Friedensneigungen sind gegenüber unserer unverminderten Entschlossenheit zur Niederkämpfung der Gegner törichte oder böswillige, auf jeden Fall aber müßige Erfindungen.**

Die Regierung erklärt also, wir werden aushalten bis zum Niederringen der Gegner, alles andere ist törichtes Geschwätz. Herr v. Wedel-Piesdorf erklärte am 15. April (Stürmische Unterbrechungen: „Das haben Sie uns in der Fraktion erzählt." — Glocke des Vorsitzenden. — Zurufe: „Unerhört!" und „Wir können ja nicht alles berichten, Sie können alles berichten!")

Ebert: Ich bitte, diese Zwischenbemerkungen mit der Versammlung zu unterlassen. Ich muß noch einmal dringend bitten, alle Zwischenrufe zu unterlassen.

Haase: Die Waffen, mit denen einige von Ihnen kämpfen, habe ich jetzt wieder hinreichend kennengelernt. Durch die Aeußerung der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" — und darauf kommt es an — mußte England jedenfalls vor den Kopf gestoßen werden. Für den Gedanken, daß Deutschland bereit sei, Frieden mit England zu schließen, blieb kein Raum mehr. Die Aeußerung der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" entsprach der Stimmung nicht nur der alldeutschen, sondern auch fast aller übrigen bürgerlichen Kreise, die ihre imperialistischen Pläne nicht aufgeben wollten. „Aus dem nassen Dreieck heraus", das war die Parole, die jetzt auch Herr Ballin verkündet: wir müssen Belgien in der Hand haben, um mit der Pistole in der Hand England am Kanal gegenüberzustehen. Solche Pläne zu fördern, mag Sache der Imperialisten sein. Ihnen entgegenzutreten, ist unsere vornehmste Aufgabe. Ich möchte von den Zwischenrufern gern hören, welche Stellung Bethmann gegenüber England eingenommen hat. Hat er Friedensverhandlungen gesucht, ja oder nein? Hat er sich je bereit erklärt, sie da zu suchen, wo sie am ehesten Aussicht auf Erfolg hatten? (David: Deutlich genug hat er das erklärt.) Für Sie sind die Reden Bethmanns deutlich. (David: Er war bereit zu Verhandlungen auf Grund der Kriegslage.) Daß er auf Grund der Kriegslage Friedensverhandlungen wünscht, ja . . . . (David: Die andern wollen die militärische Lage erst ändern, bis Deutschland besiegt ist, das ist der Unterschied.) Wollte unsere Regierung das nicht, als die Feinde bei uns im Lande waren, als die Russen in Ostpreußen waren? War die Regierung da bereit zu Friedensverhandlungen? In dieser Beziehung ist also kein Unterschied zwischen Regierung und Regierung. (David: Es ist ein Unterschied in der Situation.)

Ich will zum Schluß mich noch mit der **Frage der Einigkeit** der Partei beschäftigen. Wer will nicht die Einigkeit in der Partei! Für die Einigkeit der Partei treten wir jetzt ein und sind wir stets eingetreten. Dieselben parlamentarischen und außerparlamentarischen Handlungen, die ich gerügt habe, haben dazu geführt, daß diese Einigkeit auf das äußerste gefährdet ist. Hören Sie nur im Lande draußen, und es sind nicht wenige, und hören Sie nur draußen an der Front, und da sind es nicht wenige, die sagen, nach der Haltung, die dauernd die Mehrheit der Fraktion eingenommen hat, können wir nicht mehr mit ihr zusammenarbeiten. (Vielfacher Widerspruch.) Es sind doch Tatsachen, die Sie nicht wegschaffen. (Lebhafte Unterbrechung, Glocke des Vorsitzenden.) Diejenigen, die das behaupten, können zu mir kommen, ich werde ihnen eine Masse von Briefen dieses Inhalts vorlegen. (Zurufe: Wir auch!) Also können Sie nicht behaupten, daß die Tatsache nicht wahr ist, daß viele Parteigenossen diese Auffassung vertreten. (Zurufe: Den umgekehrten Text können Sie auch lesen. Gegenrufe: Die wollen Sie nur dauernd unterbrechen. Lebedour: Gehen Sie doch nicht darauf ein.)

Ebert: Ich habe den Eindruck, daß Haase sich sehr oft mit direkten Fragen an die Versammlung wendet, und da ist es meines Erachtens sehr begreiflich, wenn die Versammlung antworte. Das kann ich als Vorsitzender beim besten Willen nicht verhindern. Aber ich glaube, man kann der Versammlung nicht den Vorwurf machen, daß sie absichtlich die Rede stört.

Haase: Ich sagte, daß eine Anzahl von Parteigenossen, wie auch von der Mehrheit bestätigt wird, sich tatsächlich abgestoßen fühlt von der Partei. Für diese Genossen ist es überaus wichtig gewesen, daß die Sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft sich gebildet hat und diejenigen Anschauungen vertreten hat, die sie nach ihrer sozialistischen Erziehung und nach ihren demokratischen Grundsätzen als die wiedererkannt haben, die sie als Parteigenossen selbst vertreten haben. Wir haben diese Genossen der Partei erhalten. Einen einheitlichen Organisationsrahmen der Partei zu bewahren, ist nur möglich, wenn Toleranz geübt wird, wenn nicht diejenigen Anschauungen unterdrückt werden, die nicht übereinstimmen mit der des Parteivorstandes und der der Mehrheit der Fraktion. Diese Methode des Kampfes ist gefährlich gewesen, sie hat unser Parteileben zerrüttet. Fahren Sie nicht auf diesem Wege fort. Es kommt vielleicht für unser politisches Leben noch eine kritischere Periode, als viele es annehmen. Ich halte es nach der Entwicklung der Dinge auf dem Kriegstheater nicht für unwahrscheinlich, daß doch zu der verschärften U-Boot-Waffe gegriffen wird. Dann wird sich die Frage erheben: „Wie stellt sich dazu die sozialdemokratische Partei, was tut dann die alte sozialdemokratische Fraktion?" Es wäre

gut gewesen, wenn die Fraktion schon beim Falle der „Lusitania" scharfe Stellung gegen die völkerrechtswidrige Benutzung des U-Bootes genommen hätte. Aber alle Versuche in der Fraktion, auch nur ein mildes Wort des Bedauerns auszusprechen, wurden abgelehnt. Es zeigte sich auch hier wieder, wie das Verlassen eines grundsätzlichen Standpunktes unklug ist und schädlich wirkt. Daß Deutschland gezwungen wurde, im Verlaufe der Verhandlungen, die sich an diesen Fall anschlossen, schließlich in der Note an Amerika zurückzuhuschen, ist als ein zweites Olmütz empfunden worden, ja, viele meinten, die Note sei schlimmer als Olmütz.

Auch diejenigen Sozialdemokraten, die nur noch aus dem eng nationalen Gesichtspunkt alles betrachten, wären besser gefahren, wenn sie von vornherein für die Beachtung des Völkerrechts eingetreten wären. Dann hätten sie das Olmütz vermieden können. Wenn nun für den verschärften U-Boot-Krieg die Kredite gefordert werden, sollen wir auch dafür stimmen? Wofür würde die Verschärfung des Krieges führen? Zu einer allgemeinen Erschöpfung, zum Weißbluten auf allen Seiten. Wenn aber die Völker sich ganz verbluten, wenn sie sich nachher nicht vor Elend zu lassen wissen, dann wird die Sozialdemokratie dafür mit verantwortlich gemacht werden. (Sehr richtig! bei der Opposition.) Denken Sie daran, wenn diese Gefahr eintritt. Konnte die Sozialdemokratie das Blutvergießen aufhalten, wenn sie eine andere Politik eingeschlagen hätte? Nach meiner Ueberzeugung: ja! Wir hätten die Internationale leichter auf unsere Seite bekommen, wir hätten unsere eigene Regierung zu wirkungsvollen Friedensverhandlungen genötigt. Genossen! **Wir wollen die Einheit der Partei, aber nicht eine Partei, in der dem Imperialismus offen oder versteckt Konzessionen gemacht werden. Wir wollen die Einheit der Partei, aber nicht eine Partei, die die Kolonialpolitik unterstützt,** wie etwa Lensch im kolonialpolitischen Ausschuß. **Wir sind gegen eine Partei,** in der die **Schutzzoll-Bereicherungspolitik eine Förderung erfährt.** (Beifall bei der Opposition.) **Wir wollen nicht eine Partei, in der der Klassenkampf abgeschwächt wird.** (Lebhafte Zustimmung bei der Opposition.) **Parteigenossen, wir wollen die Einheit der Partei, aber auf dem festen granitenen Boden des sozialdemokratischen Programms; wir wollen sie als internationale Sozialisten!** (Stürmischer Beifall und Händeklatschen bei der Opposition.)

Vorsitzender **Ebert** vertagt gegen 1 Uhr die Sitzung auf nachmittag 3 Uhr.

Schlußrede.

Haase (Schlußwort): Namens meiner Freunde habe ich vorweg folgende Erklärung abzugeben:

Wir halten, wie wir schon bei Beginn unserer Verhandlungen dargelegt haben, die Konferenz, die in unserem Parteistatut keine Stütze hat, nicht für befugt, sachliche Beschlüsse zu fassen. Durch die Aussprache ist ihre Funktion erfüllt.

Die sozialpolitischen Anträge, der Antrag wegen der Nahrungsmittelnot, der Antrag auf Vorbereitung der Maßnahmen zur Wahrung der Interessen der Arbeiter bei Ueberführung des Kriegszustandes in den Friedenszustand finden selbstverständlich unsere volle Beachtung. Wir sind der Ansicht, daß die maßgebenden Körperschaften diese Fragen ohne Verzögerung gründlich zu prüfen haben und daß es die Aufgabe sämtlicher sozialdemokratischer Reichstagsabgeordneten ist, sich mit voller Wucht im Parlament für die Durchführung der im Interesse der Arbeiter auf allen diesen Gebieten erforderlichen Forderungen, über die wesentliche Meinungsverschiedenheiten kaum bestehen werden, einzusetzen.

Die vorgeschlagene **Sympathiekundgebung für Liebknecht** kann uns **in keiner Weise befriedigen.** Der **Ausdruck mitleidigen Bedauerns ist hier nicht am Platze,** sondern ein **entschiedener Protest,** den wir hiermit erheben. Wir empfinden es aber als ganz besonders verletzend, daß nach dem Willen der Antragsteller auch diese Gelegenheit nicht verstrumt werden soll, von Liebknecht abzurücken. Wir bringen **Liebknecht und allen Parteigenossen, die als echte Klassenkämpfer ihre Person einsetzten,** nun den Abschluß dieses grausigen Krieges zu beschleunigen und die **deshalb in die Gerichts- oder Militärgefängnisse wandern mußten, aus vollem Herzen unsere Sympathie entgegen.** (Lebhaftes Bravo!)

Gestatten Sie mir im Anschluß an den letzten Passus der von mir verlesenen Erklärung noch einige Bemerkungen allgemeiner Natur. Es ist bei uns jetzt üblich geworden, Genossen, die in einigen Fragen anderer Meinung sind als die anderen oder die Mehrheit, die in kühner Initiative eigene Wege wandeln, weil sie glauben, so am besten dem Proletariat und der Menschheit zu dienen, preiszugeben.

Diese Preisgabe ist ein trauriger Mangel an echter Solidarität. (Sehr richtig! bei der Opposition.) Auch vom Gegner soll man lernen, und ich kann wohl hinweisen auf die sehr beachtenswerten Worte, die der Führer der Konservativen Partei des Reichstags, der Abgeordnete

von Heydebrand und der Lasa, in seiner Frankfurter Rede in dieser Richtung gesprochen hat. Nach den stenographischen Aufzeichnungen hat er folgendes gesagt: „Eine Partei, die so groß ist wie die Konservative Partei, hat selbstverständlich wie die großen anderen Parteien in ihren Reihen Mitglieder mildester und schärfster Tonart. Sie kann nicht für jedes Wort in einem Zeitungsartikel und für die Worte von Parteifreunden an irgendeiner Stelle verantwortlich gemacht werden. Sie ist nur für das verantwortlich, was sie maßgeblich erklärt. Damit ist nun aber — so fährt er fort — nicht gesagt, daß ich von diesen Elementen und von diesen Persönlichkeiten abzurücken gewillt wäre. (Hört, hört! bei der Opposition.) Davon kann keine Rede sein. Erneutes Hört, hört!) So gut wie in einer großen Partei eine mildere Richtung unter Umständen die Notwendigkeit hat, zu zügeln und zu besänftigen, was in gewissen Stunden am Platze ist, so wesentlich ist es, daß sie Männer unter sich hat, die, von **Begeisterung und Leidenschaft getragen,** in gewaltigen Momenten ihre Stimme zu erheben wissen und nicht **jedes Wort so auf die Goldwage legen,** wie es vielleicht diejenigen tun würden, die einen philosophischen Vortrag halten wollen. Solche Leute sind die **Kraft unseres Landes. Eine Partei und das Land muß sie ertragen können.**" (Lebhaftes Hört, hört! bei der Opposition.) Dieser Satz ist bei der Wiedergabe der Rede in der Zeitung gesperrt gedruckt. Der Schluß der Ausführungen lautet: „Solche kraftvollen Naturen leisten vielleicht an anderer Stelle und zu anderer Zeit, was ein anderer nicht leisten kann. ‚Wär ich besonnen, wär ich nicht der Tell', das wollen wir uns gesagt sein lassen. Solche Leute sind auch manchmal die, die da hintreten und Dinge leisten, die ein anderer nicht kann und nicht will." (Quarck: Denken Sie an Hildebrands Maßregelung!)

Wenn, wie ich aus dem Zwischenruf des Genossen Quarck entnehme, er sich wundert, daß ich auf den Führer der Konservativen Partei in diesem Falle zurückgreife, so ist das nur ein Zeichen dafür, wohin wir gekommen sind, daß dieser Führer über die Kameradschaftlichkeit innerhalb einer Partei und über die vorwärtsstürmenden Elemente Aeußerungen tat, die für uns selbstverständlich sein müßten, es aber leider nicht sind. (Quarck: Ihr habt ja früher das Gegenteil gemacht!) Würde der Parteivorstand diese Worte beherzigen, so würde die Ketzerrichterei aufhören. (Wiederholte Zurufe: Ihr habt euch ja als Ketzerrichter aufgespielt!) Es ist Unglück für die Partei in dieser Zeit gewesen, daß einige Personen glaubten, den **starken Mann spielen** zu sollen. (Sehr gut! bei der Opposition.) Parteigenossen! Im vorigen Sommer sprach man es ja aus: die **Opposition ist ein kleines Grüppchen,** mit diesem Grüppchen wird man leicht fertig werden, wenn man es nur nicht durch nachsichtige Duldung aufkommen läßt. Wie verkehrt diese Auffassung gewesen ist, das hat das Wachstum der Opposition gezeigt. Diese Erfahrung brauchte wirklich nicht erst gemacht zu werden. Es ist doch ein bekanntes Gesetz der Geschichte, daß man Ideen nicht kleinschlagen kann, indem man mit **Gewaltmaßregeln gegen die Träger der Ideen** vorgeht. Der Antrag der Fraktion, durch den die Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft aus der alten Fraktion hinausgedrängt wurden (Zuruf: Hinausgedrängt ist gut!), war eine solche Gewaltmaßregel. Es war ursprünglich auch der Fraktion gar nicht zweifelhaft, daß sie dazu ein Recht nicht habe. Am 2. Februar 1915 hatte der Genosse Frohme eine scharfe Verurteilung Liebknechts vorgeschlagen, die darauf hinausgelaufen wäre, ihm die Rechte eines Fraktionsmitgliedes zu nehmen. Damals beschloß die Fraktion mit 82 gegen 7 Stimmen folgendes: „Da der Fraktion nach dem Organisationsstatut nicht die Handhabe zu weitergehenden Maßnahmen zusteht außer der Erklärung, daß sie das Verhalten mißbilligt, so muß sie die **endgültige Entscheidung dem nächsten Parteitag** überlassen." (Lebhaftes Hört, hört! bei der Opposition.) Damals war es also die überwältigende Mehrheit der Fraktion, die davon ausging, daß **allein kompetent für solche Maßnahmen der Parteitag** wäre. Genosse Legien allerdings drohte damals, es müßte Liebknecht ausgeschlossen werden, selbst auf die Gefahr der Absplitterung hin, und es müsse die Fraktion dies sofort beschließen, tue sie es nicht, so würden er und andere Genossen, in deren Namen er spreche, sich überlegen, ob sie ihrerseits noch in der Fraktion bleiben können. (Hört! hört! bei der Opposition.) Er hat schließlich den Ausschlußantrag zurückgenommen, aber seine Drohung ist sehr bezeichnend. Das Material über das Verhalten der Fraktionsmehrheit ist viel größer, als man es hier in tagelangen Debatten darstellen kann. Es ist den Rednern der Opposition in der kurzen Aussprache gar nicht möglich, auch nur einen kleinen Teil der Vorgänge, die in der Fraktion sich abgespielt haben, vorzutragen. Als in der Fraktion beantragt war, daß die **Beschimpfung und Mißhandlung von Soldaten** im Plenum des Reichstags zur Sprache kommen sollte — es waren Hunderte von Briefen nicht nur an uns sondern an alle Parteien bis zur konservativen eingegangen von alten Landsturmleuten, die erklärten, daß sie die Behandlung kaum ertragen könnten —, da wurde zunächst von der Fraktion der Beschluß gefaßt, diese Frage in der Budgetkommission zu erörtern und das Ergebnis dieser Beratungen abzuwarten. Die Fraktion hat nachher mit 87 gegen 32 Stimmen es abgelehnt, im Plenum selbst diese Angelegenheit zur Sprache zu bringen, obwohl der Redner der Fraktion sich dazu bereit erklärt hatte. Etwas anderes mußte geradezu die Minorität auf den Gedanken bringen, daß bei der Mehrheit die Absicht bestehe, wichtige Dinge einfach nicht in die Oeffentlichkeit dringen zu lassen, insbesondere auch nicht in die breiten Kreise unserer

Partei. Es hatte die Fraktion zusammen mit dem Parteiausschuß beraten über Leitsätze zur Friedensfrage. Es wurden ohne wesentliche Abänderungen die Vorschläge des Genossen David angenommen. Das Selbstverständliche wäre nun gewesen, daß die erste Gelegenheit benutzt wurde, um diesen wichtigen Beschluß der Partei, in dem sich zum Beispiel die Forderung nach Wiederherstellung Belgiens befindet, nach außen zu verkünden. Da die Zensur damals die Erörterung aller Kriegsziele unmöglich machte, und die Forderung der Wiederherstellung Belgiens erst recht nicht von ihr zum Druck zugelassen wurde, so gab es nur einen einzigen Weg, demnoch die Veröffentlichung zu erreichen, daß nämlich der Redner der Fraktion in seiner Rede im Reichstage diese Leitsätze vorlas. Mit diesem Moment fielen sie unter das Recht des Reichstages und konnten in jeder Zeitung veröffentlicht werden. Damals haben wir es erlebt, daß der Antrag, so zu verfahren, mit Stimmengleichheit abgelehnt wurde und daß der Genosse David als Antragsteller selbst den Anschlag gab für diesen Beschluß (Lebhaftes Hört! hört! bei der Opposition.) Es ist aber auch dieses alles ertragen worden von der Opposition. Schließlich erzwang jedoch die gewaltige Frage, die die ganze Menschheit bis ins Innerste bewegt, ein aktives Vorgehen der Opposition.

Es handelt sich darum, ob diejenigen, welche erkannt hatten, daß der Kampf zweier großer Koalitionen, wenn ihm nicht durch die Massen selbst Einhalt geboten wird, treiben müsse zu einer völligen Erschöpfung aller Völker und zur Verarmung Europas — daß die Sozialdemokratie der Regierung nicht folgen dürfe in dieser unheilvollen Kriegspolitik, sie vielmehr hemmen, ihr einen anderen entschiedenen Willen entgegensetzen müsse —, ob also diejenigen, die das erkannt hatten, schweigen und verstummen sollten oder ob es nicht ihre Gewissenspflicht war, daß sie redeten, weil sie es für notwendig hielten im Interesse der Arbeiterklasse, des Volkes, der menschheitlichen Entwicklung (Sehr wahr! bei der Opposition). Mußten sie nicht sprechen, wenn sie nach ihrer Kenntnis, die durch den Verlauf der Ereignisse nur bestärkt worden ist, immer klarer sahen, daß **die unglückselige Politik der Fraktionsmehrheit,** wenn auch **gegen deren Willen,** wie ich immer anerkannt habe und auch in diesem Augenblick anerkenne, **den Kriegstreibern,** die auf Verlängerung des Krieges hindrängen, **geradezu förderlich** und eine Unterstützung war (Sehr wahr! bei der Opposition). Wenn Sie von diesem Gesichtspunkt aus die Frage betrachten — und nur so ist sie zu betrachten —, dann werden allerdings alle Kleinlichkeiten, alle persönlichen Beschimpfungen von Ihnen als unwürdig der großen Sache angesehen werden. Ich will keinen schärferen Ausdruck wählen, diese Methode des Kampfes zu charakterisieren.

Was bedeutet in diesem Zusammenhang die **Disziplin?** Wir haben niemals die Disziplin gering geachtet. Man hat mich durch Zwischenrufe — als ob die Genossen nicht schon gestern gemerkt haben könnten, daß sie das nicht nötig haben, Zwischenrufe zu machen, weil ich nicht gewöhnt bin, irgendeiner Frage auszuweichen — auf Magdeburg hingewiesen. Ich habe von dem, was ich in Magdeburg gesagt habe, kein Wort zurücknehmen (Bravo!) Es wäre mir nur erwünscht, daß meine Kritiker sich auch wirklich meine Rede in Magdeburg ansehen würden. Ich habe in Magdeburg **gegen die Ueberspannung der Disziplin** gesprochen, in diesem Punkt in voller Uebereinstimmung mit Frank und unter Berufung auf ihn. Laut Protokoll Seite 289 sagte ich: „Es ist ein geistloses und durchaus unwahres Gerede, daß wir in unserer Partei Dogmen aufstellen, Inquisition treiben und einen Kadavergehorsam erzwingen. Wer auch nur oberflächlich die Geschichte der politischen Parteien in Deutschland kennt, weiß, daß keine einzige Partei Seitensprünge ihrer Mitglieder so nachsichtig beurteilt wie die unserige" (Sehr richtig!). Also, ich habe mich gegen den Kadavergehorsam gewandt und erklärt, daß man Seitensprünge in der Partei mit Recht nachsichtig behandelt hat. Ich bin nicht etwa, wie Sie es immer darzustellen belieben, gegen diejenigen, welche einen Disziplinbruch begehen, sofort mit den Waffen aufgetreten, die Sie jetzt anzuwenden belieben. Aber ich habe noch mehr gesagt, ich habe positiv folgendes hinzugefügt: „Frank verlangt, man möge doch die Disziplin, die man fordert, vernünftig auslegen. Darin stimme ich mit ihm überein (Hört, hört). Darüber gibt es keinen Zweifel." Also für eine sinnlose Ueberstreibung des Disziplinbegriffs habe ich mich nicht ausgesprochen, sondern mich dagegen gewandt. Und ich habe weiter gesagt: „Es ist ganz gewiß, wenn ein Beschluß von der Mehrheit gefaßt wird, und wenn die Verhältnisse, unter denen er gefaßt wurde, sich vollständig ändern, so muß **jeder** von uns, **wenn er nicht die Möglichkeit hat, mit der Gesamtpartei vorher in Beziehung zu treten, auf seine Verantwortung das tun, was nach seiner Ueberzeugung im Interesse der Partei notwendig ist"** (Sehr gut! bei der Opposition). Das Protokoll verzeichnet an dieser Stelle „Hört, hört!". Es waren gerade der Genosse Hildenbrand und seine Freunde, die durch ihren Zuruf unterstreichen wollten, daß ich keineswegs zu jenen Fanatikern einer blöden Disziplin gehöre, die den Spielraum vernünftigerweise nicht gewähren wollen, der notwendig ist, wenn man nicht tatsächlich zum chinesischen Mandarinentum, zur bureaukratischen Einengung aller frischen Parteibestrebungen kommen will. Der springende Punkt meiner Ausführungen ist deutlich zu sehen: kann man den Parteitag einberufen und so den Willen der Gesamtpartei vernehmen, dann ist allerdings ein Abweichen von dem Auftreten der Mehrheit nicht erlaubt, dann muß man sich fügen, weil man ja sofort feststellen kann: Wie denkt die Gesamtpartei, was will die Gesamtpartei? Aber wenn diese Mög-

lichkeit nicht besteht, dann muß der einzelne die Freiheit haben, auf seine Verantwortung hin zu handeln und später das Urteil, den Spruch des Gerichts selbst, d. h. des Parteitags, abzuwarten (Sehr wahr!). Die Situation, an die ich damals dachte, war eine Kleinigkeit gegenüber der Situation, in der wir uns nun seit 25 Monaten und länger befinden. Es ist keine Möglichkeit, alle, was wir auf dem Herzen haben, öffentlich auszusprechen. Eine Masse der tüchtigsten Parteigenossen bluten draußen an der Front, es ist nicht möglich, sie heranzuholen, um auch ihre Meinung zu hören, um auch nur einen verkümmerten Rumpfparteitag einzuberufen und öffentlich zu debattieren. Damit ist die Voraussetzung, von der ich damals sprach, erst recht gegeben. Man komme also nicht mit dem Gerede vom Disziplinbruch, sondern überlasse es allen denen, die nach ihrer tiefsten Ueberzeugung glauben, anders handeln zu müssen, so zu handeln, wie es ihre Gewissenspflicht ihnen gebietet, und abzuwarten, was der Parteitag später dazu sagen wird. Also weg mit diesem Vorwurf!

Im übrigen macht es auch auf die Gesamtpartei wohl einen wenig erhebenden Eindruck, wenn nun die lautesten Rufer gegen den Disziplinbruch, gegen die Arbeitsgemeinschaft und mich diejenigen sind, welche den Disziplinbruch stets als ihr Recht in der Partei in Anspruch genommen haben. (Sehr wahr! bei der Opposition.) Was soll man dazu sagen, wenn ein Mann wie David und seine Freunde, die auf dem Nürnberger Parteitag die Fahne der Rebellion gegen einen soeben gefaßten Parteitagsbeschluß erhoben haben, nun uns als Disziplinbrecher und deshalb sogar als verächtliche Subjekte brandmarken! (Sehr wahr! bei der Opposition.) Was soll man dazu sagen, wenn ein Mann wie Heine immer wieder von den Quertreibern, von Disziplinbrechern und deshalb von Schädlingen der Partei schreibt und redet, Heine, der im Jahre 1908 in den „Sozialistischen Monatsheften" folgendes geschrieben hat: „Die Sozialdemokratie muß sich hüten, einen abergläubischen Respekt vor der Disziplin zu erzielen. Eine Handlung, die nötig ist, darf nicht deshalb unterbleiben, weil einmal beschlossen ist, sie zu verbieten. Auf einem Parteitag ist mit Recht betont worden, daß die Geschichte unserer Parteientwicklung sozusagen mit Disziplinbrüchen gepflastert wäre (Hört, hört!), daß immer wieder einzelne Genossen sich genötigt gesehen haben, gegen frühere Beschlüsse zu verstoßen. Deshalb soll man, wenn der Vorwurf des Disziplinbruches auftaucht, ruhig mit der Frage antworten: Hat er den Zwecken unserer Sache gedient? War das der Fall, dann war er gut." (Lebhaftes Hört, hört! bei der Opposition.) Man braucht nicht etwa jedes dieser Worte zu unterschreiben. Es ist eine gründliche Untersuchung nötig, in welchen Grenzen sie richtig sind. Aber wahrlich, wer so schreibt, der hat kein Recht, mit Fingern auf uns zu weisen, daß wir angeblich die Disziplin gebrochen haben. (Sehr wahr! bei der Opposition.) Um so weniger, weil wir in Wahrheit die Disziplin gehalten haben, indem wir das taten, was nach unserer Ueberzeugung die Partei und die internationalen Kongresse beschlossen haben.

Es ist eine merkwürdige Ironie, daß zu derselben Zeit, in der man uns die brave französische sozialistische Minderheit vorhält, die als gute Sozialdemokraten die Disziplin wahren, die Mitteilung aus Frankreich kommt, daß Genosse Longuet und andere sich zusammengetan und eine Organisation innerhalb der Partei gegründet haben (Hört, hört!) mit der Begründung, daß die Mehrheit sie einschränke. (Hört, hört!) Es heißt in dem Beschluß: „In jeder Föderation wird ein Genosse Unterschriften entgegennehmen und Mitgliedskarten verteilen, ein Mindestbeitrag von 2 Frank pro Jahr wird erhoben." (Hört, hört! bei der Opposition. Zuruf: Nach dem deutschen Beispiel!) Also die Franzosen gehen sehr viel weiter, als die deutsche Opposition zu gehen unternommen hat. (Lebhaft: In der Form, aber nicht der Sache nach!) Die französische Minderheit erklärt dabei ausdrücklich: Es soll doch die Parteieinheit aufrechterhalten werden. Die Minderheit will nur die Möglichkeit haben, für ihre Ideen Propaganda zu treiben. „Auf dem nächsten Kongreß, heißt es, werden wir das Resultat erhalten, das wir verlangen, und wir werden die offizielle Mehrheit sein, wie wir jetzt schon die effektive Mehrheit sind." (Lebhaftes Bravo! und Hört hört! bei der Opposition. Zuruf: Wie in Deutschland!) Es haben also die Franzosen im wesentlichen so handeln müssen wie wir. Nicht etwa, weil wir ihnen das Beispiel gaben. Sie sind wahrlich nach ihrer ganzen Denkungsweise nicht die Männer, um sklavisch das deutsche Beispiel nachzuahmen, sondern weil eine gleiche Situation gleiche Konsequenzen erzeugt. (Sehr wahr! bei der Opposition.) Auch sie können, gerade um den Frieden rascher herbeizuführen, um zu einer gemeinsamen Aktion der Internationale zu kommen, sich nicht länger bloß im Rahmen der alten Partei, trotzdem sie die Parteieinheit wollen, festhalten lassen, sondern sie brauchen die Möglichkeit, Propaganda im Parlament und außerhalb des Parlaments zu treiben. Zu diesem Zwecke erheben sie von ihren Anhängern Beiträge in der Ueberzeugung, die auch wir mit gutem Grund haben: „Der nächste Parteitag wird feststellen, daß die Opposition von heute die offizielle Mehrheit ist, während sie heute schon die effektive Mehrheit hinter sich hat." (Widerspruch bei der Mehrheit. Sehr richtig, bei der Opposition.)

Auf die vielen Angriffe gegen meine persönliche Ehre gehe ich nicht ein. Ich habe es ganz ruhig geduldet, daß ich ein Jahr lang geradezu durch die Gosse gezogen wurde, mit einer Kühnheit, die einer besseren Sache würdig gewesen wäre. Ich hatte geglaubt, nachdem ich länger

als ein Vierteljahrhundert für die Partei gearbeitet habe, nicht nötig zu haben, mich gegen Verdächtigungen zur Wehr zu setzen. Aber es würde mißdeutet werden können, wenn ich über die Beschimpfungen gröbster Art hinweggehen würde, die Noske, mit dem ich jahrelang an demselben Ort zusammengearbeitet habe, gegen mich geschleudert hat. Wenn einer unter den Anwesenden keine Veranlassung hat, meine Neigung zur Kameradschaftlichkeit zu bestreiten, so ist es neben wenigen anderen vor allem Noske. Er wird nicht bestreiten, daß ich ihm bei unseren gemeinsamen Kämpfen unter allen Umständen die Treue gehalten habe. (Noske: Sehr richtig!) Er wird mir auch zugeben, daß ich in der Betätigung der Kameradschaftlichkeit so weit gegangen bin, daß ich es mich weder Mühe noch Arbeit habe kosten lassen, für ihn einzuspringen, wenn es nötig war, und ich habe niemals ein Wort der Anerkennung dafür gefordert. (Noske: Sehr richtig!) Ich würde es an sich für unter meiner Würde halten, noch mehr zu sagen, aber ich muß es im Interesse der Sache tun: bis in die letzte Zeit habe ich trotz Ueberlastung mit Arbeit jedem einzelnen Parteigenossen meinen Beistand geleistet, unter Außerachtlassung mancher persönlicher Pflichten, und ich habe nie danach gefragt, welcher Richtung der Parteigenosse angehört. (Lebhafter Beifall bei der Opposition.) Es war mir ganz gleich, ob es ein Mitglied der Mehrheit oder der Minderheit war oder ein Mitglied der Spartakusgruppe, das mich vielleicht kurz vorher aufs schärfste angegriffen hatte. (Sehr gut! bei der Opposition. — Noske: Ich habe nicht von Ihrer persönlichen Ehrenhaftigkeit, sondern nur von Ihrer politischen Tätigkeit gesprochen.)

Meerfeld und Löbe haben gemeint, wir hätten ja **gar nichts Neues vorgetragen**, deshalb hätte man die Reichskonferenz nicht einzuberufen brauchen, denn das hätte alles öffentlich besprochen werden können. Wenn das richtig ist, dann darf ich wohl erwarten, daß diese Genossen dafür sorgen werden, daß unsere Ausführungen in extenso in die Presse kommen. (Sehr gut! bei der Opposition.) Wir werden ja dann sehen, ob die Zensur das erlauben wird oder nicht. Ich glaube, behaupten zu können, daß viele unserer Ausführungen bei den Behörden **nicht** das Wohlwollen finden werden, wie die Ausführungen anderer Richtungen in unserer Partei. (Sehr richtig! bei der Opposition.) Als Baumeister während des Krieges ein neues Blatt herausgeben wollte, um es an die Front zu schicken, die „Sozialdemokratische Feldpost", da bekam er für die Neugründung dieses Zeitungsunternehmens die Genehmigung des Oberkommandos, und nach den mir vorliegenden Dokumenten ist den zuständigen Militärbehörden mitgeteilt worden, daß dieses Organ die militärische Approbation bekommen hat. (Hört, hört! bei der Opposition. — Zuruf bei der Opposition: Eine Schande! — Dr. David: Der Vorwärts hat die Approbation ja auch!) Das Besondere dieses Falles liegt darin, Genosse David, wie Sie wissen, daß man für Neugründungen von Zeitschriften eine besondere Erlaubnis braucht.

Meerfeld und Winnig haben versucht, die Debatte auf ein höheres Niveau zu heben. Ich nehme es Winnig gar nicht übel, daß er mir vorgeworfen hat, meine Rede sei ein **Ausmaß von Haß und geschwollener Bosheit** gewesen. Nur klingen mir diese Worte so überaus bekannt. Ich habe sie schon oft in meinem Leben gelesen, namentlich bei Wahlkämpfen, aber dann in den Ringblättern unserer Gegner. (Sehr richtig! bei der Opposition.) Auch in den Parlamenten haben manchmal noch die Vertreter der Regierung uns, und zwar allen Sozialdemokraten, mit denselben Worten Vorwürfe gemacht. Diese Worte waren offenbar im Gedächtnis des Genossen Winnig haften geblieben, und ohne Bewußtsein ihres Ursprunges hat er sie nun gegen mich angewendet. (Heiterkeit und Sehr gut! bei der Opposition.) Meerfeld hat uns nachgesagt, daß wir von der **historisch-ökonomischen Geschichtsauffassung** nichts verständen oder wir hätten wenigstens alles vergessen. In Wirklichkeit stellte sich heraus, daß Meerfeld und andere das Alpha und Omega der materialistischen Geschichtsauffassung nicht begriffen haben. (Sehr richtig! bei der Opposition.) Sie tun so, als ob nach unserer Ansicht irgendwelche bösen Persönlichkeiten in der deutschen Regierung diesen Krieg vermocht hätten und nicht ökonomische Triebkräfte. Die Zusammenhänge zwischen den tieferen Ursachen und den letzten Anlässen sind uns doch allen geläufig, diese Dinge haben wir uns doch alle an den Schuhsohlen abgelaufen. (Sehr richtig! bei der Opposition.) Jeder weiß, daß dieser Krieg im Grunde entstanden ist aus dem Zusammenprall ökonomischer Gegensätze. Aber niemals hat die materialistische Geschichtsauffassung gelehrt, daß der Verlauf der Geschichte sich automatisch vollziehe. Niemals haben die Meister, die diese großen Lehren für uns meißelten, daran gedacht, daß wir uns etwa den großen ökonomischen Vorgängen in Fatalismus ergeben müßten, daß die Menschen durch ihren Willen nicht Einfluß auf sie üben könnten.

Jedes Geschichtswerk von Marx beweist in geradezu genialer Weise, wie trotz der Erkenntnis, daß in letzter Linie ökonomische Faktoren entscheidend sind, auch persönliche Faktoren in Betracht zu ziehen sind, und daher gibt es auch für Personen eine Schuld, ein geringeres Maß von Schuld und eine Nichtschuld. (Sehr richtig! bei der Opposition.) Das imperialistische Ausdehnungsbestreben, der wirtschaftliche Gegensatz zwischen Oesterreich und Serbien insbesondere hat dazu geführt, daß in der Welt Pulverfässer errichtet wurden. Aber damit es zum Weltenbrand kam, war es nötig, daß in diese Pulverfässer der Funke hineingeworfen wurde, und das ist die Tätigkeit von Persönlichkeiten. (Sehr richtig! bei der Opposition.) Wir haben zu fragen, welche Persönlichkeiten diese verhängnisvolle Rolle gespielt haben. Sonst müßten wir

ja fatalistisch den Krieg hinnehmen, ganz gleich, was geschieht, und dann wäre es ja auch ganz unnötig, irgendwelche Friedensdemonstrationen zu machen. Wer von dem Wirken der Persönlichkeiten ganz absieht, der verwechselt elementare Naturereignisse und politisch-soziale Vorgänge. Elementar Naturereignisse vollziehen sich unabhängig von unserem Willen, die politisch-sozialen Vorgänge aber sind keineswegs von unserem Willen unbeeinflußbar. Wie war es in diesem Konflikt? Ich habe schon wiederholt öffentlich und nichtöffentlich, vor Polizeibeamten und im geschlossenen Kreis über diese Fragen gesprochen und habe stets betont, es wäre durchaus falsch, das volle Maß von Schuld etwa auf die deutsche Regierung zu schieben. Alle Regierungen der kapitalistischen Staaten haben seit langem ein voll gerüttelt Maß von Schuld auf sich gehäuft. (Sehr wahr! bei der Opposition.) Das Wettrüsten, das allen Staaten sich beteiligt haben, hat mehr und mehr die Reibung erzeugt, die zu diesem Kriege geführt hat. Aber bis zum Kriegsausbruch haben wir alle in Kenntnis des geschichtlichen Materials hervorgehoben, daß bei dem völkerverderblichen Wettrüsten in erster Reihe Deutschland stand. Sollen wir nicht so viel Wahrheitsmut und Bekennermut haben, das, was wir früher gesagt haben, noch jetzt aufrechterhalten, als daß wir uns jetzt dazu hergeben, diese Tatsachen zu vertuschen? (Sehr gut! bei der Opposition.) David hat ja vor dem Kriege selbst im Reichstage gesagt, daß Deutschland vorrüste und daß die anderen nachzögen. Schon diese Tatsache gibt uns einen Fingerzeig für das Maß der Schuld. Aber es kommt noch ein weiteres hinzu. Der Genosse Cohen hat gemeint, vom unserem Standpunkt aus müßten wir eigentlich dazu kommen, daß der Gymnasiast Prinzip, der den Revolver gegen den österreichischen Thronfolger abdrückte, an diesem Kriege schuld sei. Das ist eine völlige Verkennung unseres Standpunktes. Dieses Ereignis ist ein ganz kleines, unbedeutendes Zwischenspiel. Es war das lediglich eine Gelegenheit, die die österreichische den Machthaber für ihre Zwecke benutzt haben. Daß das der Fall ist, ist längst mit Sicherheit erhärtet worden. Im Dezember 1914 hat der ehemalige italienische Ministerpräsident Giolitti, der ein Gegner der Beteiligung Italiens am Weltkrieg war, dokumentarisch bewiesen, daß schon im August 1913, also 10 Monate vor Ausbruch des Weltkrieges und vor der Ermordung des österreichischen Thronfolgers, die österreichische Regierung mit der Erklärung an Italien herangetreten sei, sie beabsichtige, gegen Serbien kriegerisch vorzugehen, und sie erwarte, daß Italien nichts dagegen habe. (Lebhaftes Hört, hört! bei der Opposition.) Es war das also ein Plan, der in jeder Beziehung vorbereitet war, und dieser Plan trug in sich den Weltkrieg. Das mußte jeder wissen. Sie riefen vorher fortgesetzt dazwischen: ja, die **russische Mobilmachung**, die russische Mobilmachung sei ein Moment, das man nicht außer Betracht lassen dürfe. Das trifft nicht den Kern der Frage. Schon vor dieser Mobilmachung hatte die deutsche Regierung und in der Unterredung vom 26. Juli 1914 im preußischen Ministerium des Innern auch der preußische Ministerialdirektor darauf hingewiesen, daß, wenn Rußland auch nicht gegen Deutschland mobilisiere, sondern nur gegen Oesterreich vorgehe, um Serbien zu helfen, der casus foederis gegeben sei und daß Deutschland sich an diesem Kriege beteiligen würde. (Lebhaftes Hört, hört! bei der Opposition.) Die russische Mobilmachung war für diese Entschließung also nicht von ausschlaggebender Bedeutung. Wie weit war denn übrigens beim Kriegsausbruch die russische Mobilmachung vorgeschritten? Als man den Ruf erhob: „Gegen den Zaren muß!" und als unsere Genossen von diesem Ruf fortgerissen wurden, da glaubten sie, sie würden nun die Befreier des russischen Volkes vom russischen Despotismus sein können, da erwarteten sie, daß nunmehr die ganze deutsche Heeresmacht sich gegen Rußland wälzen würde, um Rußland niederzuringen. Und was geschah? Man setzte die ganze Macht gegen den Westen ein, gegen Belgien, gegen ein Land, für dessen Neutralität man sich verbürgt hatte. Man hatte gehofft, in wenigen Wochen bis Paris zu kommen, erst dann sollte Rußland an die Reihe kommen. Das war der Grund, weshalb nicht genügend Truppen zur Verfügung waren, um den Einfall der Russen in Ostpreußen zu verhindern. Der Historiker der militärischen Strategie und Taktik, Professor Hans Delbrück, hat im „Tag" vom 27. April 1916 ausgeführt, daß Rußland in Wahrheit, als es in Ostpreußen einbrang, militärisch noch gar nicht genügend vorbereitet war. Er schreibt: „Wenn wir die gewaltige Uebermacht unserer Feinde haben niederschlagen können, so verdanken wir das bis zu einem gewissen Grade ihren Fehlern. Aber es ist auch ganz klar, daß, als die Russen im August 1914 ihre Angriffe gegen Ostpreußen einsetzten, sie noch nicht vollständig militärisch gerüstet waren. Der Einfall erfolgte nur aus Rücksicht auf die gereizte Volksmassen in Frankreich." Delbrück meint also, daß die Russen, bevor sie nach dem Maß ihrer Mobilmachung genügend vorbereitet waren, in Ostpreußen eingedrungen sind, nur um die Stimmung in Frankreich zu heben.

Nun haben eine Reihe von Genossen der Mehrheit, wenn wir gegen die deutsche Regierung Vorwürfe erhoben, uns immer wieder mit den Zwischenrufen unterbrochen: **Und die anderen Regierungen?** Wer nimmt denn die anderen Regierungen in Schutz? Aber wir deutsche Sozialdemokraten und die internationalen Sozialdemokraten haben es bisher für ihre Pflicht gehalten, daß jede Partei im eigenen Lande nach dem Rechten sieht und daß jede Partei zunächst die Handlungen ihrer eigenen Regierung kritisiert. (Sehr richtig! bei der Opposition.) Quarck hat uns auf das Baseler Manifest hingewiesen. Ich empfehle das Baseler Manifest in allen seinen

Teilen der Mehrheit zur Beachtung. Da heißt es: „Indem das Proletariat aller Länder sich gleichzeitig zum Kampf gegen den Imperialismus erhob, **jede Sektion der Internationale der Regierung ihres Landes den Widerstand des Proletariats entgegenstellte**, ergab sich eine grandiose Vorbereitung der Arbeiter aller Länder, die schon bisher dazu beigetragen hat, den bedrohten Weltfrieden zu retten." (Hört, hört! bei der Opposition.) Es wird also für die Pflicht jeder Sektion der Internationale erklärt, ihre eigene Regierung zu kritisieren, da nur so eine Kooperation der gesamten Internationale möglich ist. Wir von der Minderheit haben das Vorgehen der alten Fraktion deshalb für ganz besonders gefährlich gehalten, weil es darauf hinauslief, den Krieg zu verlängern. (Es entstand gestern eine große Erregung, als ich den bekannten Artikel aus der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" vom April 1915 verlas. Die Genossen, die mir aus der Verlesung dieses offiziösen Artikels einen Strick drehen wollen, haben gar nicht gehört, in welchem Zusammenhang ich von dem Artikel gesprochen habe. Ich habe nicht behauptet, dieser Artikel beweise, daß Deutschland irgendein Angebot Englands zurückgewiesen habe, sondern ich habe erklärt, daß dieser Artikel England davon abhalten mußte, an eine Friedensneigung Deutschlands zu glauben. Das kann kein Mensch bestreiten. Die Dinge liegen anders, als Noske, auf den Unterstaatssekretär Zimmermann gestützt, behauptet hat. Man kann von mir nicht verlangen, daß ich alles als bewiesen ansehen muß, was Unterstaatssekretär Zimmermann sagt, der im Interesse der Staatsraison vielleicht genötigt ist, manches anders darzustellen. (Sehr richtig! bei der Opposition.) Dieser Erklärung des Unterstaatssekretärs Zimmermann stelle ich meine Informationen gegenüber, die ich von Männern in angesehenen deutschen Stellungen habe. Ich habe es nicht für nötig gehalten, über diese Dinge noch einmal im Reichstag zu sprechen, denn ich habe sie in der Presse ausführlich behandelt. Aber was sagte Unterstaatssekretär Zimmermann? Er bestritt hauptsächlich, daß von der englischen Regierung irgendein Friedensversuch nach Deutschland gemacht ist. Er bestritt, was ich gar nicht behauptet habe. Ich hatte gesagt, daß private Persönlichkeiten, und zwar in so angesehener Stellung, den Versuch gemacht hätten, nachdem sie im englischen Ministerium des Aeußeren herumgehorcht hatten, zwischen England und Deutschland eine Verständigung herbeizuführen. Jeder, der weiß, wie solche Friedensverhandlungen eingeleitet werden, ist sich auch ganz klar darüber, daß, wenn es auf deutscher Seite zu Friedensaureginnen kommt, der Reichskanzler nicht persönlich nach Rußland und Frankreich Nachrichten lanciert, sondern daß er sich dazu Unterhändler aus neutralen Staaten bedient. Aber die Genossen sind schon so sehr von der Regierungspolitik gefangen genommen, so sehr eingeschworen auf Worte von Regierungsmitgliedern, daß sie das Material ihrer Meister gar nicht mehr kritisch prüfen können. (Sehr gut! bei der Opposition.)

Was wir der Mehrheit zum Vorwurf machen, das möchte ich hier zum Ausdruck bringen mit Worten unseres leider verstorbenen Genossen Edstein, um gegenüber dem gestrigen Zitat klar zu machen, was er wirklich gedacht hat. Er hat kurz vor seinem Tode im „Avanti" einen Artikel veröffentlicht, dessen Uebersetzung wir vorlegt:

„In diesem Kriege verfolgen alle Regierungen, selbst wenn man annimmt, daß sie gegen ihren Willen in den Krieg hineingezogen worden sind, imperialistische Ziele. Sie kämpfen nicht um den Schutz der staatlichen Selbständigkeit, sondern um den Grad ihrer Herrschaft in der Welt, um kolonniale Besitzungen, um den Einfluß auf die Regierungen jener schwächeren Staaten, die das europäische Kapital als Opfer seiner Ausbeutung auserlesen hat. Das aber sind **schon solche Kriegsziele, mit denen die Arbeiter in keinem Lande sich solidarisch erklären können**, so lange sie noch den Kampf um ihre eigene Befreiung von den Fesseln des Kapitalismus führen und sich die Erkenntnis ihrer wirklichen Interessen bewahrt haben. Mehr und mehr dringt die Erkenntnis durch, daß gegenüber dem jetzigen Weltkrieg, der imperialistische Ziele verfolgt, der Maßstab jener kurzen und relativ kleinen Kriege nicht anwendbar ist, in denen die modernen Staaten Europas ihre nationale und staatliche Selbständigkeit erkämpft haben. Zugleich zeigt sich immer deutlicher, daß die Einnahme dieses Standpunktes schon an sich ausreichend ist, um eines jener großen Uebel zu überwinden, die der Krieg dem europäischen Proletariat zugefügt hat — **seine Zersplitterung in nationalschauvinistische Parteien, die sich mit den bürgerlichen Klassen ihres Landes solidarisch fühlten** und dementsprechend zum Proletariat der feindlichen Länder eine feindselige Haltung einnehmen."

Namentlich jetzt, wo so viele, zeitweise verschleierte Momente klar geworden sind, hätten Sie diese Kredite nicht mehr bewilligen dürfen, hätten Sie der Regierung die Gefolgschaft aufsagen müssen. Hätten Sie so gehandelt, so hätten Sie unserem Volke einen wahrhaft großen Dienst geleistet. Was uns auf das tiefste bewegt, denn wir sind internationale Sozialisten und deutsche Sozialisten zugleich, das ist, daß die Kraft, die wir hatten, nicht ausgenutzt ist, um die Regierung zu zwingen, Friedensverhandlungen da zu suchen, wo allein sie zu suchen waren, als es noch Zeit und Gelegenheit war, in England. (Zuruf: Verpaßte Gelegenheit!) Ja, die Gelegenheit ist verpaßt worden.

INTENTIONAL SECOND EXPOSURE

ja fatalistisch den Krieg hinnehmen, ganz gleich, was geschieht, und dann wäre es ja auch ganz unnötig, irgendwelche Friedensdemonstrationen zu machen. Wer von dem Wirken der Persönlichkeiten ganz absieht, der verwechselt elementare Naturereignisse und politisch-soziale Vorgänge. Elementare Naturereignisse vollziehen sich unabhängig von unserem Willen, die politisch-sozialen Vorgänge aber sind keineswegs von unserem Willen unbeeinflußbar. Wie war es in diesem Konflikt? Ich habe schon wiederholt öffentlich und nichtöffentlich, vor Polizeibeamten und im geschlossenen Kreis über diese Fragen gesprochen und habe stets betont, es wäre durchaus falsch, das volle Maß von Schuld etwa auf die deutsche Regierung zu schieben. Alle Regierungen der kapitalistischen Staaten haben seit langem ein voll gerüttelt Maß von Schuld auf sich gehäuft. (Sehr wahr! bei der Opposition.) Das Wettrüsten, an dem alle Staaten sich beteiligt haben, hat mehr und mehr die Reibung erzeugt, die zu diesem Kriege geführt hat. Aber bis zum Kriegsausbruch haben wir alle in Kenntnis des geschichtlichen Materials hervorgehoben, daß bei dem völkerverderblichen Wettrüsten in erster Reihe Deutschland stand. Sollen wir nicht so viel Wahrheitsmut und Bekennermut haben, das, was wir früher gesagt haben, noch jetzt aufrechtzuerhalten, als daß wir uns jetzt dazu hergeben, diese Tatsachen zu vertuschen? (Sehr gut! bei der Opposition.) David hat ja vor dem Kriege selbst im Reichstage gesagt, daß Deutschland vortrante und daß die anderen nachtanzten. Schon diese Tatsache gibt uns einen Fingerzeig für das Maß der Schuld. Aber es kommt noch ein weiteres hinzu. Der Genosse Cohen hat gemeint, vom unserem Standpunkt aus müßten wir eigentlich dazu kommen, daß der Gymnasiast Princip, der den Revolver gegen den österreichischen Thronfolger abdrückte, an diesem Kriege schuld sei. Das ist eine völlige Verkennung unseres Standpunktes. Dieses Ereignis ist ein ganz kleines, unbedeutendes Zwischenspiel. Es war das lediglich eine Gelegenheit, die die österreichischen Machthaber für ihre Zwecke benutzt haben. Daß das der Fall ist, ist längst mit Sicherheit erbärtet worden. Im Dezember 1914 hat der ehemalige italienische Ministerpräsident Giolitti, der ein Gegner der Beteiligung Italiens am Weltkrieg war, dokumentarisch bewiesen, daß schon im August 1913, also 10 Monate vor Ausbruch des Weltkrieges und vor der Ermordung des österreichischen Thronfolgers, die österreichische Regierung mit der Erklärung an Italien herangetreten sei, sie beabsichtige, gegen Serbien kriegerisch vorzugehen, und sie erwarte, daß Italien nichts dagegen habe. (Gehässiges Hört, hört! bei der Opposition.) Es war das also ein Plan, der in jeder Beziehung vorbereitet war, und dieser Plan trug in sich den Weltkrieg. Das mußte jeder wissen. Sie riefen vorher fortgesetzt dazwischen: ja, die **russische Mobilmachung**, die russische Mobilmachung sei ein Moment, das man nicht außer Betracht lassen dürfe. Das trifft nicht den Kern der Frage. Schon vor dieser Mobilmachung hatte die deutsche Regierung und in der Unterredung vom 26. Juli 1914 im preußischen Ministerium des Innern auch der preußische Ministerialdirektor darauf hingewiesen, daß, wenn Rußland auch nicht gegen Deutschland mobilisiere, sondern nur gegen Oesterreich vorgehe, um Serbien zu helfen, der casus foederis gegeben sei und daß Deutschland sich an diesem Kriege beteiligen würde. (Gehässiges Hört, hört! bei der Opposition.) Die russische Mobilmachung war für diese Entschließung also nicht von ausschlaggebender Bedeutung. Wie weit war denn übrigens beim Kriegsausbruch die russische Mobilmachung vorgeschritten? Als man den Ruf erhob: „Gegen den Zarismus!" und als unsere Genossen von diesem Ruf fortgerissen wurden, da glaubten sie, sie würden nun die Befreier des russischen Volkes vom russischen Despotismus sein können, da erwarteten sie, daß nunmehr die ganze deutsche Heeresmacht sich gegen Rußland wälzen würde, um Rußland niederzuringen. Und was geschah? Man setzte die ganze Macht gegen den Westen ein gegen Belgien, gegen ein Land, für dessen Neutralität man sich verbürgt hatte. Man hatte gehofft, in wenigen Wochen bis Paris zu kommen, erst dann sollte Rußland an die Reihe kommen. Das war der Grund, weshalb nicht genügend Truppen zur Verfügung waren, um den Einfall der Russen in Ostpreußen zu verhindern. Der Historiker der militärischen Strategie und Taktik, Professor Hans Delbrück, hat im „Tag" vom 27. April 1916 ausgeführt, daß Rußland in Wahrheit, als es in Ostpreußen eindrang, militärisch noch gar nicht genügend vorbereitet war. Er schreibt: „Wenn wir die gewaltige Uebermacht unserer Feinde haben niederschlagen können, so verdanken wir das bis zu einem gewissen Grade ihren Fehlern. Aber es ist auch ganz klar, daß, als die Russen im August 1914 ihre Angriffe gegen Ostpreußen einsetzten, sie noch nicht vollständig militärisch gerüstet waren. Der Einfall erfolgte nur aus Rücksicht auf die geängstigten Volksmassen in Frankreich." Delbrück meint also, daß die Russen, bevor sie nach dem Maß ihrer Mobilmachung genügend vorbereitet waren, in Ostpreußen eingedrungen sind, nur um die Stimmung in Frankreich zu heben.

Nun haben eine Reihe von Genossen der Mehrheit, wenn wir gegen die deutsche Regierung Vorwürfe erhoben, uns immer wieder mit den Zwischenrufen unterbrochen: **Und die anderen Regierungen?** Wer nimmt denn die anderen Regierungen in Schutz? Aber wir deutsche Sozialdemokraten und die internationalen Sozialdemokraten haben es bisher für ihre Pflicht gehalten, daß jede Partei im eigenen Lande nach dem Rechten sieht und daß jede Partei zunächst die Handlungen ihrer eigenen Regierung kritisiert. (Sehr richtig! bei der Opposition.) Quarck hat uns auf das Baseler Manifest hingewiesen. Ich empfehle das Baseler Manifest in allen seinen

Teilen der Mehrheit zur Beachtung. Da heißt es: „Indem das Proletariat aller Länder sich gleichzeitig zum Kampf gegen den Imperialismus erhob, **jede Sektion der Internationale der Regierung ihres Landes den Widerstand des Proletariats entgegenstellte**, ergab sich eine grandiose Vorbereitung der Arbeiter aller Länder, die schon bisher dazu beigetragen hat, den bedrohten Weltfrieden zu retten." (Hört, hört! bei der Opposition.) Es wird also für die Pflicht jeder Sektion der Internationale erklärt, ihre eigene Regierung zu kritisieren, da nur so eine Kooperation der gesamten Internationale möglich ist. Wir von der Minderheit haben das Vorgehen der alten Fraktion deshalb für ganz besonders gefährlich gehalten, weil es darauf hinauslief, den Krieg zu verlängern. Es entstand gestern eine große Erregung, als ich den bekannten Artikel aus der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" vom April 1915 verlas. Die Genossen, die mir aus der Verlesung dieses offiziösen Artikels einen Strick drehen wollen, haben gar nicht gehört, in welchem Zusammenhang ich von dem Artikel gesprochen habe. Ich habe nicht behauptet, dieser Artikel beweise, daß Deutschland irgendein Angebot Englands zurückgewiesen habe, sondern ich habe erklärt, daß dieser Artikel England davon abhalten mußte, an eine Friedensneigung Deutschlands zu glauben. Das kann kein Mensch bestreiten. Die Dinge liegen anders, als Noske, auf den Unterstaatssekretär Zimmermann gestützt, behauptet hat. Man kann von mir nicht verlangen, daß ich alles als bewiesen ansehen muß, was Unterstaatssekretär Zimmermann sagt, der im Interesse der Staatsraison vielleicht genötigt ist, manches anders darzustellen. (Sehr richtig! bei der Opposition.) Dieser Erklärung des Unterstaatssekretärs Zimmermann stelle ich meine Informationen gegenüber, die ich von Männern in angesehenen deutschen Stellungen habe. Ich habe es nicht für nötig gehalten, über diese Dinge noch einmal im Reichstag zu sprechen, denn ich habe sie in der Presse ausführlich behandelt. Aber was sagte Unterstaatssekretär Zimmermann? Er bestritt hauptsächlich, daß von der englischen Regierung irgendein Friedensversuch nach Deutschland gemacht ist. Er bestritt, was ich gar nicht behauptet habe. Ich hatte gesagt, daß private Persönlichkeiten, und zwar in so angesehener Stellung, den Versuch gemacht hätten, nachdem sie im englischen Ministerium des Aeußeren herumgehorcht hatten, zwischen England und Deutschland eine Verständigung herbeizuführen. Jeder, der weiß, wie solche Friedensverhandlungen eingeleitet werden, ist sich auch ganz klar darüber, daß, wenn es auf deutscher Seite zu Friedensanregungen kommt, der Reichskanzler nicht persönlich nach Rußland und Frankreich Nachrichten lanciert, sondern daß er sich dazu Unterhändler aus neutralen Staaten bedient. Aber die Genossen sind schon so sehr von der Regierungspolitik gefangen genommen, so sehr eingeschworen auf Worte von Regierungsmitgliedern, daß sie das Material ihrer Meister gar nicht mehr kritisch prüfen können. (Sehr gut! bei der Opposition.)

Was wir der Mehrheit zum Vorwurf machen, das möchte ich hier zum Ausdruck bringen mit Worten unseres leider verstorbenen Genossen Eckstein, um gegenüber dem gestrigen Attat klar zu machen, was er wirklich gedacht hat. Er hat kurz vor seinem Tode im „Avanti" einen Artikel veröffentlicht, dessen Uebersetzung mir vorliegt:

„In diesem Kriege verfolgen alle Regierungen, selbst wenn man annimmt, daß sie gegen ihren Willen in den Krieg hineingezogen worden sind, imperialistische Ziele. Sie kämpfen nicht um den Schutz der staatlichen Selbständigkeit, sondern um den Grad ihrer Herrschaft in der Welt, um koloniale Besitzungen, um den Einfluß auf die Regierungen jener schwächeren Staaten, die das europäische Kapital als Opfer seiner Ausbeutung auserlesen hat. Das aber sind schon **solche Kriegsziele, mit denen die Arbeiter in keinem Lande sich solidarisch erklären können**, so lange sie noch den Kampf um ihre eigene Befreiung von den Fesseln des Kapitalismus führen und sich die Erkenntnis ihrer wirklichen Interessen bewahrt haben. Mehr und mehr dringt die Erkenntnis durch, daß gegenüber dem jetzigen Weltkrieg, der imperialistische Ziele verfolgt, der Maßstab jener kurzen und relativ kleinen Kriege nicht anwendbar ist, in denen die modernen Staaten Europas ihre nationale und staatliche Selbständigkeit erkämpft haben. Zugleich zeigt sich immer deutlicher, daß die Einnahme dieses Standpunktes schon an sich ausreichend ist, um eines jener großen Uebel zu überwinden, die der Krieg dem europäischen Proletariat zugefügt hat — **seine Zersplitterung in national-chauvinistische Parteien, die sich mit den bürgerlichen Klassen ihres Landes solidarisch fühlten** und dementsprechend zum Proletariat der feindlichen Länder eine feindselige Haltung einnehmen."

Namentlich jetzt, wo so viele, zeitweise verschleierte Momente klar geworden sind, hätten Sie diese Kredite nicht mehr bewilligen dürfen, hätten Sie der Regierung die Gefolgschaft aufsagen müssen. Hätten Sie so gehandelt, so hätten Sie unserem Volke einen wahrhaft großen Dienst geleistet. Was uns auf das tiefste bewegt, denn wir sind internationale Sozialisten und deutsche Sozialisten zugleich, das ist, daß die Kraft, die wir hatten, nicht ausgenutzt ist, um die Regierung zu zwingen, Friedensverhandlungen da zu suchen, wo allein sie zu suchen waren, als es noch Zeit und Gelegenheit war, in England. (Zuruf: Verpaßte Gelegenheit!) Ja, die Gelegenheit ist verpaßt worden.

Gestatten Sie mir, daß ich Ihnen folgendes mitteile: Professor Coßmann hat an das bayerische Ministerium eine Denkschrift gerichtet, die ich mit Rücksicht auf die Persönlichkeit des Professor Coßmann sehr kritisch betrachte. Er ist derselbe, der die nicht sehr schöne Rolle in der Sache Valentin in der letzten Zeit gespielt hat. Aber er berichtet eine Aeußerung, die Valentin nicht bestritten hat und auch nicht bestreiten wird. Es liegt auf ganz anderem Gebiete. Er gibt in dieser Denkschrift, in der er dem Reichskanzler den Vorwurf macht, daß er sich von der Sozialdemokratie habe einfangen lassen, folgende Aeußerung des Reichskanzlers wieder: „Wenn ich Belgien herausgebe, kann ich jeden Tag Frieden mit England machen." (Lebhaftes Hört, hört!) Diese Wort ist nicht nur nicht dementiert worden, es hat die innere Glaubwürdigkeit, dafür sprechen nicht nur jene Momente, die ich gestern bereits angeführt habe und noch häufen könnte, sondern dafür spricht auch die Rede des Herrn v. Wedel-Piesdorf am 15. März 1915, die heute mit anderen Augen von Ihnen betrachtet werden müßte. Herr v. Wedel-Piesdorf hat damals als Präsident des deutschen Herrenhauses — er stand in engster Beziehung zu allen hohen Stellen in der Regierung — gesagt, wir stünden insofern als Sieger da, als wir das Vorhaben unserer Gegner, Deutschland zu vernichten, zu Schanden gemacht hätten, und er fährt dann fort: „Wenn wir nichts weiter wollten, als diesen Angriff abschlagen, so glaube ich, würde es nicht allzu schwer sein, einen Frieden in kurzer Frist zu erlangen. Damit kann aber Deutschland sich nicht befriedigt erklären. (Hört, hört!) Nach den ungeheuren Opfern, die wir gebracht haben an Menschen sowohl wie an Hab und Gut, müssen wir mehr fordern." Und um nicht den Glauben aufkommen zu lassen, als ob dies nur seine persönliche Meinung wäre, sagt er am Schlusse: „Ich bemerke, daß zahlreiche Mitglieder dieses Hauses mich gebeten haben, dies auch in ihrem Namen auszusprechen." (Lebhaftes Hört, hört!) Danach besteht für mich kein Zweifel: wenn man die Regierung energisch vorwärts getrieben hätte — und diese treibende Kraft muß die Sozialdemokratie ausüben — dann wäre die Regierung zu Verhandlungen mit England gebracht, und wenn auch kein mathematischer Beweis zu führen ist, daß diese Verhandlungen Erfolg gehabt hätten, so bestand doch die Möglichkeit und vielleicht die Wahrscheinlichkeit dafür. Was für ein Gefühl erfüllt uns, wenn wir uns sagen müssen, daß die Sozialdemokratie nicht jede Gelegenheit ausgenutzt hat, daß sie vielmehr die Regierung bei der Fortsetzung des Krieges gestützt hat. Die Regierung hat ja in der Verfolgung ihrer Pläne nach Gebietserweiterung keine Hemmung, wenn sie sich darauf stützen kann, daß sie alle Parteien des Parlaments hinter sich hat. Wenn dagegen eine große Partei der Regierung in der Kriegspolitik entgegentritt, so ist das ein Moment, das sie zur Besinnung bringt. Dann wird sie eher verfuchen, wie sie aus der Kriegslage schnell herauskommen kann. Ich glaube nicht, daß die Regierung jetzt noch den Weg zum raschen Frieden finden wird, wenn die Massen sie nicht vorwärtstreiben. Dann wird es aber zu einem Elend kommen, wie die Welt es noch nicht gesehen. Wir von der Opposition wollen es verfuchen, die Massen aufzuklären und die Regierung aufzurütteln. Erreichen wir es nicht, so haben wir wenigstens das Bewußtsein, das getan zu haben, was notwendig ist im Interesse des deutschen und des internationalen Proletariats. Wir wollen, daß aus unserer großen Partei nicht, wie Kolb es in seiner Denkschrift „Am Scheidewege" gewünscht hat, eine nationalsozialistische Partei werde, sondern wir wollen sie erhalten und stärken als die alte sozialistische Partei, als die Partei des internationalen Sozialismus. (Lebhafter anhaltender Beifall und Händeklatschen bei der Opposition.)

Gestatten Sie mir, daß ich Ihnen folgendes mitteile: Professor Coßmann hat an das bayerische Ministerium eine Denkschrift gerichtet, die ich mit Rücksicht auf die Persönlichkeit des Professor Coßmann sehr ernsthaft betrachte. Er ist derselbe, der die nicht sehr schöne Rolle in der Sache Valentin in der letzten Zeit gewiß hat. Aber er berichtet eine Aeußerung, die Valentin nicht bestritten hat und auch nicht bestreiten wird. Es liegt auf ganz anderem Gebiete. Er gibt in dieser Denkschrift, in der er dem Reichskanzler den Vorwurf macht, daß er sich von der Sozialdemokratie habe einfangen lassen, folgende Aeußerung des Reichskanzlers wieder: „Wenn ich Belgien herausgebe, kann ich jeden Tag Frieden mit England machen." (Lebhaftes Hört, hört!) Dieses Wort ist nicht nur nicht dementiert worden, es hat die innere Glaubwürdigkeit, dafür sprechen nicht nur jene Momente, die ich gestern bereits angeführt habe und noch häufen könnte, sondern dafür spricht auch die Rede des Herrn v. Wedel-Piesdorf am 15. März 1915, die heute mit anderen Augen von Ihnen betrachtet werden müßte. Herr v. Wedel-Piesdorf hat damals als Präsident des deutschen Herrenhauses — er stand in engster Beziehung zu allen hohen Stellen in der Regierung — gesagt, wir stünden insofern als Sieger da, als wir das Vorhaben unserer Gegner, Deutschland zu vernichten, zu Schanden gemacht hätten, und er fährt dann fort: „Wenn wir nichts weiter wollten, als diesen Angriff abschlagen, so glaube ich, würde es nicht allzu schwer sein, einen Frieden in kurzer Frist zu erlangen. Damit kann aber Deutschland sich nicht befriedigt erklären. (Hört, hört!) Nach den ungeheuren Opfern, die wir gebracht haben an Menschen sowohl wie an Hab und Gut, müssen wir mehr fordern." Und nun nicht den Glauben aufkommen lassen, als ob dies nur seine persönliche Meinung wäre, sagt er at. Schlusse: Ich bemerke, daß zahlreiche Mitglieder dieses Hauses mich gebeten haben, dies auch in ihrem Namen auszusprechen." (Lebhaftes Hört, hört!) Danach besteht für mich kein Zweifel: wenn man die Regierung energisch vorwärts getrieben hätte — und diese treibende Kraft muß die Sozialdemokratie ausüben — dann wäre die Regierung zu Verhandlungen mit England gebracht, und wenn auch kein mathematischer Beweis zu führen ist, daß diese Verhandlungen Erfolg gehabt hätten, so bestand doch die Möglichkeit und vielleicht die Wahrscheinlichkeit dafür. Was für ein Gefühl erfüllt uns, wenn wir uns sagen müssen, daß die Sozialdemokratie nicht jede Gelegenheit ausgenutzt hat, daß sie vielmehr die Regierung bei der Fortsetzung des Kriegs gestützt hat. Die Regierung hat ja in der Verfolgung ihrer Pläne nach Gebietserweiterung keine Hemmung, wenn sie sich darauf stützen kann, daß sie alle Parteien des Parlaments hinter sich hat. Wenn dagegen eine große Partei der Regierung in der Kriegspolitik entgegentritt, so ist das ein Moment, das sie zur Besinnung bringt. Dann wird sie eher versuchen, wie sie aus der Kriegslage schnell herauskommen kann. Ich glaube nicht, daß die Regierung jetzt noch den Weg zum raschen Frieden finden wird, wenn die Massen sie nicht vorwärtstreiben. Dann wird es aber zu einem Elend kommen, wie die Welt es noch nicht gesehen. Wir von der Opposition wollen es versuchen, die Massen aufzuklären und die Regierung aufzurütteln. Erreichen wir es nicht, so haben wir wenigstens das Bewußtsein, das getan zu haben, was notwendig ist im Interesse des deutschen und des internationalen Proletariats. Wir wollen, daß aus unserer großen Partei nicht, wie Kolb es in seiner Denkschrift „Am Scheidewege" gewünscht hat, eine nationalsoziale Partei werde, sondern wir wollen sie erhalten und stärken als die alte sozialistische Partei, als die Partei des internationalen Sozialismus. (Lebhafter anhaltender Beifall und Händeklatschen bei der Opposition.)

END OF
TITLE